

Deutschland im freien Fall?

Fakten statt Fake News 2026



Landesverband
Hessen

Liebe Leser,

zum achten Mal in Folge liegt Ihnen die Faktensammlung vor, in der Sie ein breites Lagebild über die wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Situation Deutschlands erhalten. Bereits als die Faktensammlung im November 2019 zum ersten Mal publiziert wurde, löste sie ein breites mediales Echo aus, vor allem in den sozialen Medien. Jedes Jahr kommen weitere Einzelbetrachtungen hinzu, die den Blick über die aktuelle Lage Deutschlands vertiefen. Wie in den Vorjahren finden Sie die Faktensammlung in Gänze nur elektronisch sowie in begrenzter Zahl auch gedruckt vor.

Die Faktensammlung beruht auf Zahlen und Daten, die überwiegend aus Statistiken und Studien bekannter Institute (u. a. Bundesbank, Statistisches Bundesamt, Eurostat, OECD, Statista, Vereinte Nationen) sowie aus Veröffentlichungen der Bundes- und Landesministerien, Antworten aus parlamentarischen Initiativen sowie einzelner Medien stammen. Die Quellenangaben finden Sie u. a. auf den jeweiligen Seiten.

Da die Faktensammlung einen hohen Zuspruch erfährt, wird diese auch weiterhin kontinuierlich aktualisiert. Diese ist abrufbar unter: <https://afd-hessen.de/>

Der AfD-Landesverband Hessen möchte Ihnen diese Faktensammlung lediglich zur Information zur Verfügung stellen, damit Sie sich eine eigene Meinung bilden können. Seien Sie weiter kritisch und prüfen Sie gerne die Angaben anhand der aufgeführten Quellen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Frank Grobe, Mitglied des Hessischen Landtages

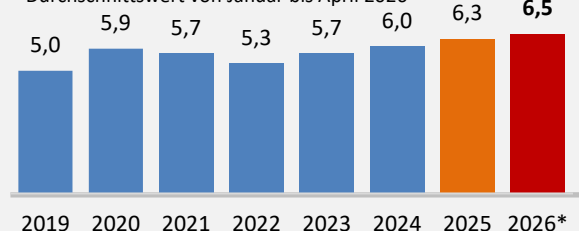
1.	Arbeit, Gesundheit, Rente und Soziales	4
2.	Demographie und Migration	13
3.	Bildung und Wissenschaft	26
4.	Energie und Umwelt	33
5.	Infrastruktur und Wettbewerbsfähigkeit	39
6.	Finanzen, Steuern und Europäische Union	47
7.	Innere Sicherheit und Justiz	58
8.	Meinungsfreiheit und Medien	70
9.	Verteidigung	76

Arbeitslosigkeit steigt – „307.000 Arbeitslose wurden eingebürgert“

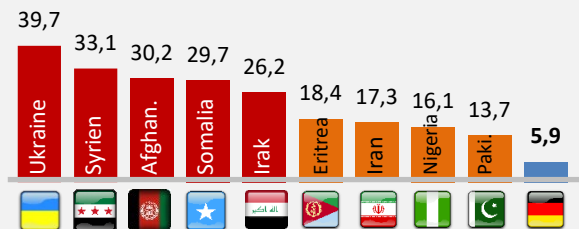
NEU

Arbeitslosenquote in Deutschland im Jahresdurchschnitt in % und Jahren

* Durchschnittswert von Januar bis April 2026



Arbeitslosenquoten nach Staatsangehörigkeit in % (Stand: August 2025)



Quellen: 1) Statista: Arbeitslosenquote in Deutschland bis 2026, 30.04.2026 2) Bundesagentur für Arbeit: Migration und Arbeitsmarkt, April 2026 3) Nius: „Bundesagentur für Arbeit: Mehr als die Hälfte der Arbeitslosen hat Migrationshintergrund“, 08.04.2025 3) René Springer, AfD-MdB: „Steigende Arbeitslosigkeit ist das Ergebnis zerstörerischer Politik“, 07.01.2026 4) Bild: „Zahl der langzeitarbeitslosen Flüchtlinge explodiert“, 08.01.2026 5) Nius: „Exklusive Daten der Agentur für Arbeit: 307.000 Arbeitslose wurden eingebürgert“, 15.07.2026

1

- „Mehr als die Hälfte der Arbeitslosen in Deutschland (52,6 %) hat einen Migrationshintergrund. Auch unter den deutschen Arbeitslosen hat knapp jeder Vierte einen Migrationshintergrund.“ „Besonders auffällig ist eine Zahl: 307.601 deutsche Staatsbürger, die arbeitslos sind und laut der Bundesagentur für Arbeit eine eigene Migrationserfahrung haben, also selbst nach Deutschland eingewandert sind und später eingebürgert worden sind. Jeder neunte Arbeitslose insgesamt und jeder sechste deutsche Arbeitslose sind demnach eingebürgert worden.“ „Bei Langzeitarbeitslosen ist der Anteil von Deutschen mit Migrationshintergrund noch größer.“ „Die AfD fordert deshalb einen sofortigen Stopp der bisherigen Einbürgerungspraxis.“ (Nius)

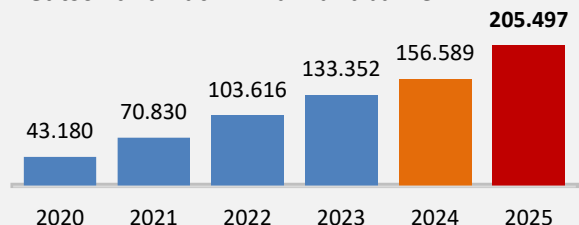
2

- „Drei Mio. Arbeitslose – das ist das Ergebnis wirtschaftlicher Fehlentscheidungen, einer zerstörerischen Energie- und Sanktionspolitik sowie einer falschen Sozialpolitik. Während unsere Industrie reihenweise Arbeitsplätze verliert, wachsen Beschäftigung und Staatsausgaben vor allem im öffentlichen Dienst und in Bereichen, die keine Wertschöpfung erzeugen. Gleichzeitig setzt die Bundesregierung weiter auf Masseneinwanderung von Geringqualifizierten, die unseren Fachkräftebedarf nicht decken und überwiegend in den Sozialstaat einwandern. Das ist kein gesundes Fundament für unseren Wohlstand, sondern eine Politik gegen die eigenen Bürger. Deutschland braucht eine echte Kehrtwende am Arbeitsmarkt“, sagte der AfD-MdB René Springer.

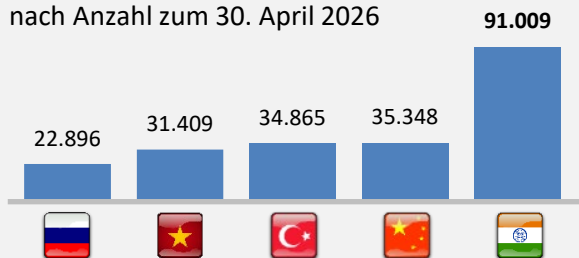
Bundesregierung wirbt im Ausland für Fachkräftezufluss – 783.000 kamen

NEU

Fachkräftezufluss durch Werbekampagne nach Deutschland nach Anzahl und Jahren



Fachkräftezufluss nach TOP-5-Herkunftsländern nach Anzahl zum 30. April 2026



Quellen: 1) Die Welt: „Zahl der zugewanderten Fachkräfte in Deutschland steigt binnen eines Jahres sprunghaft an“, 17.06.2026 2) Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: Maßnahmen der Bundesregierung zur Fachkräftesicherung aus dem Ausland durch die Internetseite „Make it in Germany“, Drs. 21/4390, 23.03.2026 3) Robert Teske (AfD-MdB): „Migrantenanwerbung auf Steuerzahlerkosten muss abgeschaltet werden“, 30.03.2026 4) Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: Vergabe von Aufenthaltstiteln im Rahmen der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte seit dem Jahr 2015“, Drs. 21/6317, 17.06.2026

1

■ 713.064 Menschen aus Nicht-EU-Ländern haben seit 2020 eine Aufenthaltserlaubnis im Zusammenhang mit sogenannter Arbeits- und Fachkräftezuwanderung in Deutschland erhalten (seit 2015 insgesamt 782.708). „2025 waren es den Angaben zufolge rund 205.000. 2024 waren es noch 157.000. Das entspricht einem Anstieg von etwas mehr als 30 %. Im Jahr davor – also von 2023 auf 2024 – lag der Anstieg bei rund 18 % (2023: 133.000).“

2

■ Seit 2012 wirbt die Bundesregierung im Ausland mit der Kampagne „Make it in Germany“ für eine Fachkräftezuwanderung, die einer Agentur des Instituts der deutschen Wirtschaft obliegt. Diese kostete bis 2025 über 37,7 Mio. Euro. Dazu Robert Teske (AfD-MdB): „Das IW geriert sich als unabhängiges Institut, agitiert aber regelmäßig gegen die AfD. Wer von Staatsaufträgen abhängig ist, kann politisch nicht frei agieren.“

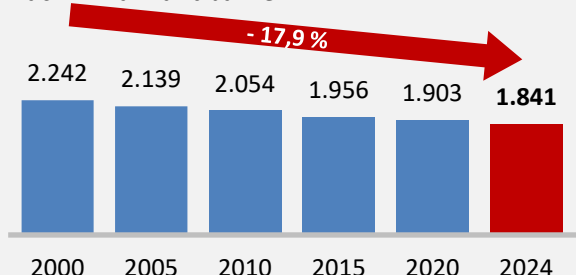
3

■ Und weiter: „Zudem ist dem Bürger kaum vermittelbar, warum die Bundesregierung auf Steuerzahlerkosten migrantische ‚Fachkräfte‘ anwirbt. Deshalb muss ‚Make it in Germany‘ abgeschaltet werden.“ Auch der AfD-MdB René Springer sagte, dass „der Fachkräftemangel im eigenen Land bekämpft werden müsse. Er nannte es absurd, hunderttausendfach Arbeitskräfte aus dem Ausland anzuwerben, während hierzulande Millionen erwerbsfähige Leistungsberechtigte Grundsicherungsleistungen bezögen.“

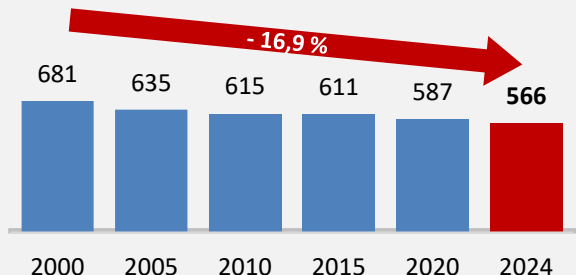
Immer weniger Krankenhäuser und -betten – Patienten leiden darunter

NEU

Anzahl der Krankenhäuser in Deutschland nach Anzahl und Jahren



Anzahl der Krankenhausbetten je 100.000 Einwohner in Deutschland nach Anzahl und Jahren



Quellen: 1) Statista: Anzahl der Krankenhäuser in Deutschland in den Jahren 2000 bis 2024, 17.03.2026 2) Statista: Anzahl der Krankenhausbetten in Deutschland in den Jahren 1998 bis 2024, 17.03.2026 3) Statista: Anzahl der Krankenhausbetten je 100.000 Einwohner in Deutschland von 2000 bis 2024, 20.05.2026 4) AfD-Bundestagsfraktion: „AfD-Gesundheitspolitiker verabschieden Resolution zur Krankenhausreform“, 17.10.2025.

1

- „Die Zahl der Kliniken und Krankenhäuser in Deutschland ist im langfristigen Trend seit Jahren rückläufig. Waren es 1991 noch rund 2.400, zählt das Statistische Bundesamt aktuell noch 1.841 Kliniken. Die privaten Träger konnten dabei ihren Anteil von 22 % im Jahr 2000 auf rund 40 % der Häuser im Jahr 2024 ausbauen.“

2

- „Im Jahr 2024 wurden deutschlandweit 472.851 Krankenhausbetten gezählt.“ Damit hat sich die Anzahl zum Jahr 1991 um rund ein Viertel verringert. „Gleichzeitig ist die Zahl der behandelten Patienten (...) um rund 25 % auf rund 19,4 Mio. Fälle gestiegen. Aus weniger Betten und Kliniken, aber mehr zu behandelnden Patienten resultiert eine deutlich verringerte Verweildauer von derzeit durchschnittlich 7,2 Tagen (1992: 13,3 Tage).“

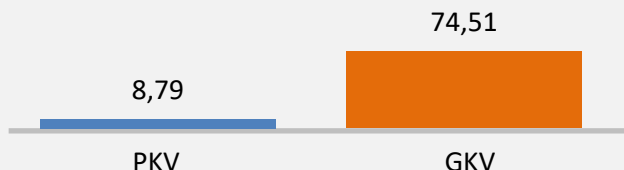
3

- Die AfD hat eine „Resolution ‚Krankenhaussicherung und Krankenhausreform‘ beschlossen, um die Krankenhäuser in Deutschland zukunftssicher zu machen, die angespannte finanzielle Situation vieler Krankenhäuser zu beenden und somit das Krankenhaussterben zu stoppen.“ Denn „Krankenhäuser sind ein grundlegendes Standbein der Daseinsfürsorge.“

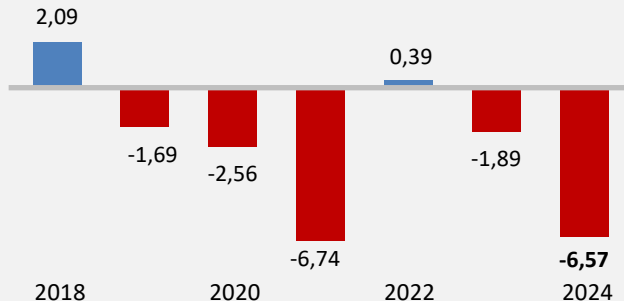
Die GKV schreibt tieferrote Zahlen – Gigantisches Regierungsversagen

NEU

Anzahl der Mitglieder und Versicherten in der GKV und PKV in Mio. im Jahr 2025



Überschuss/Defizit der gesetzlichen Krankenkassen (GKV) in Deutschland in Mrd. Euro nach Jahren



Quellen: 1) Statista: Anzahl der Mitglieder und Versicherten der gesetzlichen und privaten Krankenversicherung in den Jahren 2021 bis 2025, 06.05.2026 2) Statista: Überschuss/Defizit der gesetzlichen Krankenkassen (GKV) in Deutschland von 2001 bis 2024, 03.03.2026 3) Martin Sichert: „Horrorliste der GKV-Kommission ist Beleg für gigantisches Regierungsversagen“, 30.03.2026 4) PKV: „Private Krankenversicherung auch 2025 mit stabilem Wachstum“, 04.02.2026

1

- „Im Jahr 2025 waren in der Bundesrepublik im Durchschnitt rund 74,51 Mio. Menschen in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) versichert. Davon waren rund 58,71 Mio. Personen beitragszahlende Mitglieder und 15,8 Mio. beitragsfreie Versicherte, z. B. Familienangehörige.“ Mehr als 8,7 Mio. waren in der Privaten Krankenversicherung (PKV). Seit dem Jahr 2019 schreiben die Gesetzlichen Krankenkassen (Ausnahme 2022: + 0,39 Mrd. Euro) rote Zahlen. Allein „im Jahr 2024 verzeichneten die gesetzlichen Krankenkassen ein Defizit in Höhe von rund 6,57 Mrd. Euro.“

2

- Laut Martin Sichert (AfD-MdB) fehlen bis 2027 den gesetzlichen Krankenkassen über 15 Mrd. Euro. „Zu viele Krankenkassen und zu viel Lobbyismus haben dafür gesorgt, dass wir ein völlig überbürokratisiertes Gesundheitssystem haben, eines der ineffizientesten der Welt. Hier muss der Hebel angesetzt werden. Zudem müssen Krankenkassenbeiträge so gehandhabt werden, wie es in anderen Ländern längst Standard ist: Jeder Ausländer, der nie in unser Gesundheitssystem eingezahlt hat, muss seine Behandlungskosten selbst tragen. Der Staat muss die Kosten für einheimische Grundsicherungsempfänger mit Steuermitteln decken.“

Deutschland liegt bei der Rente im Vergleich zu anderen Staaten weit zurück

aktualisiert

Durchschnittsverdiener, der in Rente geht

(Median) des individuellen Arbeitsentgelts im Jahr 2024 in %
(Brutto-Ersatzquote bei 45 Beitragsjahren zum Durchschnittsverdienst, Niveau im ersten Rentenjahr im Verhältnis zum letzten Arbeitsentgelt)



80,4 %



74,1 %



72,4 %



70,6 %



56,6 %



42,1 %

Die weltweit besten Rentensysteme

Global Pension Index, nach Rang für das Jahr 2025 (Auswahl)

1. Niederlande	2. Island	3. Dänemark	4. Singapur	5. Israel
6. Schweden	7. Australien	8. Chile	9. Finnland	22. Deutschl.

Quellen: 1) Table Briefings: „Rentenniveau. Warum Deutschland im europäischen Vergleich hinten liegt“, 03.12.2025 2) Das Investment: „Diese Länder haben das beste Rentensystem weltweit“, 24.03.2026 3) Deutsche Rentenversicherung: Rentenversicherung in Zahlen 2025, 26.06.2025 4) Die Zeit: „2025 war jede fünfte Person im Rentenalter armutsgefährdet“, 05.02.2026 5) Mercer CFA Institute Global Pension Index 2025 6) OECD: Pensions at a Glance 2025. OECD and G20 Indicators, 27.11.2025 7) Die Welt: „Spanien soll zehn Milliarden Euro aus Corona-Fonds zweckentfremdet haben“, 11.05.2026

1

- Deutschland liegt beim Rentenniveau deutlich unter dem vieler EU-Staaten, u. a. auch der Krisenstaaten und Profiteure von EU-Subventionen wie Italien, Spanien, Portugal und Griechenland (79,6 %). Auch in Österreich ist das Rentenniveau mit 74,1 % höher. Spanien dagegen „soll zehn Mrd. Euro aus Corona-Fonds zweckentfremdet haben“, u. a. um dies in „die Pensionskasse der Beamten sowie in den Topf für Mindestrenten des Sozialversicherungssystems“ umzuleiten.

2

- Wer weniger als 60 % des mittleren Einkommens (Median) verdient, gilt in der EU als armutsgefährdet. In Deutschland lag der Anteil der armutsgefährdeten Rentner im Jahr 2025 insgesamt bei 19,7 %. Das waren 3,45 Mio. Rentner. Rund 10,2 Mio. Bürger bekamen Anfang 2025 eine monatliche Rente von unter 1.200 Euro. Nicht von ungefähr liegt Deutschland im Vergleich der besten Rentensysteme 2025 nur auf Rang 22 (2024: Rang 20).

Beamten-Pensionen sind deutlich höher als normale Renten

NEU

Pensionen nach 40 Dienstjahren (Auswahl)

Beamter	2026
Sekretär	2.789 Euro
Kriminalkommissar	3.383 Euro
Oberinspektor	3.721 Euro
Oberamtsrat	4.998 Euro
Museumsdirektor	6.158 Euro

Altersrente nach 45 Arbeitsjahren

Gesetz. Rentenversicherter	ab 1. Juli 2025
Durchschnittliche Altersrente	1.836 Euro

Quellen: 1) Deutsche Rentenversicherung: Rentenversicherung in Zahlen 2025, 26.06.2025 2) Bild: „Beamten-Pensionen steigen dreimal so stark wie Rente“, 20.04.2026 3) ZDF heute: „AfD-Chefin zu Bas-Vorstoß: Rente und Beamte: Weidel für drastische Schritte“, 14.05.2025

1

„Die umstrittenen Gehaltspläne für die Bundesbeamten von Innenminister Alexander Dobrindt (CSU) – jetzt kommt heraus: Auch die Pensionen sollen drastisch steigen. Die neuen Gehaltstabellen, die eine deutliche Erhöhung der Beamtenbezüge vorsehen, sollen „auch bei der Ermittlung der Versorgungsbezüge“ gelten. Da sich die Altersversorgung der Staatsdiener nach den aktuellen Gehältern der aktiven Beamten richtet, profitieren auch die Ruheständler.“

2

„Und selbst die Mindestpension, auf die ein Beamter nach mindestens fünf Dienstjahren Anspruch hat, steigt deutlich: So bekommt ein alleinstehender Pensionär künftig mindestens 2.355 Euro – fast 300 Euro mehr als bisher. Ein Durchschnittsverdiener müsste für diese Rente fast 58 Jahre arbeiten.“ So beträgt die durchschnittliche Altersrente nach Einzahlung von 45 Beitragsjahren in die gesetzliche Rentenversicherung nur 1.836 Euro.

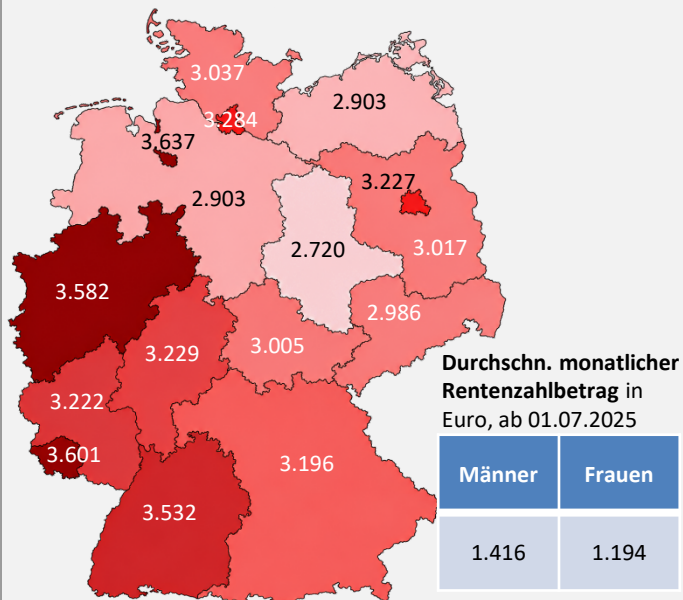
3

Die AfD fordert seit 2014, „dass alle in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen müssen.“ Das heißt Beamte wie Politiker. Denn laut Alice Weidel „kann es nicht sein, dass ein Abgeordneter, der vier Jahre im Bundestag ist, genauso viel Pensionen erhält wie jemand, der 40 Jahre gearbeitet hat. Deshalb müssten alle einzahlen, um die gesetzliche Rentenversicherung abzusichern.“

Für Rentner sind die hohen Pflegeheimkosten unbezahlbar geworden

NEU

Heimpflegekosten in den einzelnen Bundesländern Eigenanteil in Euro im Januar 2026



Quellen: 1) Bild: „Wie soll man den Heimplatz noch von der Rente bezahlen?“, 23.01.2026 2) Deutsche Rentenversicherung: Rentenversicherung in Zahlen 2026, 22.12.2025 3) Martin Sichert, AfD-MdB: „AfD-Fraktion fordert eine sofortige Kehrtwende in der Pflegepolitik“, 22.07.2025 4) Die Welt: „CDU-Fraktionsvize will Eigenheim für Pflege heranziehen“, 29.05.2026

1

„Pflegebedürftig zu sein, wird für viele zum finanziellen Albtraum.“ Allein im zweiten Halbjahr 2025 „stiegen die monatlichen Kosten um 112 Euro. Und ein Ende der Kostenexplosion ist nicht in Sicht. Eine Auswertung der Krankenkasse AOK zeigt: Rechnet man die Leistungen der Pflegeversicherung hinzu, liegen die tatsächlichen Kosten für den Heimplatz im Schnitt bei 5.033 Euro im Monat. Viele Pflegebedürftige fragen sich verzweifelt: Wie soll ich das noch bezahlen?“ Die CDU bringt nun als Lösung die „selbstgenutzte Immobilie ins Spiel. Wer Vermögen habe, solle im Pflegefall zuerst selbst zahlen“. D. h., „wer Vermögen hat, muss zunächst eigenes Vermögen einsetzen, auch das Eigentum, bevor die Gemeinschaft zahlt.“

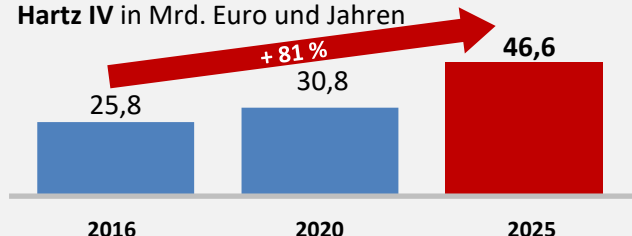
2

„Während die Regierung Milliarden in fragwürdige Projekte steckt und unsere Sozialsysteme durch unkontrollierte Migration belastet, werden unsere Senioren zur Kasse gebeten. Es ist ein Skandal, dass Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet und in die Sozialsysteme eingezahlt haben, im Alter vor finanziellen Abgründen stehen. Die AfD-Fraktion fordert eine sofortige Kehrtwende in der Pflegepolitik, u. a. mit Beitragsstabilität durch Zusammenlegung von Kranken- und Pflegeversicherung. Die derzeit getrennten Systeme führen zu unnötiger Bürokratie und Kosten. Eine gemeinsame Versicherung mit stabilen Beiträgen ist dringend erforderlich“, sagte der gesundheitspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion Martin Sichert.

47 % der Bürgergeldempfänger sind Ausländer – AfD fordert Arbeitspflicht

NEU

Zahlungen an Empfänger von Bürgergeld bzw. Hartz IV in Mrd. Euro und Jahren



Bürgergeld für erwerbsfähige Leistungsberechtigte nach Anzahl und Staatsangehörigkeit im Januar 2026



Quellen: 1) Statista: „Bürgergeld macht ein Zwölftel des Bundeshaushalts aus“, 20.08.2025 2) Focus: „47 Prozent der Bürgergeldempfänger sind Nicht-Deutsche“, 15.04.2026 3) Destatis: Öffentliches Finanzierungsdefizit im Jahr 2025 bei 127,3 Milliarden Euro, 07.04.2026 4) Bundesagentur für Arbeit: Migrationsmonitor, April 2026 5) René Springer (AfD-MdB): „Arbeitspflicht statt Müßiggang im Bürgergeld“, 01.09.2025 6) Junge Freiheit: „Nach Leistungskürzung: Polens Ukrainer ziehen weiter nach Deutschland“, 28.05.2026

1

„Von den 5,2 Mio. Leistungsempfängern waren 2,4 Mio. Ausländer, also knapp 47 % aller Hilfeberechtigten. Führende Nationen: Ukraine, Syrien, Afghanistan.“ „An der Spitze der Leistungsempfänger im Jahr 2025 standen Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine.“ Dies waren rund 660.000 Frauen, Kinder und Männer. Da Polen den dortigen Ukrainern die bereits geringen Leistungen kürzt, befürchten deutsche Sicherheitsbehörden, dass viele nach Deutschland weiterziehen.

2

„Ein neuer Bericht macht das ganze Ausmaß des Bürgergeld-Irrsinns deutlich: 1,2 Mio. erwerbsfähige Bürgergeldbezieher waren noch nie beschäftigt – viele von ihnen leben seit fast drei Jahrzehnten dauerhaft von staatlicher Unterstützung. Insgesamt hatten 2023 knapp drei Mio. erwerbsfähige Bürgergeldempfänger keine Arbeit.“ Betrachtet man die Herkunftsgruppe nach Staatsangehörigkeit sind 52,1 % aller Ukrainer Bürgergeldempfänger, Syrer 45,3 %, Deutsche nur 5,6 %.

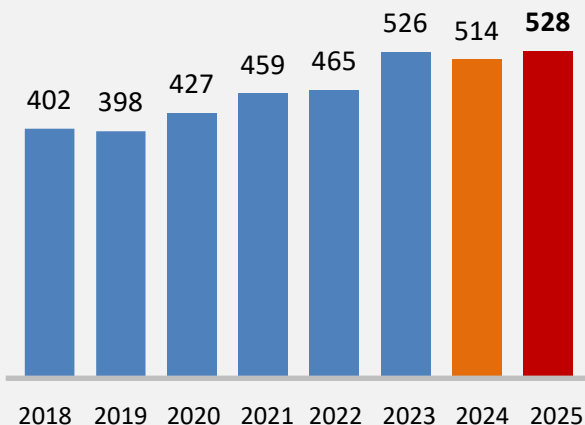
3

Dazu René Springer (AfD-MdB): „Es ist völlig inakzeptabel, dass über eine Million erwerbsfähige Menschen auf Dauer vom Bürgergeld leben, ohne einen Beitrag für unsere Gesellschaft zu leisten. Das Bürgergeld hat sich in der Praxis als Einladung zum Müßiggang erwiesen. Unser Konzept der aktivierenden Grundsicherung macht Schluss mit dieser Fehlentwicklung. Wer sich der Arbeitspflicht entzieht, erhält statt Geld nur noch Sachleistungen, Totalverweigerern werden die Leistungen komplett gestrichen.“

Seit 2010 sind 5,2 Mrd. Euro Kindergeld ins Ausland geflossen

aktualisiert

Kindergeld an Konten im Ausland
in Mio. Euro nach Jahren



Quellen:

1) Die Welt: „Deutschland überweist 528 Millionen Euro Kindergeld ins Ausland“, 26.01.2026 2) Schriftliche Fragen: René Springer (AfD-MdB), Drs. 20/10127, 19.01.2024 3) Schriftliche Fragen, René Springer (AfD-MdB), Drs. 19/25900, 12.01.2021 4) Kay Gottschalk, René Springer: „Linnemann übernimmt mit Vorstoß zu Kindergeldzahlungen Forderung der AfD-Fraktion“, 05.02.2026

1

„Kindergeld-Zahlungen ins Ausland sind wegen Betrugsverdachts umstritten. 2025 floss so viel Geld wie nie zuvor von der Familienkasse ins Ausland. Ukrainer liegen auf Platz drei der Bezieher.“ Seit 2010 gerechnet waren es sogar 5,2 Mrd. Euro. Vergleicht man dies mit dem Jahr 2010, in dem „nur“ 36 Mio. Euro ins Ausland überwiesen wurden, hat sich der Gesamtbetrag zum Jahr 2024 mehr als verdreizehnfacht. „Die Bundesregierung kennt keine genauen Zahlen zum Wohnsitz der Kinder im Ausland und nur die International Banking Account Numbers (IBAN), wohin die Auszahlungen erfolgen“, sagte der finanzpolitische Sprecher der AfD-Bundestags-fraktion Kay Gottschalk.

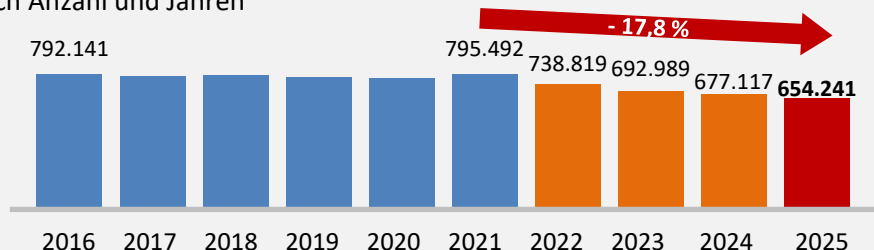
2

Der AfD-Bundestagsabgeordnete René Springer „kritisiert die Überweisung von Kindergeld ins Ausland seit Jahren. Bereits 2018 haben wir einen Gesetzentwurf vorgelegt, um die Plünderung der Familienkasse zu beenden. Dieser Entwurf wurde von der Union abgelehnt – auch mit der Stimme von Carsten Linnemann. Dass die CDU nun unter dem Druck einer immer stärker werdenden AfD die Forderungen unserer Fraktion kopiert und als eigene Idee verkauft, ist an Peinlichkeit kaum zu überbieten. Wer jahrelang blockiert hat, ist nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems.“

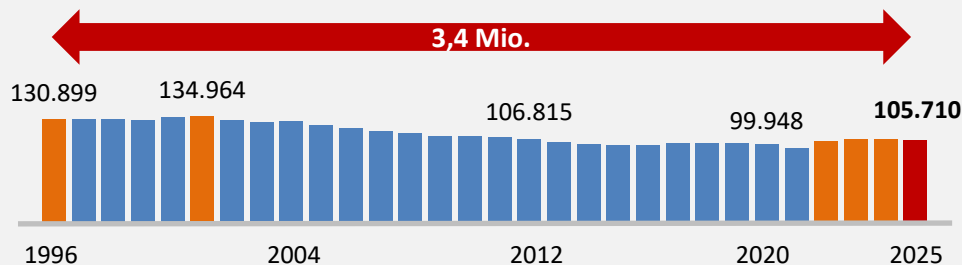
Immer weniger Lebendgeborene – Schwangerschaftsabbrüche sehr hoch

aktualisiert

Lebendgeborene in Deutschland
nach Anzahl und Jahren



Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland
nach Anzahl und Jahren



Quelle: 1) Statista: Anzahl der Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland in den Jahren von 1996 bis 2024, 25.04.2025
 2) Destatis: „Schwangerschaftsabbrüche im Jahr 2025 leicht gesunken“, 28.04.2026 3) Statista: Anzahl der Geburten in Deutschland von 1991 bis 2024, 16.04.2025 4) Destatis: Monatliche Geburtenzahlen 2025, (Stand: 28.05.2026) 5) FAZ: „Deutschland ohne Kinder“, 08.05.2026 6) Junge Freiheit: „Allein 2025 gab es mehr als 100.000 Abtreibungen“, 28.04.2026
 7) N-TV: „In Deutschland kommen so wenige Kinder wie 1946 zur Welt“, 28.04.2026 8) Statista: Gesamtzahl der Impfungen gegen das Coronavirus, 02.01.2024 9) Die Zeit: „Deutsche Geburtenrate fällt auf tiefsten Stand seit 1997“, 02.07.2026

1 In Deutschland wurden 2025 so wenige Kinder geboren wie im Jahr 1946! Gerade der deutliche Rückgang seit 2021 bietet Raum für Spekulationen.

2 Im Jahr 2025 wurden in Deutschland 105.710 Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen. Seit 1996 wurden über 3,4 Mio. Föten abgetrieben. Dies ist auch ein Grund für das Geburtendefizit.

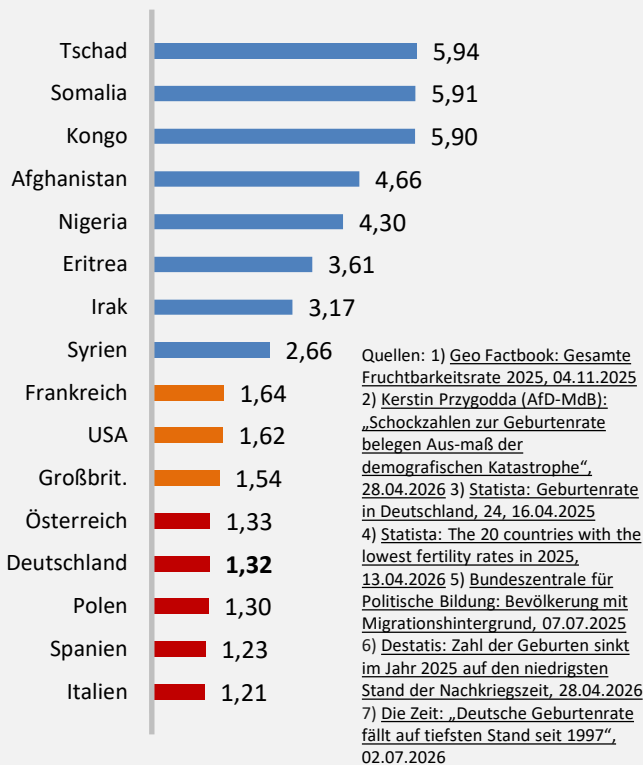
3 Den 105.710 Abtreibungen stehen 654.300 Geburten gegenüber. Das heißt, dass die Geburtenzahl um 16,2 % höher wäre, wenn diese Kinder nicht abgetrieben worden wären.

4 Eine Einwanderung bzw. ein Familiennachzug insbesondere von Muslimen mit hoher Geburtenrate, aber geringerer Qualifikation, wird die Probleme nicht lösen, sondern verstärken.

Geburtenrate in Deutschland so tief wie ein Jahr nach dem II. Weltkrieg

aktualisiert

Fertilitätsraten nach ausgewählten Staaten im Jahr 2025 je Frau



1

- Im Jahr 2025 wurden in Deutschland nur noch 654.241 Kinder geboren (-3,4 % zum Jahr 2024). Das ist der tiefste Wert seit 1946 (Geburtenrate 2025: 1,32). Nur noch in Polen, Spanien und Italien liegt die Fertilitätsrate in Europa niedriger. Anders aber als in Polen haben fast die Hälfte der geborenen Kinder in Deutschland einen Migrationshintergrund. Laut Bundeszentrale für politische Bildung hatten im Jahr 2024 in Deutschland 42,6 % aller Kinder unter fünf Jahren einen Migrationshintergrund. Um die Bevölkerung durch Geburten langfristig auf einem konstanten Niveau zu halten, benötigt man eine Geburtenrate von 2,1 Kindern pro Frau.

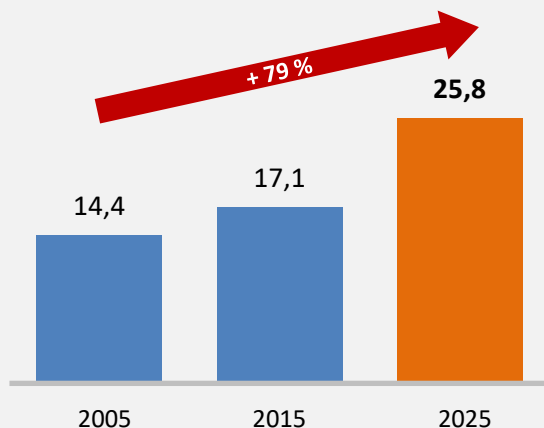
2

- „Die veröffentlichten Daten des Statistischen Bundesamts sind ein ebenso trauriges wie alarmierendes Signal für unser Land. Es sind Schockzahlen. Sie belegen einen Rückgang der Geburtenzahlen um 3,4 % gegenüber dem Vorjahr. Die demografische Abwärtsspirale dreht sich fort und fort nach unten, ohne dass die hierfür verantwortliche Politik auch nur ein einziges Wort darüber verliert, geschweige denn Lösungsansätze vorlegt. Das ist kein Wunder, haben die etablierten Parteien doch eben diese hochgefährliche Entwicklung jahrzehntelang gezielt beschwiegen und mit Euphemismen getarnt. (...) Die demografische Katastrophe muss abgewendet werden – das geht nur mit der AfD-Fraktion“, sagt Kerstin Przygodda (AfD-MdB).

Fast 26 Mio. Menschen in Deutschland haben einen Migrationshintergrund

aktualisiert

Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland mit Migrationshintergrund im weiteren Sinn in Mio. nach Jahren



Quellen:

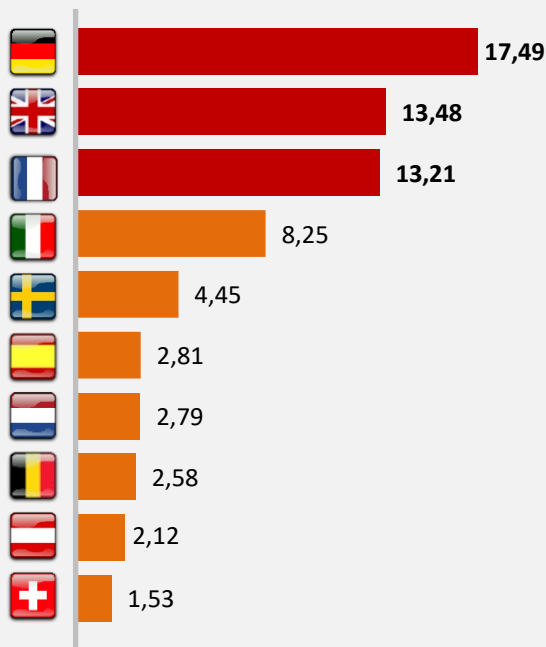
1) Destatis: Bevölkerung in Privathaushalten nach Migrationshintergrund, 13.04.2026 2) Destatis: Ausländische Bevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten von 2018 bis 2025, 11.02.2026 3) Destatis: Bevölkerung in Privathaushalten 2025 nach Migrationshintergrund, 13.06.2026 4) Destatis: Ausländische Bevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten von 2018 bis 2025, 11.02.2026 5) Destatis: 28 800 anerkannte Staatenlose zum Jahresende 2024, 08.12.2025 6) Destatis: 77 % der Bevölkerung sprechen zu Hause ausschließlich Deutsch, 17.02.2026

- 1 Ende 2025 hatten laut Destatis 25,8 Mio. (2005: 14,4 Mio.) von insgesamt 82,7 Mio. Menschen in Deutschland einen Migrationshintergrund. Innerhalb von 20 Jahren hat sich die Zahl um 79 % erhöht. Insgesamt lebten im Jahr 2015 14,1 Mio. Ausländer in Deutschland. Seit der Grenzöffnung von Angela Merkel 2015, stieg die Ausländerzahl um fast 72 % (2014: 8,2 Mio.).
- 2 Damit leben in Deutschland so viele Personen mit einem Migrationshintergrund wie noch nie zuvor. Insgesamt weisen 31,1 % aller Personen einen Migrationshintergrund auf. Im Jahre 2025 lebten in Deutschland 3,6 Mio. deutsche Doppelstaatler in Deutschland.
- 3 Dabei besitzen „Doppelstaatler“ Vorteile gegenüber der Mehrheit der Deutschen, die nur über eine einzige Staatsangehörigkeit verfügt. Darüber hinaus lebten Ende 2024 bereits 28.800 als staatenlos anerkannte Menschen in Deutschland. Gerade das Einsetzen der starken Fluchtmigration ab 2014 hat zu einer Verdopplung der Zahl geführt.
- 4 77 % (63,7 Mio.) der Bevölkerung sprechen ausschließlich Deutsch zuhause. Unter den „Mehrsprachlern“ war für 26 % Deutsch die vorwiegend genutzte Sprache; 74 % verständigten sich hauptsächlich in einer anderen Sprache.“

In Deutschland werden bis 2050 über 17 Millionen Muslime leben

NEU

Die 10 europäischen Länder mit den meisten Muslimen in Mio. (Prognose für 2050)



Quelle:

1) Pew Research Center demographic projections: Countries with the most muslims in europe (2025 Projection), 2026

1

- Die demografische Landschaft Europas wird sich in den kommenden Jahrzehnten erheblich verändern; Prognosen für das Jahr 2050 gehen von einem deutlichen Anstieg der muslimischen Bevölkerung in mehreren Ländern aus. An der Spitze steht Deutschland, wo voraussichtlich 17,49 Mio. Muslime leben werden, was einem Anteil von 19,7 % der Gesamtbevölkerung entspricht. Dicht dahinter folgt das Vereinigte Königreich mit 13,48 Mio. (17,2 %), gefolgt von Frankreich mit 13,21 Mio. (18,0 %). Diese drei Nationen führen die Rangliste deutlich an, was sowohl auf seit langem etablierte Gemeinschaften als auch auf anhaltende Migration zurückzuführen ist, die das soziale und kulturelle Gefüge des Kontinents prägen. Italien liegt mit 8,25 Mio. (14,1 %) auf Platz vier.

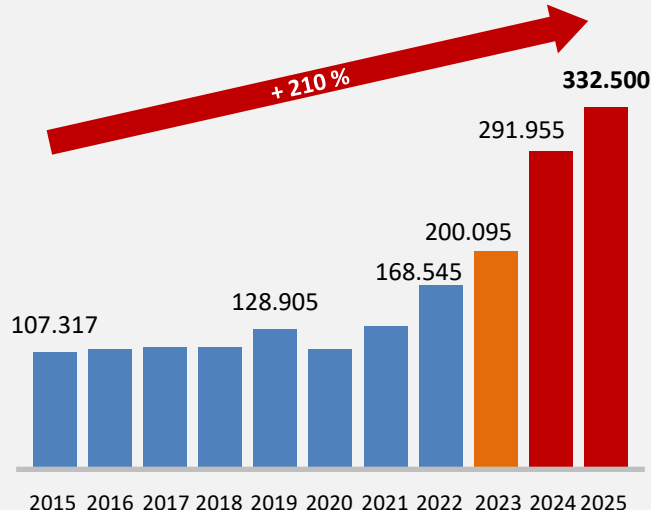
2

- Das im Vergleich bevölkerungsärmere Schweden fällt hingegen mit dem höchsten prozentualen Anteil von 30,6 % auf, was auf einen besonders bedeutenden demografischen Wandel hindeutet. Länder im Mittelfeld wie Spanien (2,81 Mio.) und die Niederlande (2,79 Mio.) verzeichnen ein stetiges Wachstum, wobei muslimische Gemeinschaften in Großstädten wie Madrid, Barcelona, Amsterdam und Rotterdam zu einem immer sichtbaren Teil des Alltags werden. Diese Zahlen verdeutlichen, wie sich Europa verändern wird. Denn im Zuge der Bevölkerungsentwicklung dürften diese Veränderungen alles beeinflussen, von der Stadtplanung und Bildung bis hin zur Politik und öffentlichen Ordnung in der gesamten Region.

SPD bejubelt den „Einbürgerungsrekord“ – Neues Wähler-Klientel?

aktualisiert

Einbürgerungen von Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland nach Anzahl und Jahren



Quellen:

1) Die Welt: „Diese Zahlen sind gut für uns alle, sagt die SPD zum Einbürgerungsrekord“, 25.05.2026 2) Statista: Einbürgerung von Ausländern in die Bundesrepublik Deutschland von 1981 bis 2024, 26.11.2025 3) FAZ: „Die Saat von 2015 geht auf“, 10.06.2025 4) Bild: So viele Einbürgerungen wie noch nie!“, 23.05.2026 5) Die Welt: „Die Angst vor der ‚endgültigen Überlastungssituation‘“, 28.05.2026 6) Dr. Gottfried Curio (AfD-MdB): „Höhere Hürden für Staatsbürgerschaft statt neuer Einbürgerungsrekorde“, 26.05.2026 7) Destatis: „332 500 Einbürgerungen im Jahr 2025“, 03.06.2026

1

- „Im Jahr 2025 haben nach vorläufigen Ergebnissen 332.500 Ausländer die deutsche Staatsangehörigkeit erworben, das waren 14 % oder 40 500 Personen mehr als im Vorjahr (2024: 292 000 Einbürgerungen).“ Insgesamt erhielten seit 2015 fast 1,8 Mio. Ausländer die deutsche Staatsbürgerschaft. Die SPD sieht die „doppelte Staatsbürgerschaft als Erfolgsmodell“ an.

2

- Treiber des Einbürgerungsrekords 2025 waren offenbar erneut syrische Staatsangehörige. Sie stellten mit 65.600 Personen die wichtigste Herkunftsgruppe, gefolgt von Türken (34.100) und Russen (19.700). Laut Die Welt „droht das große Einbürgerungschaos: Bald könnten viele ukrainische Flüchtlinge den deutschen Pass beantragen. Deutschland steuert in eine diffuse Rechtslage.“ Denn fast 1,3 Mio. Flüchtlinge aus der Ukraine leben bereits in Deutschland.

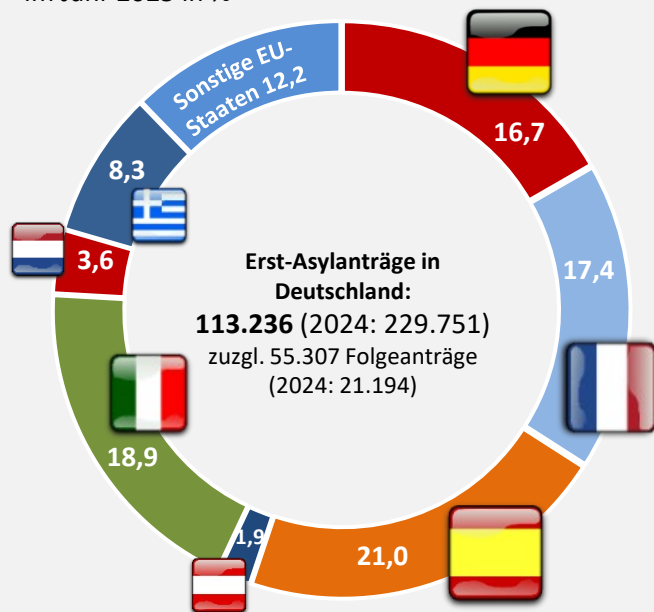
3

- „Das Ziel etwa der ‚Sterbenden Partei Deutschlands‘ ist dabei offenkundig: Durch eiligste, sachfremde Masseneinbürgerungen hofft man dort, sich eine neue Wähler-Klientel zu importieren. Dass man für die Bewerbung dieser Agenda auch vor der Beschimpfung der eigenen Bevölkerung als ein einziges ‚Einheitsbraun‘ nicht zurückschreckt, hat die SPD-Vorsitzende Bärbel Bas in einer unerhörten Attacke klargestellt“, sagte Dr. Gottfried Curio (AfD-MdB). Die AfD fordert seit langem das jahrzehntelang verfassungskonforme frühere Staatsbürgerschaftsrecht wieder einzuführen.

Asyl-Erstanträge in Deutschland sinken, aber Folgeanträge steigen stark

aktualisiert

Anzahl der Asylerstanträge in der EU
im Jahr 2025 in %



Quellen: 1) Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Das Bundesamt in Zahlen 2025 – Dezember 2025 2) Statista: Anzahl der Asylanträge (insgesamt) in Deutschland von 1995 bis 2026, 27.04.2026 3) Eurostat: Asylbewerber nach Art des Bewerbers, Staatsangehörigkeit, Alter und Geschlecht - jährliche aggregierte Daten, 21.05.2025 4) AfD-Bundestagsfraktion: „Effektive Grenzkontrollen und Zurückweisung aller asylsuchenden Personen an den deutschen Grenzen“, 09.09.2025 5) Tagesschau: „Was die Zahlen zu Asyl und Migration aussagen“, 10.10.2025

1

- Deutschland trug erstmalig mit 113.236 Asylanträgen im Jahr 2025 nicht mehr den größten Teil der Migration in Europa. Dennoch waren es 17 % aller in diesem Zeitraum in die Europäische Union eingereisten Migranten (669.710; 2024: 912.415). Gleichzeitig nahmen die Folgeanträge um 161 % auf 55.307 zu. Diese müssen hinzugerechnet werden.

2

- Nicht nur in Deutschland, sondern europaweit ist die Zahl der Asylanträge im Jahr 2025 zurückgegangen. Dies liegt u. a. an der veränderten politischen Lage in Syrien. „Aus migrationswissenschaftlicher Perspektive ist die von der Politik ausgerufenen ‚Migrationswende‘ keine Wende in der weltweiten Flüchtlingssituation. Die humanitäre Situation in Europa, Deutschland oder weltweit hat sich eher verschlechtert“, so die Tagesschau.

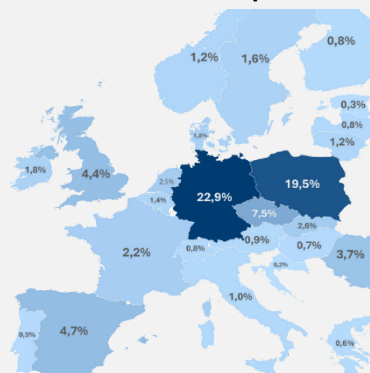
3

- Die AfD fordert „umfassende und effektive Maßnahmen zur Kontrolle unserer Staatsgrenzen und zur Zurückweisung von Asylsuchenden, um die illegale Migration nach Deutschland zu beenden.“ „Trotz der Ankündigungen der Bundesregierung und der Umsetzung eines Fünf-Punkte-Plans ist die Zahl der in Deutschland gestellten Asylanträge weiterhin enorm hoch.“ Zudem wird „eine lückenlose Kontrolle aller Grenzen, einschließlich der Flughäfen und Bahnstrecken, um eine Binnenmigration zu verhindern“, gefordert. Die Einreise von vulnerablen Gruppen soll untersagt werden.

Deutschland nahm die meisten Ukrainer auf – Frankreich sehr wenige

NEU

Geographische Verteilung ukrainischer Geflüchteter nach Aufenthaltsländer in Europa in % im Jahr 2025



Aufnahmeländer geflüchteter Ukrainer nach Anzahl im Jahr 2025 (Auswahl)

				
1,34 Mio.	0,98 Mio.	0,26 Mio.	0,26 Mio.	0,08 Mio.

Quellen: 1) Eurostat: Temporary protection for 4.40 million in February 2026, 14.04.2026 2) Länder-Analysen: Ukrainische Geflüchtete in Europa, 18.05.2026 3) Mediendienst Integration: Ukrainische Flüchtlinge in Europa, 12.03.2026 4) Junge Freiheit: „Leistungskürzung: Polens Ukrainer ziehen nach Deutschland“, 28.05.2026 5) AfD-Bundestagsfraktion: „Bürgergeldbezug für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine beenden“, 24.06.2025

1

- In absoluten Zahlen nahm Deutschland mit über 1,34 Mio. die meisten geflüchteten Ukrainer auf. Dies entspricht 22,9 % aller 5,37 Mio. geflüchteten Ukrainer. Demgegenüber nahmen Polen fast eine Million, Großbritannien und Spanien je um die 260.000, Italien etwa 175.000, Frankreich aber nur 79.000 und Schweden nur etwa 46.000 Ukrainer auf. Nach Ungarn – obwohl Anrainerstaat – flohen nur 68.000 Ukrainer.

2

- Unter alle EU-Mitgliedstaaten erhalten die Ukrainer in Deutschland die höchsten Sozialleistungen. „Laut einem Geheimbericht befürchten die deutschen Sicherheitsbehörden, dass sich viele ukrainische Kriegsflüchtlinge, die seit Jahren in Polen leben, auf den Weg nach Deutschland machen. Denn das Nachbarland hat seit März die Sozialleistungen für diese Gruppe deutlich gekürzt. In Deutschland dagegen gibt es eine üppige Versorgung.“

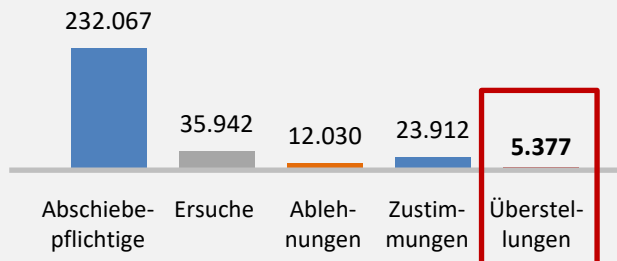
3

- „Die AfD sieht die Notwendigkeit, den Rechtskreiswechsel – Zugang zum Bürgergeld – unverzüglich zu beenden und ukrainischen Kriegsflüchtlingen nur Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zukommen zu lassen. Dies soll sowohl für neu eingereiste Flüchtlinge als auch für Bestandsfälle gelten, um die Belastungen für deutsche Steuerzahler zu reduzieren und die Integrationsanreize zu verbessern.“

Abschiebe-Versagen bei Dublin-III-Verfahren – 85 % scheitern

NEU

Übernahme-Ersuche und Überstellungen von Migranten an die EU-Mitgliedstaaten im Jahr 2025



TOP-5-Länder nach Übernahme-Ersuche in 2025

Land	Ersuche	überstellt	Quote
	6.229	1	0,02 %
	6.518	26	0,4 %
	5.311	572	10,8 %
	3.301	1.024	31,0 %
	2.788	878	31,5 %

Quellen: 1) Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Das Bundesamt in Zahlen 2025 – Dezember 2025 2) Bild: „Asylpolitik – Europa lässt uns im Stich“, 26.02.2026 3) Die Welt: „Die Zahl der Abschiebungen sinkt – noch unter das Niveau der Ampel-Zeit“, 06.05.2026 4) AfD-Bundestagsfraktion: Abschiebungen und freiwillige Ausreisen im Jahr 2025 – Fortgesetzte Defizite bei der Durchsetzung der Ausreisepflicht, Drs. 21/4403, 26.02.2026

1

- Über 99 % aller Migranten reisen über einen sicheren Drittstaat illegal nach Deutschland ein. Diese müssten aufgrund der sog. Dublin-III-Verordnung wieder in den EU-Mitgliedstaat abgeschoben werden, über den sie nach Deutschland eingereist sind. Für das Jahr 2025 wären das 232.067 (2024: 220.808) Menschen gewesen.

2

- Doch die Bundesregierung stellte nur 35.942 Übernahme-Ersuche an die EU-Mitgliedstaaten. Von diesen Übernahme-Ersuchen wurden zudem nur 23.912 akzeptiert. Überstellt wurden letztlich aber nur 5.377 (2025: 2,3 %; 2024: 7,8 %; 2023: 9,1 %; 2022: 11,5 %), also 15 %. Somit scheiterten 85 % aller eingeleiteten Verfahren.

3

- Die Regierungen anderer EU-Mitgliedstaaten brechen permanent das EU-Recht, indem sie die Rücknahme der aufzunehmenden Migranten ihrerseits regelmäßig verweigern. Dagegen nahm Deutschland sogar von den anderen EU-Mitgliedstaaten 4.865 (2024: 4.592; 2023: 4.275) Migranten zurück. Dies entspricht 29,4 % der Gesuche.

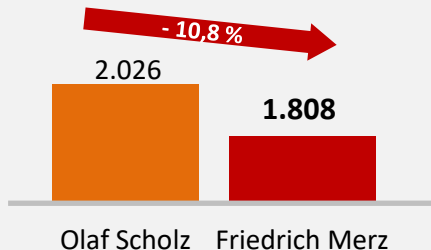
4

- Einige EU-Mitgliedstaaten weigern sich Dublin-III anzuerkennen. So sollten nach Griechenland 6.518 Personen überstellt werden, in nur 26 Fällen gelang das tatsächlich. Italien verfährt ähnlich. Von 6.229 gestellten Übernahmeersuchen erfolgte nur eine Überstellung!

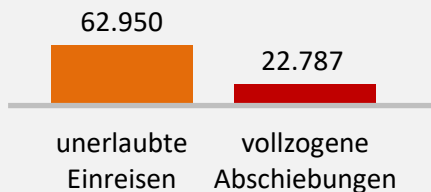
CDU-Merz schiebt sogar noch weniger ab als SPD-Scholz

NEU

Abschiebungen aus Deutschland pro Monat je Bundeskanzler



Unerlaubte Einreisen und vollzogene Abschiebungen in 2025



Quellen:

- 1) Bild: „Schwarz-Rot schiebt weniger ab als die Scholz-Regierung!“, 30.04.2026
- 2) Junge Freiheit: „Merz schiebt sogar noch weniger ab als Scholz“, 26.01.2026
- 3) FAZ: „Warum die Zahl der Abschiebungen gesunken ist“, 30.04.2026 4) Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: Illegale Einreisen nach Deutschland in dem Zeitraum vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025, Drs. 21/5882, 08.05.2026 5) AfD-Bundestagsfraktion: „Effektive Grenzkontrollen und Zurückweisung aller asylsuchenden Personen an den deutschen Grenzen“, 09.09.2025

1

- „Beim Thema Abschiebungen ist unter der schwarz-roten Bundesregierung von Kanzler Friedrich Merz (CDU) keine Besserung in Sicht. Im Gegenteil! Neue Zahlen zu den Zwangsrückführungen abgelehnter und ausreisepflichtiger Asylbewerber zeigen: Nach fünf Jahren kontinuierlichen Anstiegs ist die Zahl der Abschiebungen im 1. Quartal 2026 (Q1) erstmals wieder gesunken. Damit gibt es unter Friedrich Merz weniger Abschiebungen im Q1 als unter Olaf Scholz (SPD)!“

2

- Insgesamt mussten in den ersten drei Monaten 2026 „genau 4.807 Menschen Deutschland zwangsweise verlassen – 1.344 weniger als im Vorjahreszeitraum, als noch 6.151 Menschen abgeschoben wurden.“ „Fakt ist: Mehr als 230.000 Menschen in Deutschland sind ausreisepflichtig (Stand: 31.12.2025). Allerdings haben rund 82 % von ihnen eine Duldung – d. h., sie wurden zwar aufgefordert, Deutschland zu verlassen, können aber nicht abgeschoben werden.“

3

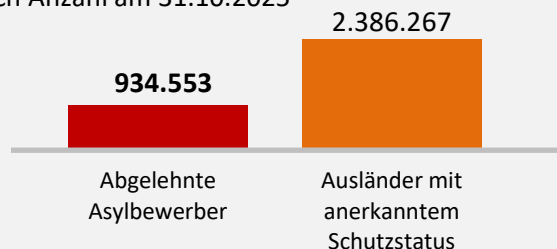
- Die AfD forderte in einem Antrag „die Bundesregierung auf, die Weisung zur Zurückweisung von Asylsuchenden zu ändern, sodass diese nicht nur erfolgen ‚kann‘, sondern ‚muss‘. Zudem wollen wir eine lückenlose Kontrolle aller Grenzen, einschließlich der Flughäfen und Bahnstrecken, um eine Binnenmigration zu verhindern. Unsere Maßnahmen zielen darauf ab, die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten und das Vertrauen in den Staat zu stärken.“

Fast 1 Mio. abgelehnte Asylbewerber leben weiterhin in Deutschland

NEU

Asylbewerber in Deutschland

nach Anzahl am 31.10.2025



Herkunftsländer abgelehnter Asylbewerber in Deutschland nach Anzahl am 31.10.2025 (Auswahl)

Herkunft	Anzahl	Herkunft	Anzahl
Afghanistan	153.550	Nigeria	33.710
Türkei	93.762	Syrien	30.981
Kosovo	68.261	Russland	29.278
Irak	65.015	Vietnam	27.983
Serbien	47.305	Iran	20.213

Quellen: 1) Frage Nr. 31, René Springer (AfD-MdB): „Wie viele Ausländer, genießen einen anerkannten Schutzstatus“, Drs. 21/2876, 20.11.2025 2) Ebd., Frage Nr. 32: „Wie viele ehemals oder aktuell abgelehnte Asylbewerber halten sich nach Kenntnis der Bundesregierung aktuell in Deutschland auf?“ 3) Bild: „Fast eine Million abgelehnte Asylbewerber leben in Deutschland“, 24.11.2025

1

- „Obwohl deutsche Behörden ihren Asylantrag abgelehnt haben, leben fast eine Million Menschen weiterhin in Deutschland. Demnach waren laut Ausländerzentralregister zum Stichtag 31. Oktober 2025 insgesamt 934.553 in Deutschland lebende ausländische Staatsangehörige mit einem abgelehnten Asylantrag erfasst.“ „Dazu kommen insgesamt 2.386.267 Ausländer mit einem anerkannten Schutzstatus in Deutschland.“

2

- Davon haben „1.063.976 Staatsangehörige eine Aufenthaltserlaubnis nach der sog. ‚Massenzustromrichtlinie‘ der EU. Das ist vorübergehender Schutz für Menschen, die plötzlich aus einem Kriegsgebiet fliehen“, wie Ukrainer. „Dazu kommen 43.203 asylberechtigte Ausländer (Schutz nach dem Grundgesetz), 696.985 anerkannte Flüchtlinge (Genfer Konvention), 420.358 subsidiär Schutzberechtigte (im Herkunftsland droht Schaden, der nicht unter den Flüchtlingsschutz fällt).“

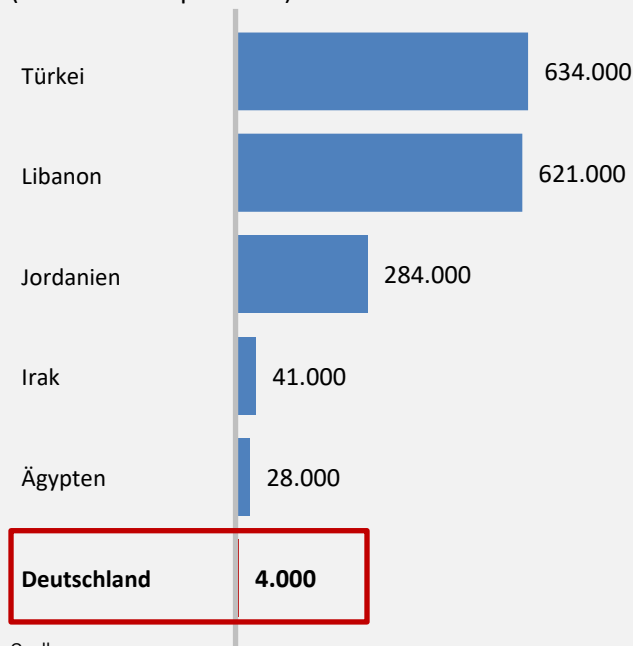
3

- „Der AfD-Abgeordnete René Springer (46), dessen Anfrage die neuen Zahlen zutage gefördert hat, sagte: ‚Wenn abgelehnte Asylanträge folgenlos bleiben und stattdessen der Schutz zur Regel wird, ist das kein Humanismus, sondern staatlicher Kontrollverlust‘.“

Viele Syrer kehren in ihr Heimatland zurück – nur aus Deutschland nicht

NEU

Vom Ausland in ihre Heimat zurückgekehrte Syrer
in gerundeten absoluten Zahlen
(Dez. 2024 – April 2026)



Quellen:

1) Die Welt: „Ausreisewelle von Syrern aus anderen Ländern – aber nicht aus Deutschland“, 11.05.2026 2) Dr. Gottfried Curio (AfD-MdB): „Bundesregierung muss bei Rückkehr von Syrern Ernst machen“, 01.04.2026

1

„Hunderttausende Syrer kehren aus wichtigen Aufnahmелändern in ihre Heimat zurück. Deutschland ist die Ausnahme. Der Kurs hierzulande läuft einem Grundprinzip des Asylsystems zuwider.“ „Denn die rund eine Million Syrer, die seit der großen Flüchtlingskrise nach Deutschland kamen, sind bis auf Ausnahmen alle immer noch im Land. Und das, obwohl der Hauptgrund für die Schutzsuche der meisten längst entfallen ist.“

2

„Der Grundsatz des deutschen Asylsystems lautet, dass zwar selbst derjenige Schutz erhalten kann, der über viele sichere Länder bis nach Deutschland weiterzieht und unerlaubt einreist. Doch der Schutz wird eben temporär vergeben und soll dem Prinzip nach wegfallen, sobald der Fluchtgrund nicht mehr besteht.“ Die Befürchtung der Kritiker scheint sich zu bewahrheiten: „Bis auf Ausnahmen bleibt fast jeder Flüchtling hier, rund 300.000 von ihnen wurden bereits eingebürgert.“

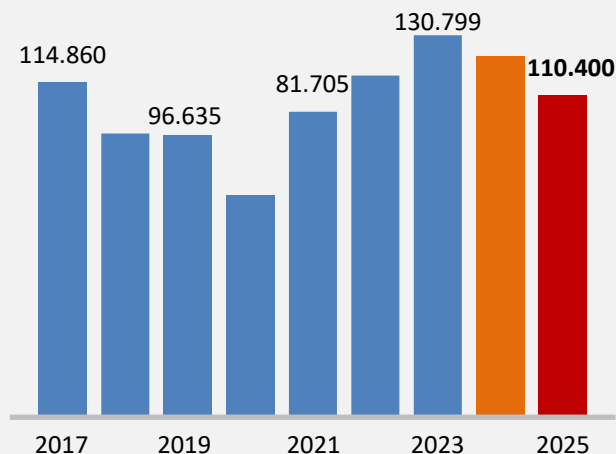
3

Dazu Dr. Gottfried Curio (AfD-MdB): „Gegenüber der neuen syrischen Regierung wäre nun klarzustellen, dass künftige wirtschaftliche Kooperation an hundertprozentige und zeitnahe Mitwirkung bei der Rückführung der betroffenen Syrer gebunden ist. Die wachswenigen Aussagen von Merz (sollen) und Wadephul lassen allerdings darauf schließen, dass nicht eine einzige all der erwähnten und unzweideutig im primären deutschen Interesse liegenden Forderungen durchgesetzt, ja wohl nicht einmal erhoben wird.“

1 Mio. Visa für Familiennachzug seit 2017 durch Bundesregierung erteilt

aktualisiert

Erteilte Visa für den Familiennachzug nach Deutschland nach Anzahl und Jahren



Quellen: 1) Nius: „2024 kamen bislang 115.000 Menschen über den Familiennachzug nach Deutschland – fast 19.000 davon aus Syrien“, 11.12.2024
 2) Statista: Anzahl der zum Zwecke des Familiennachzugs eingereisten Drittstaatsangehörigen in Deutschland von 2017 bis 2023, 30.01.2025 3) Martin Hess, AfD-MdB: „AfD deckt auf! ‚Nius‘ berichtet“, 11.12.2024 4) Mediendienst Integration: Familiennachzug nach Deutschland, 19.02.2026 5) Deutscher Bundestag: „Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten wird ausgesetzt“, 27.06.2025 6) Die Welt: „Familiennachzug nach Deutschland – So groß ist das Ausmaß nach der schwarz-roten Reform, 21.12.2025

1

Im Jahr 2025 hat die Bundesregierung rund 110.400 Visa zum Zwecke des Familiennachzugs erteilt. Allein seit 2017 sind dadurch 971.151 Familienmitglieder von Migranten zusätzlich nach Deutschland gekommen. „Davon gingen etwa 20.800 an Personen aus folgenden Asylherkunftsstaaten: Syrien (ca. 14.000), Iran (3.200), Afghanistan (2.500) und Irak (1.100). 7.400 Visa wurden zum Zweck des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten erteilt.“ Und das, obwohl im Juli 2025 der Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten für zwei Jahre ausgesetzt wurde. „Ausnahmen für Härtefälle sind möglich. Seit der Aussetzung gab es rund 2.600 Härtefall-Anträge.“

2

Die Aussetzung sei ein „kleiner und richtiger Schritt, der aber nicht ausreicht“. Es handle sich um „symbolische Migrationspolitik im Kleinform“. 12.000 Nachzüge pro Jahr soll es künftig nicht mehr geben – bei jährlich rund 200.000 neuen Asylanträgen. Es werde also eine Notoperation an einem Symptom vorgenommen, während das System weiterhin aus dem Ruder laufe“, sagte Dr. Christian Wirth (AfD-MdB). Eine Verteidigung des Familiennachzugs mit Verweis auf das Grundgesetz ist irreführend. „Es gibt kein Grundrecht auf Familiennachzug in ein anderes Land. Es gibt auch kein Menschenrecht, sich mit Familien in einem anderen Land niederzulassen, das man sich selbst aussucht.“ Wer das behauptete, begehe eine Täuschung.“

12,2 Mrd. Euro kosteten die unbegleiteten minderjährigen Asylanten

NEU

Kosten für die Unterbringung unbegleiteter minderjähriger Ausländer in den Jahren 2015–2024

Land	Anzahl	Kosten
Nordrhein-Westfalen	32.979	2,9 Mrd. Euro
Hessen	Keine Angabe	1,9 Mrd. Euro
Baden-Württemberg	17.416	1,6 Mrd. Euro
Berlin	17.459	1,2 Mrd. Euro
Niedersachsen	12.375	1,2 Mrd. Euro
Rheinland-Pfalz	9.343	731 Mio. Euro
Sachsen	10.091	600 Mio. Euro
Bremen	9.391	402 Mio. Euro
Schleswig-Holstein	3.947	364 Mio. Euro
Thüringen	4.264	360 Mio. Euro
Brandenburg	8.514	359 Mio. Euro
Sachsen-Anhalt	7.646	319 Mio. Euro
Mecklenburg-Vorpom.	2.607	184 Mio. Euro
Saarland	2.806	111 Mio. Euro

Quellen: 1) René Springer (AfD-MdB): „12,2 Milliarden seit 2015 für minderjährige Asylbewerber“, 02.12.2025 2) Nius: „Seit 2015 flossen mehr als 12,2 Milliarden Euro in die Versorgung von minderjährigen Asylbewerbern“, 02.12.2025

1

„Von 2015 bis 2024 registrierten die Behörden in Deutschland fast 190.000 unbegleitete minderjährige Ausländer, sogenannte UMA.“ „Für die Unterbringung dieser Jugendlichen entstanden in 14 Bundesländern zwischen 2015 und 2024 Kosten von mindestens 12,2 Mrd. Euro. Auch hier dürfte die tatsächliche Summe weitaus höher liegen.“ D. h. im Durchschnitt kostete ein UMA über 64.000 Euro.

2

„Bayern und Hamburg machten keinerlei Angaben zu den finanziellen Folgen. Bayern nahm jedoch den Großteil der minderjährigen Ausländer auf.“ Auch „Hessen konnte keine genauen Angaben machen.“ Warum, ist klar: Denn im Jahr 2018 lagen die Kosten für einen einzigen UMA bereits bei 101.2522 Euro (siehe Faktensammlung aus dem Jahr 2022). Seitdem veröffentlicht Hessen keine genauen Zahlen mehr.

3

„Die Datenlücken sind angesichts der Kosten und des staatlichen Administrationsumfangs inakzeptabel. Ebenso inakzeptabel ist es, dass sich eine regelrechte Sozialarbeiterindustrie entwickelt hat, die von der fortlaufenden Einwanderung profitiert. Deshalb darf es einen auch nicht überraschen, dass es kaum Altersprüfungen der Migranten gibt. Die Zahlen deuten darauf hin, dass die verantwortungstragenden Kräfte die Massenmigration begrüßen, sich daran bereichern und die Kosten der Allgemeinheit aufbürden. Damit muss Schluss sein“, sagte René Springer (AfD-MdB).

Deutschland Spitzenreiter bei Sozialausgaben – bei Bildung Schlusslicht

aktualisiert

Öffentliche Ausgaben für Bildungseinrichtungen (Primar- bis Tertiärbereich) im Ländervergleich in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in % im Jahr 2022

1. 	2. 	2. 	4. 	5. 
6,2	6,1	6,1	5,9	5,8
6. 	6. 	6. 	9. 	10. 
5,6	5,6	5,6	5,5	5,4
10. 	12. 	12. 	14. 	15. 
5,4	5,3	5,3	5,2	5,1
23. 				
4,4				

1

- Laut dem IW-Institut liegt „bei den Ausgaben für die soziale Sicherung Deutschland an der Spitze: 41 % der Gesamtausgaben entfielen 2023 auf diesen Posten – davon allein die Hälfte für die Alterssicherung.“ „Bei der Bildung spart Deutschland.“

2

- „Gerade bei der Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund fehlen Milliarden. Ihre Eltern haben oft ein geringeres Bildungsniveau, viele von ihnen sprechen zu Hause kein Deutsch. Das erschwert den Erwerb von Sprach- und Lesekompetenzen. Fähigkeiten, die für den Bildungserfolg entscheidend sind.“ (IW-Institut)

3

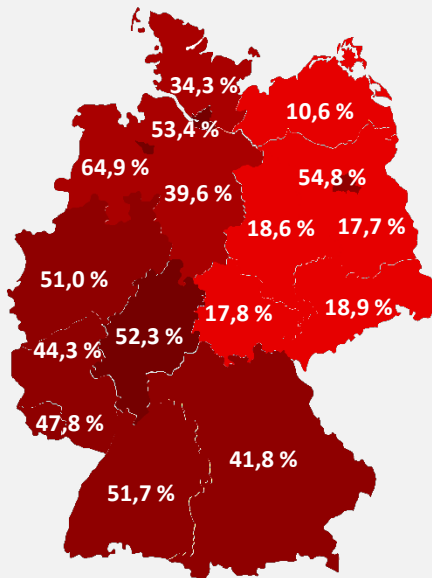
- Belgien und Frankreich – beide hoch verschuldet – investieren prozentual mehr in Bildung als Deutschland. Selbst der OECD-Durchschnitt von 4,7 % wird von Deutschland unterschritten. Da Bildung zum wichtigsten „Rohstoff“ Deutschlands zählt, verspielen wir langfristig unsere Zukunft.

Quellen: 1) Destatis: Bildungs-Finanzbericht 2025, Dezember 2025 2) IW-Institut: „Öffentliche Ausgaben im internationalen Vergleich“, 25.11.2025 3) IW-Institut: „Neuer OECD-Bericht: Warum Deutschland mehr Geld in Bildung stecken muss“, 10.09.2024 4) Die Welt: „Deutschland ist Spitzenreiter bei Sozialausgaben – und Schlusslicht bei Bildung“, 24.11.2025

43 % der 6-17 Jahre alten Schüler haben einen Migrationshintergrund

aktualisiert

Anteil Personen mit Migrationshintergrund im schulpflichtigen Alter (6–17 Jahre) im Jahr 2025 in %



Quellen: 1) Mediendienst Integration: „Wie viele Schüler haben einen Migrationshintergrund?“, 13.04.2026 2) Institut für Bildungsmonitoring und Qualitätssicherung: „Wie viel Prozent der Schüler haben einen Migrationshintergrund?“, 2026 3) Dr. Götz Frömming, Martin Reichardt: „Nein zu Priens Quoten-Verteilung von Kindern nicht-deutscher Herkunft an Schulen“, 05.07.2025 4) IW-Institut: „Bildungspolitische Impulse für mehr Chancengleichheit an Schulen“, 25.11.2022 5) Deutsches Schulportal: „Tiefstand der Leistungen in Mathematik und Naturwissenschaften“, 16.10.2025

1

Die Veränderung bei der Zusammensetzung in den Schulklassen hat sich von 2011 bis 2022 deutlich verändert. Im Jahr 2025 hatten laut ‚Mediendienst Integration‘ 43 % der Kinder und Jugendlichen von 6 bis 17 Jahren einen Migrationshintergrund (2024: 42,2 %; 2023: 41.6 %; 2022: 41,3 %). Unter den Viertklässlern waren es 2011 nur 24,7 %, 2025 bereits 53,7 %.

2

„Zudem hatten laut Schulstatistik im Schuljahr 2024/2025 von den rund 11,4 Mio. Schüler 1,9 Mio. einen ausländischen Pass. Das entspricht einem Anteil von ausländischen Schülern von 16 %. Gegenüber dem Vorjahr stieg ihre Zahl um 6 %.“ Die Veränderung der Klassenzusammensetzung hat auch Auswirkungen bei den Lernkompetenzen. So sind laut dem IfQB-Bildungstrend „bei Zuwandererkindern Kompetenzrückgänge deutlich festzustellen.“

3

„Schulen, die heute noch funktionieren, könnten Probleme bekommen. Die Gruppe der Schüler mit Migrationshintergrund ist sehr heterogen. Zuwanderer aus europäischen oder auch asiatischen Ländern sind weniger problematisch. Es geht vor allem um Migranten aus arabischen Ländern und auch der Türkei. Ohne eine rigorose Begrenzung des weiteren Zuzugs aus bildungsfernen muslimischen Kulturkreisen wird es mit der Bildung in Deutschland immer weiter bergab gehen“, sagte Dr. Götz Frömming (AfD-MdB).

Beim Vergleich der Schulleistungen liegt Deutschland auf Rang 34!

NEU

Internationaler Vergleich der Schulleistungen bei den 15-Jährigen nach Rang

1. 	2. 	3. 	4. 	5. 
6. 	7. 	8. 	9. 	10. 
11. 	12. 	13. 	14. 	15. 
16. 	17. 	18. 	19. 	34. 

Quellen:1) Unicef: „Ungleiche Chancen: Kinder und wirtschaftliche Ungleichheit“, Mai 2026 2) Bild: „40 Prozent der 15-Jährigen können kaum rechnen und lesen“, 18.05.2026 3) AfD: „40 % können nicht schreiben und Rechnen: Bildung unserer Kinder sichern“, 19.05.2026 4) Junge Freiheit: „Entweder das System oder du“, Nr. 35/25, 22.08.2025 5) Deutsches Schülerportal: „PISA-Studie: Die wichtigsten Ergebnisse“, 05.06.2026 6) Focus: „Nach Pisa-Klatsche: Haben wir eine Migrationskrise an unseren Schulen?“, 06.12.2023

1

▪ „Alarmierende Zahlen von Unicef! 40 % der 15-Jährigen in Deutschland erreichen nicht die Mindestkompetenz in Lesen und Mathematik. Das zeigt der neue Bericht des Kinderhilfswerks. In der in Florenz vorgestellten Studie zum Thema Bildungschancen landet Deutschland nur auf Platz 25 von 37 untersuchten Industrieländern. An der Spitze stehen die Niederlande, Dänemark und Frankreich. Für eine der weltweit stärksten Volkswirtschaften ist das ein ernüchterndes Ergebnis.“

2

▪ „Im internationalen Vergleich der Schulleistungen rutscht Deutschland sogar auf Platz 34 ab. Irland führt das Ranking bei den Lese- und Mathekompetenzen an“, gefolgt von Slowenien und Südkorea. Selbst Länder mit geringerer Wirtschaftskraft wie Ungarn (Platz 14), Rumänien (Platz 22) und die Slowakei (Platz 26) liegen vor Deutschland. Laut der PISA-Studie erreichen Schüler ohne Migrationshintergrund in Deutschland im Schnitt deutlich höhere Punktzahlen.

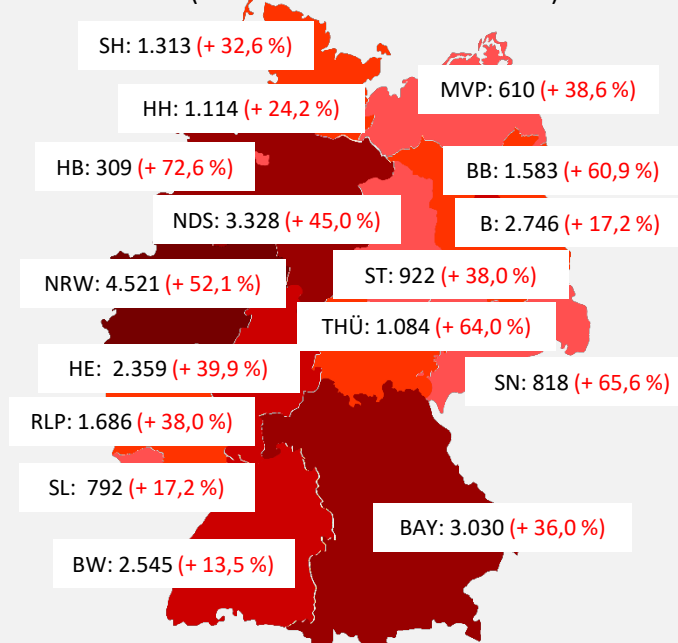
3

▪ „Wenn in Klassen 90 % der Kinder die deutsche Sprache nicht beherrschen, sinkt das Bildungsniveau massiv. Die soziale Integration scheitert an fehlender Sprachförderung und einer Überforderung der Schulen. Die AfD fordert eine sofortige Abkehr von der bisherigen Migrationspolitik. Brennpunkte müssen durch eine intelligente Verteilung der Schüler aufgelöst werden. Verbindliche Deutschkenntnisse sind zwingende Voraussetzung für den Unterricht. Statt unverbindlicher Versprechen braucht es einen echten Ausbildungszwang und eine massive Stärkung unserer Bildungsstandards.“

Gewalttaten an Schulen nahmen um 37 % zu – Politik schaut weg

aktualisiert

Gewalttaten an Schulen nach Bundesländern im Jahr 2024 (in Klammer Zunahme zu 2022)



Quellen: 1) Deutsches Schulportal: „Polizei-Statistik: Gewalt an Schulen nimmt bundesweit zu“, 17.09.2025 2) Polizeiliche Kriminalitätsstatistik: Anzahl der Gewalttaten an der Tatörtlichkeit Schule, 2026 3) ZDF heute: „Gewalt gegen Lehrkräfte in Deutschland nimmt deutlich zu“, 10.04.2026 4) AfD-Bundestagsfraktion: „Gewalt und andere Formen schwerwiegender Übergriffe an Schulen systematisch erfassen, untersuchen und durch geeignete Maßnahmen verhindern“, 24.03.2026

1

„Die Zahl der Gewalttaten an Schulen, die von der Polizei erfasst wurden, ist in den vergangenen Jahren in allen Bundesländern deutlich gestiegen. In einigen Bundesländern haben sich die Zahlen innerhalb von zwei Jahren bis 2024 um mehr als 60 % erhöht. Die Gesamtzahl für das Jahr 2024 liegt bei 28.760 Gewalttaten an Schulen in Deutschland. 2022 betrug sie noch 20.979. Insgesamt ist das eine Zunahme von 37,1 %.“

2

„Lehrkräfte werden selbst Opfer. 65 % der Schulleitungen gaben an, dass Lehrkräfte an ihrer Schule in den vergangenen fünf Jahren direkt beschimpft, bedroht, beleidigt, gemobbt oder belästigt wurden, 36 %, dass Kollegen über das Internet diffamiert, belästigt, bedroht, bedrängt oder genötigt wurden, und 35 % berichteten von körperlichen Angriffen auf Lehrkräfte. Physische Gewalt gehe dabei überdurchschnittlich häufig (66 %) von Schülern an Förder- und Sonderschulen aus.“

3

„Die Bundesregierung betreibt keine Ursachenforschung und verweist allein auf das Programm „ProPK“ und länderspezifische Nachsorgesysteme, die offenbar unzureichend wirken. Die AfD-Bundestagsfraktion fordert deshalb ein gemeinsames Bund-Länder-Programm zur Erfassung aller schwerwiegenden Vorfälle, die Förderung sozialwissenschaftlicher Studien zur Ursachenanalyse, inkl. einer Untersuchung möglicher Zusammenhänge von Migration und Gewalt, sowie die Ableitung konkreter Handlungskonzepte auf Grundlage dieser Erkenntnisse.“

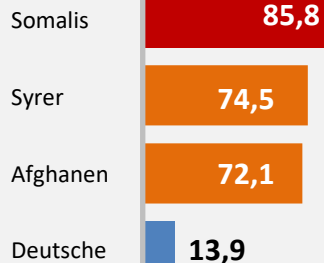
6,4 Millionen haben keinen Berufsabschluss – Zuwanderung Mitschuld

aktualisiert

Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgänger in der EU im Jahr 2025 in % (Vorjahr)

			
2,1 % (2,0 %)	3,6 % (2,8 %)	4,0 % (4,1 %)	6,1 % (6,6 %)
			
6,7 % (7,2 %)	7,0 % (7,7 %)	7,3 % (7,0 %)	7,2 % (7,9 %)
			
8,2 % (9,8 %)	9,1 % (9,6 %)	9,9 % (9,6 %)	10,0 % (8,1 %)
			
10,0 % (10,4 %)	12,8 % (13,0 %)	13,1 % (13,5 %)	15,5 % (16,8 %)

25 bis 34 Jahre alte Zuwanderer ohne Ausbildung in Deutschland im Jahr 2025 in % (Auswahl) im Vergleich zu Deutschen



1 Im Vergleich zum Jahr 2024 ist die Zahl der Personen ohne Berufsabschluss um 0,4 % auf 13,1 % gesunken. Im Jahr 2024 hatten bereits 6,4 Mio. Menschen keinen Berufsabschluss. „Rund 2,76 Mio. junge Erwachsene zwischen 20 und 34 haben in Deutschland keinen Berufsabschluss.“

2 Von diesen seien rund 1,68 Mio. Ungelernte der Personengruppe mit Einwanderungsgeschichte zuzuordnen, heißt es im Berufsbildungsbericht. Die Quote liege bei Nachkommen von Eingewanderten mit 21 % deutlich niedriger als bei selbst Eingewanderten mit 38,8 %.

3 Diese Entwicklung geht zum Teil auf Zuwanderung zurück. 86 % der Somalis, 76 % der Syrer und 72 % der Afghanen verfügen über keinen beruflichen Abschluss. „Wir lösen den Fachkräftemangel nicht durch die massenhafte Einwanderung eines Bildungsprekariats“, sagte René Springer (AfD-MdB).

Quellen: 1) Eurostat: Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgänger nach Geschlecht, 16.04.2026 2) Bild: „6 Millionen Beschäftigte ohne Berufsabschluss“, 17.02.2025 3) Die Zeit: „Studie: Mehr junge Leute haben keinen Berufsabschluss“, 24.05.2025 4) Redaktionsnetzwerk Deutschland: „Fast jeder fünfte junge Mensch in Deutschland ohne Berufsabschluss“, 06.05.2026 5) Bundesagentur für Arbeit: Herausforderungen für junge Menschen am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Arbeitsmarkt kompakt – März 2026 6) Bundesministerium für Bildung: Berufsbildungsbericht 2026, 06.05.2026 7) MSN: „Mikrozensus: Drei Viertel aller jungen Syrer und Afghanen ohne Ausbildungsabschluss“, 20.06.2026

Nur 5 Universitäten unter den Top 100 weltweit – finanziell abgeschlagen

NEU

Top 100-Universitäten weltweit nach Ländern im Jahr 2026

Land					
Anzahl der Unis unter Top 100	47	9	8	5	5

Land					
Anzahl der Unis unter Top 100	4	4	3	3	2

Stiftungsvermögen US-Universitäten im Jahr 2026 (Auswahl)

Universität	Harvard	Yale	Stanford	Princeton	MIT*
US-Dollar	56 Mrd.	44 Mrd.	41 Mrd.	36 Mrd.	27 Mrd.

Budget deutscher Universitäten im Jahr 2024 (Auswahl)

Universität	LMU	TUM	RKUH	FUB	HUB
Euro	2,3 Mrd.	2,2 Mrd.	1 Mrd.	0,7 Mrd.	0,5 Mrd.

Quellen: 1) Destatis: „Hochschulausgaben 2024 um 5 % gestiegen“, 26.03.2026 2) CWUR World University Ranking: Global 2000 List, 2026 3) Forbes: „College Endowment Returns Grew 10.9% In FY 2025; Harvard Still First“, 12.02.2026 4) Budget laut Angaben der Universitäten 5) QS World University Rankings 2027, Juni 2026

1

- Nur fünf deutsche Universitäten finden sich laut dem „CWUR World University Ranking“ weltweit unter den besten 100 Hochschulen wieder: Und das abgeschlagen! Ludwig-Maximilians Universität München (LMU, Rang 51), Freie Universität Berlin (FUB, 57), Humboldt Universität Berlin (HUB, 59), Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg (RKUH, 70), Technische Universität München (TUM, 77).

2

- Verfügen allein fünf US-amerikanische Universitäten über ein Stiftungsvermögen von fast 205 Mrd. US-Dollar, sind die deutschen Hochschulen – das sind 422 – finanziell schlecht ausgestattet. So haben „im Jahr 2024 die öffentlichen, kirchlichen und privaten Hochschulen in Deutschland insgesamt 79,2 Mrd. Euro für Lehre, Forschung und Krankenbehandlung ausgegeben.“

3

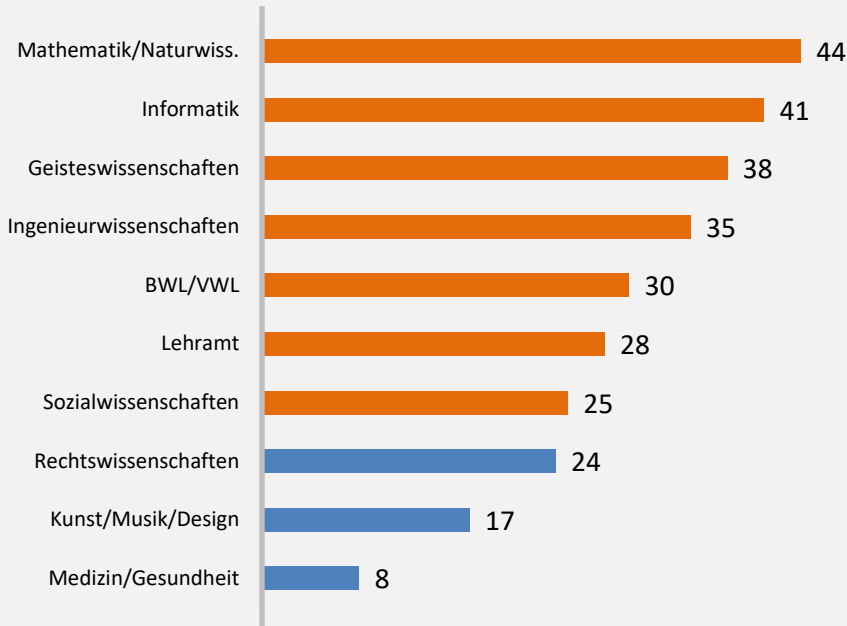
- „An Drittmitteln warben die Hochschulen insgesamt 10,7 Mrd. Euro ein, das waren 0,5 % mehr als im Vorjahr. Damit stiegen die Drittmiteleinnahmen deutlich schwächer als die Gesamteinnahmen der Hochschulen.“ Um international erfolgreich zu sein, bedarf es einer deutlich höheren Finanzierung der Hochschulen, vor allem der Exzellenzuniversitäten. Übrigens: Laut dem neuesten QS World University Ranking sind nur noch 4 deutsche Unis unter den Top 100.

*MIT = Massachusetts Institute of Technology

Aufnahmeprüfungen könnten Studienabbrüche reduzieren

NEU

Studienabbruchquoten nach Fach an Universitäten 2025 in %



Quellen:

- 1) Profiling Institut: „Studienabbruch in Deutschland: Was sagen die Zahlen wirklich?“, Stand: 04.06.2026
- 2) Hochschulstart.de – Stiftung für Hochschulzulassung: Auswahlkriterien, Stand: 04.06.2026

1

- „Rund 29 % aller Bachelorstudenten an deutschen Universitäten verlassen das Studium ohne Abschluss.“ Doch es gibt große Unterschiede: „Während in der Medizin nur etwa 8 % das Studium abbrechen, sind es in Informatik und den Naturwissenschaften mehr als 40 %.“

2

- Auch wenn es in Deutschland keine Aufnahmeprüfungen gibt, zeigt das Beispiel Medizin, dass ein differenziertes Zulassungsverfahren (Abiturnote, Tests, Interview etc.) zu einer geringen Abbruchquote führt.

3

- In anderen Staaten wie den USA oder Großbritannien sind Aufnahmetests obligatorisch. So entscheiden in China und Südkorea zweitägige Mammutprüfungen über die gesamte universitäre Zukunft der Schüler. Auch in Frankreich erfolgt der Zugang zu den elitären Grandes Écoles über extrem selektive, eigene Auswahlverfahren. Vielleicht wäre dies ein Vorbild für Deutschland.

Deutschlands Strom ist deutlich dreckiger trotz regenerativer Energien

aktualisiert

Vergleich Gesamtstromix in Europa (Auswahl) am 05.06.2026 um 11:30 Uhr

	Spez. CO ₂ -Emissionen (gCO ₂ äq/kWh)	CO ₂ -arm (fast kein oder sehr wenig Kohlendioxid)	Regenerative Energien
	17 g	100 %	33 %
	31 g	99 %	79 %
	39 g	98 %	96 %
	76 g	92 %	79 %
	139 g	88 %	86 %

Quellen:

1)) Electricitymap: Klimaeinfluss der Regionen. Sortiert nach CO₂-Intensität der verfügbaren Elektrizität (gCO₂äq/kWh), 05.06.2026 2) Nius: „Großbritannien investiert 16,8 Milliarden Euro in neues Atomkraftwerk ... und in Deutschland schweigt Schwarz-Rot das Thema tot“, 10.06.2025 3) Statista: Anzahl der geplanten Atomreaktoren in ausgewählten Ländern weltweit im Juni 2025, 29.11.2025

1

- Frankreich bezieht seinen Strom zum Großteil aus Kernkraftwerken. Dieser ist CO₂-neutral. Im Gegensatz dazu sind in Deutschland die CO₂-Emissionen über 8-mal so hoch. Da keine Kernkraftwerke mehr vorhanden sind, musste vermehrt Strom aus Kohle genutzt werden.

2

- Der angeblich „kostenlose erneuerbare Strom“ hat den deutschen Endverbraucherpreis explodieren lassen. Das wird weitergehen, denn „Flatterstrom“ zu beherrschen, wird mit steigen-der Einspeiseleistung und mehr Anlagen immer aufwendiger.

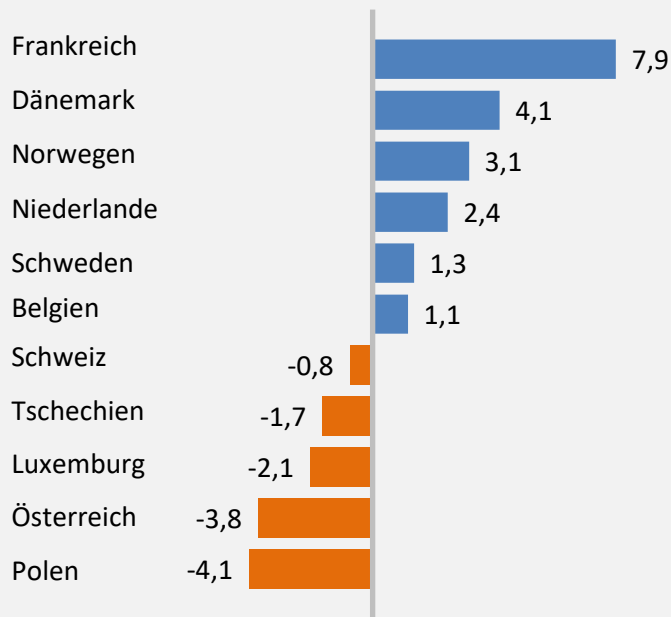
3

- „Die Zahl der Nationen, die dem Geisterfahrer Deutschland bei der Atomkraft-Frage mit hoher Geschwindigkeit entgegenkommen, wird immer höher.“ Schweden, Großbritannien, Bulgarien Rumänien, Ungarn bauen jeweils zwei neue AKW, Polen drei und Tschechien sogar fünf!

Deutschland verramscht Öko-Strom – Bürger zahlen die Zeche

NEU

Physikalischer Stromaustausch von Deutschland nach Ländern im ersten Halbjahr 2025 in Terawattstunden



Quellen: 1) Statista: Physikalischer Stromaustausch von Deutschland nach Ländern im ersten Halbjahr 2025, 29.11.2025 2) Bild: „Deutschland verramscht so viel Ökostrom wie nie!“, 28.08.2025 3) Paul Schmidt (AfD-MdB): „Extrem negative Strompreise läuten neue Phase der deutschen Energiewende ein“, 30.04.2026

1

„Prof. Dr. Manuel Frondel, Leiter des Kompetenzbereiches ‚Umwelt und Ressourcen‘ am Leibniz Institut für Wirtschaftsforschung, sagt: „Negative Strompreise sind die Folge von hohen Überschüssen an Solarstrom. An sonnigen Tagen kann das Stromangebot die inländische Nachfrage erheblich übersteigen. Deshalb muss zusätzliche Nachfrage im Ausland geschaffen werden: Länder wie die Niederlande oder die Schweiz nehmen uns den überschüssigen Strom gegen Geld ab.“ Noch häufiger liegen die Strompreise knapp über null. „Dann verramschen wir den nicht benötigten Strom.“

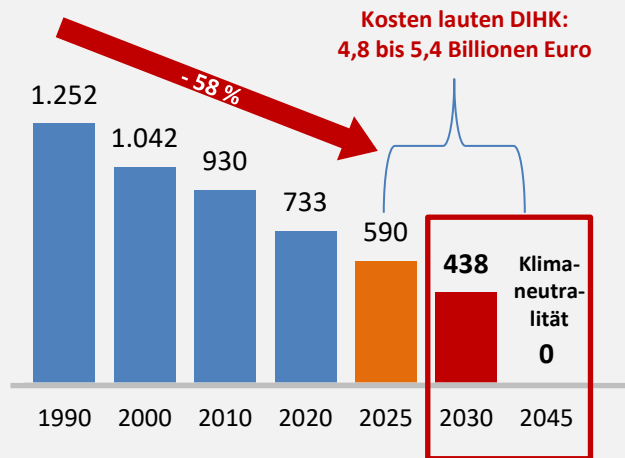
2

„Wir haben in Deutschland bereits 117 GW an Photovoltaik und 78 GW an Windkraft installiert, können aber nicht mehr als 85 GW an Strom verbrauchen. Nennenswerte Stromspeicherkapazitäten haben wir nicht. Also produzieren wir – wenn die Sonne scheint und der Wind weht – mehr als doppelt so viel Strom, wie wir verbrauchen können und geben dem Ausland viel Geld, damit es seine Kernkraftwerke herunterfährt und unseren überflüssigen Strom abnimmt. Herrscht dagegen Dunkelflaute, müssen wir unseren Strom teuer im Ausland einkaufen“, sagte Dr. Paul Schmidt (AfD-MdB).

Eine weitergehende CO₂-Reduktion kostet bis 2040 etwa 5 Billionen Euro

NEU

Entwicklung der Treibhausgasemissionen in Deutschland in Mio. Tonnen nach Jahren



Quellen:

- 1) WirtschaftsWoche: „Der Vergleich: Diese Länder stoßen am meisten CO₂ aus“, 24.02.2026
- 2) EU-Kommission: EDGAR - Emissions Database for Global Atmospheric Research, Report 2025
- 3) Statista: IWF Prognose: Top 10 Länder mit dem größten Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den Jahren 2024 bis 2030, 06.05.2025
- 4) ZDF heute: „CO₂-Ausstoß stagniert: Wo Deutschland jetzt nachbessern muss“, 14.03.2026
- 5) Das Parlament: „AfD fordert Abschaffung des Emissionshandels“, 22.05.2026
- 6) DIHK: „Aktuelle Energiewende-Politik kostet bis zu 5,4 Billionen Euro“, 18.03.2026

1

- „Im vergangenen Jahr hat Deutschland seine Abhängigkeit von fossilen Energien jedoch nicht nennenswert verringert. Der neue Bericht zeigt: Zwar haben sich die Emissionen seit 1990 fast halbiert, aber im vergangenen Jahr sind Deutschlands Treibhausgase nur um knapp eine Million Tonnen gesunken – ein Rückgang von 0,1 %.“

2

- „Ab 2026 müsse der Rückgang massiv steigen – um 42 Mio. Tonnen pro Jahr, um das gesetzliche Klimaschutzziel von 2030 zu erreichen. Bis 2045 will Deutschland dann klimaneutral sein. Die Klimaziele seien erreichbar, so das Umweltbundesamt. Es brauche aber einen neuen Schub und zusätzliche politische Maßnahmen.“

3

- „Der seit über 20 Jahren in der EU bestehende Emissionshandel mit CO₂-Zertifikaten habe sich zu einer Belastung gerade für die deutsche Industrie entwickelt. Das System erhöhe die Energiekosten und schwäche so die Wettbewerbsfähigkeit. Es bestehe ein krasses Missverhältnis von Kosten und tatsächlichen Effekten“, sagte Micha Fehre (AfD-MdB). Denn „Deutschlands Anteil am globalen CO₂-Ausstoß liege bei 1,5 %, die Kosten jedoch beliefen sich laut Deutscher Industrie- und Handelskammer bis 2040 auf 4,5 Billionen Euro.“

China erhöht CO₂-Emissionen – Deutschland zerstört die eigene Industrie

NEU

Die 10 Länder mit dem höchsten mit dem höchsten CO₂-Ausstoß in Giga-Tonnen (GT) und in % des weltweiten CO₂-Ausstoßes im Jahr 2025

1. 	2. 	3. 	4. 	5. 
13,12 GT	4,63 GT	3,15 GT	2,01 GT	0,97 GT
33,1 %	11,7 %	8,0 %	5,1 %	2,5 %

6. 	7. 	8. 	9. 	10. 
0,83 GT	0,81 GT	0,65 GT	0,59 GT	0,58 GT
2,1 %	2,1 %	1,7 %	1,5 %	1,46 %

Quellen:

1) WirtschaftsWoche: „Der Vergleich: Diese Länder stoßen am meisten CO₂ aus“, 24.02.2026 2) EU-Kommission: EDGAR - Emissions Database for Global Atmospheric Research, Report 2025 3) DJE: „Indien auf dem Weg zur globalen Wirtschaftsmacht“, 11.07.2025

1

Die globalen CO₂-Emissionen aus der Kraftstoffverbrennung stiegen 2025 weiter vor dem Hintergrund eines steigenden Energieverbrauchs. Die größten Emissionsanstiege verzeichneten China und Indien. „In den letzten Jahren hat China sich zum weltweit größten Verursacher von CO₂-Emissionen entwickelt. Obwohl das Land ein rasant wachsendes Wirtschaftswachstum verzeichnet, betrachtet es sich selbst immer noch als Entwicklungsland.“

2

Die CO₂-Emissionen gingen hingegen in den größten EU-Ländern wie in Deutschland, sowie im Vereinigten Königreich, in Japan und Südkorea – hier aufgrund der höheren Stromerzeugung aus Kernenergie und erneuerbaren Energien – und in den USA zurück.

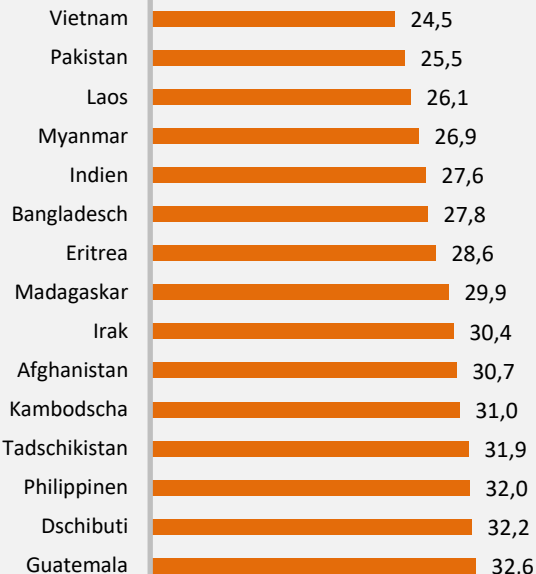
3

Noch ist Deutschland die drittgrößte Volkswirtschaft. Doch laut der IWF-Prognose wird Indien uns spätestens im Jahr 2028 überholen. Nicht von ungefähr erhöhen China, Indien und Russland ihre CO₂-Emissionen kontinuierlich. Auch verursachten die Staaten Iran (Rang 6), Indonesien (Rang 7) und Saudi-Arabien (Rang 8) – alles Schwellenländer – jeweils mehr CO₂ als Deutschland.

Nicht Deutschland gehört zu den Umweltverschmutzern – es sind

NEU

Rangliste der 15 umweltschädlichsten Länder weltweit nach dem Environmental Performance Index (EPI) im Jahr 2024 nach Punkten



Quellen: 1) Statista: Rangliste der 20 umweltschädlichsten Länder weltweit nach dem Environmental Performance Index (EPI) im Jahr 2024, 05.12.2025 2) Environmental Performance Index, Report 2024 3) Natur-Strohalm.com: „Weltweite Müllproduktion – Fakten, Ländervergleich und Deutschlands Rolle“, Stand: 05.06.2026 4) Reddit: „Die Länder, die den Ozean am meisten verschmutzen“, April 2026

Rangliste der umweltfreundlichsten Staaten

Rang	Land	Punkte
1.		75,7
2.		75,1
3.		74,5
4.		73,8
5.		72,6
6.		70,3
7.		69,9
8.		68,9
9.		67,8
10.		67,7

1

- „Vietnam ist laut des Environmental Performance Index (EPI) im Jahr 2024 das umweltschädlichste Land der Welt. Das südasiatische Land erzielte 2024 einen Indexwert von rund 24,5 Punkten und belegte damit den letzten Platz von 180 untersuchten Staaten weltweit.“

2

- Deutschland liegt laut diesem Index auf Rang drei der umweltfreundlichsten Staaten nach Luxemburg und Estland. Auch wenn „Deutschland viel Müll produziert, hat doch das Land gleichzeitig eines der besten Abfallmanagementsysteme entwickelt, um die Umweltbelastung zu minimieren.“

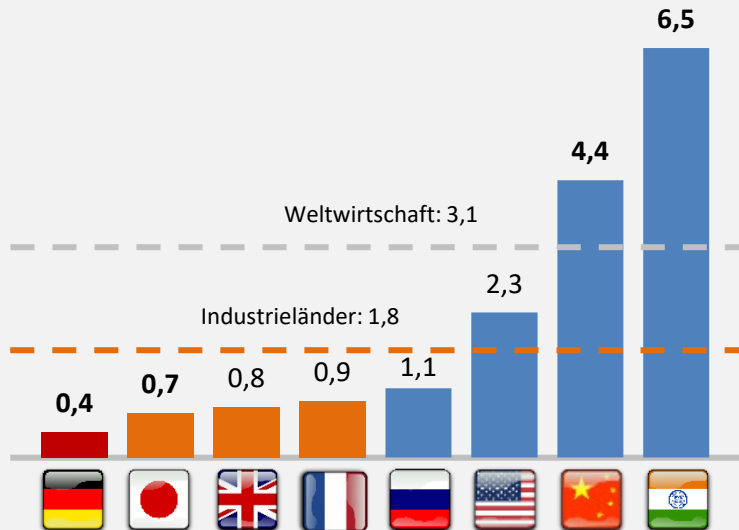
3

- Die Hauptverursacher der Meeresverschmutzung – insbesondere durch Plastikmüll – sind bevölkerungsreiche Schwellenländer in Asien sowie große Industriestaaten. Angeführt wird die globale Liste von Indien und China, gefolgt von Indonesien, den Philippinen und Vietnam. Diese Länder haben oft ein starkes Wirtschaftswachstum, aber unzureichende Recyclingsysteme.

Nur 0,4 % Wachstum: Deutschland braucht fundamentalen Kurswechsel

aktualisiert

Wachstumsprognose des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in % für das Jahr 2026 (Prognose)



Quellen:

1) IWF: Wold Economic Outlook, April 2026 2) Handelsblatt: „OECD senkt Wachstumsprognose für Deutschland erneut“, 03.06.2026 3) Alice Weidel: „IW senkt Wachstumsprognose drastisch – Merz bittet um mehr Geduld für Reformen“, 07.05.2026 4) Die Welt: „Mieses Zeugnis für Deutschland – und 3 Auswege aus der Dauerkrise“, 10.06.2026 5) BDI: „Konjunkturprognose: Deutsches BIP wächst 2026 nur noch um 0.4 Prozent“, 22.06.2026

1

- Der BDI senkte im Juni 2026 die Konjunkturprognose auf nur noch 0,4 % für Deutschland. „Die Regierung hat an Ambition verloren. Stückwerk reicht nicht aus. Das Abarbeiten des Koalitionsvertrags wird der verschärften Lage nicht mehr gerecht. Es braucht ein kohärentes Reformpaket, das Investitionen ermöglicht und Wachstumskräfte stärkt, kurz: den Standort wieder wettbewerbsfähig macht.“

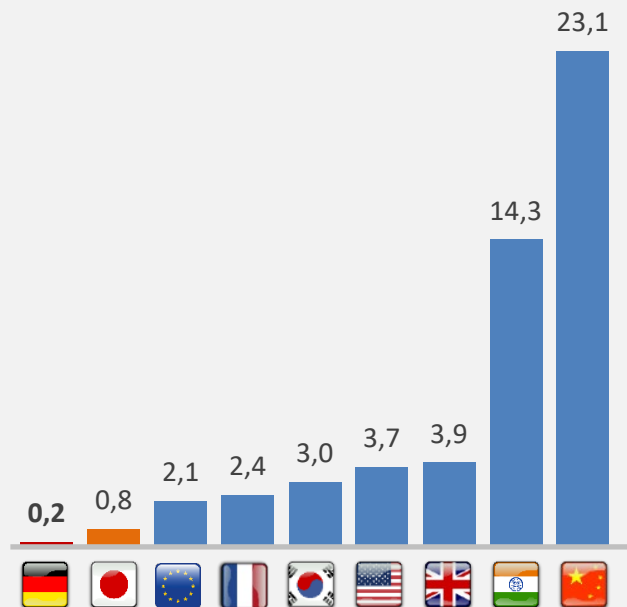
2

- „Deutschland braucht jetzt einen fundamentalen Kurswechsel. Die AfD fordert die sofortige Entlastung von Unternehmen und Bürgern durch eine umfassende Senkung von Steuern und Abgaben, die vollständige Abschaffung klimapolitischer Kostentreiber sowie die Wiederherstellung einer sicheren und international wettbewerbsfähigen Energieversorgung“, so Dr. Alice Weidel (AfD).

Historischer Investitionsstillstand in der deutschen Wirtschaft

NEU

Netto-Produktionsinvestitionen im Jahr 2024 in % des BIP



Quellen: 1) McKinsey Global Institute: „Report: Catalyzing competitiveness: Where investment happens and why“, 30.06.2026 2) McKinsey: „Globaler Wettbewerb um Investitionen: Wo Kapital heute hinfließt und wie Deutschland bestehen kann“, 30.06.2026 3) Junge Freiheit: „Deutschlands Nettoinvestitionen stürzen auf historisches Tief“, 01.07.2026 4) FAZ: „Investitions-Boykott in Deutschland“, 30.06.2026

1

„Deutschlands Wirtschaft baut kaum noch zusätzliche Produktionskapazität auf; Nettoinvestitionen liegen bei nur noch 0,2 % des BIP. Über den gesamten Projektlebenszyklus liegen die Kosten neuer Investitionsvorhaben in Deutschland je nach Branche rund 40 bis über 250 % über denen am jeweils wettbewerbsfähigsten Standort. Für Unternehmen heißt das: Produktivität steigern, Geschwindigkeit erhöhen und mit Innovationen Wettbewerbsvorteile zurückgewinnen.“ „China investiert rund 5,9 Billionen US-Dollar pro Jahr in produktive Anlagen, die USA 5,1 Billionen, die EU-27 nur 3,1 Billionen. Im Nettovergleich baut China seinen Kapitalstock mit etwa 23 % des BIP pro Jahr auf und fügt damit drei- bis fünfmal so viel hinzu wie die USA und Europa zusammen.“

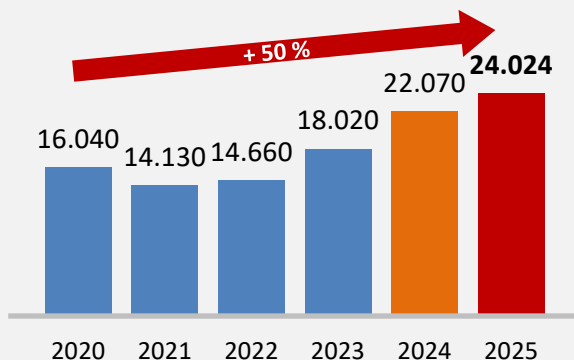
2

„Als zentralen Standortnachteil macht die Studie die hohen Kosten in Deutschland aus. So sei die Entwicklung neuer Elektroauto-Plattformen drei- bis viermal teurer als bei einem chinesischen Hersteller im Heimatmarkt. Bei der Herstellung moderner Computerchips fielen hierzulande 40 bis 50 % höhere Kosten an als in Taiwan oder China. In der deutschen Automobilindustrie lägen die Löhne etwa doppelt so hoch wie in China, während die Produktivität niedriger ausfalle. Die laufenden Personalkosten lägen rund 85 % über denen Chinas. Hinzu kämen weitere Belastungen für die deutsche Wirtschaft wie hohe Energiekosten. Dabei sind Subventionen für die deutsche Schwerindustrie, die die Stromkosten für einzelne Produzenten senken, noch nicht berücksichtigt.“

Unternehmensinsolvenzen auf Rekordniveau – Deutschland schmiert ab

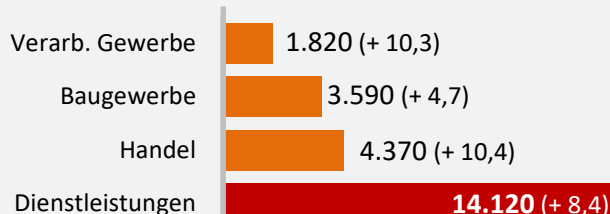
NEU

Unternehmensinsolvenzen in Deutschland nach Anzahl und Jahren



- „Besonders betroffen sind kleine Unternehmen, die mehr als 80 % der Fälle ausmachen. Auch größere Unternehmen, insbesondere im Gesundheits- und Pflegebereich, kämpfen zunehmend mit finanziellen Herausforderungen. Die finanziellen Schäden sind enorm: 57 Mrd. Euro Forderungsausfälle treffen Gläubiger wie Lieferanten und Banken schwer. Auch der Arbeitsmarkt leidet – 285.000 Arbeitsplätze sind direkt oder indirekt betroffen.“

Insolvenzen in den Hauptwirtschaftsbereichen nach Anzahl im Jahr 2025 (geschätzt; in Klammer: in % zum Vorjahr)



- „Die AfD fordert einen konsequenten wirtschaftspolitischen Kurswechsel: Deutschland braucht wieder eine verlässliche und bezahlbare Energieversorgung durch die Rückkehr zur Kernenergie und den Weiterbetrieb von effizienten Kohlekraftwerken. Zudem müssen die Nord-Stream-Pipelines umgehend reaktiviert werden, um die Energieversorgung nachhaltig zu stabilisieren. Für Bürger und Unternehmen ist eine substanzielle und dauerhafte Senkung der Energie- und Kraftstoffsteuern unerlässlich. Nur so lassen sich die Ursachen der Insolvenzwelle wirksam bekämpfen und der Wirtschaftsstandort Deutschland langfristig sichern“, sagte Dr. Alice Weidel.

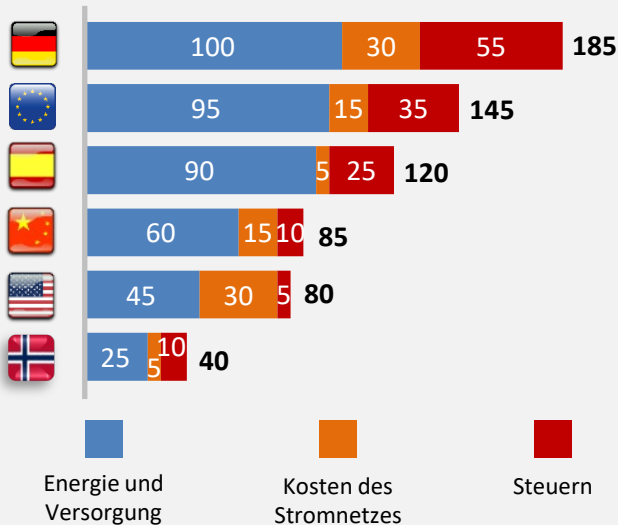
Quellen:

1) Creditreform: Unternehmensinsolvenzen in Deutschland, 08.12.2025 2) Destatis: „Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2025: +10,3 % zum Vorjahr“, 13.03.2026 3) Bild: „Firmenpleiten auf 10-Jahres-Hoch!“, 08.12.2025 4) Handwerksbaltt.de: „Zahl der Firmenpleiten auf Zehnjahreshoch“, Dezember 2025 5) Alice Weidel (AfD-MdB): „Rekord-Insolvenzen sind Warnsignal – Bundesregierung verschärft die Wirtschaftskrise“, 14.04.2026

Energiekosten führen zu einem strukturellen Nachteil Deutschlands

NEU

Strompreise für die Industrie im Jahr 2024, inkl. Netzkosten und Steuern, ohne Subventionen, Richtwerte in US-Dollar pro Megawattstunde



Quelle:

1) McKinsey Global Institute: „Report: Catalyzing competitiveness: Where investment happens and why“, 30.06.2026

1

„Die Kosten sind im industriellen Kern Europas und im fortgeschrittenen Asien strukturell höher als in China und den USA. Der Strompreis im alten Industriezentrum rund um die Korridore des Rheins und von Rotterdam liegt mittlerweile im Durchschnitt bei über 150 US-Dollar pro Megawattstunde, was die Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Industrien beeinträchtigt. In jüngerer Zeit wurden neue Kapazitäten für energieintensive Branchen wie die Materialverarbeitung für Batterien auf der Iberischen Halbinsel und in den nordischen Ländern geschaffen, wo die Strompreise im Vergleich günstig sind. Doch die Industrie hat sich nicht in demselben Ausmaß verlagert, wie in China und den USA, wo sie durch die nationale Industriepolitik unterstützt wurde.“

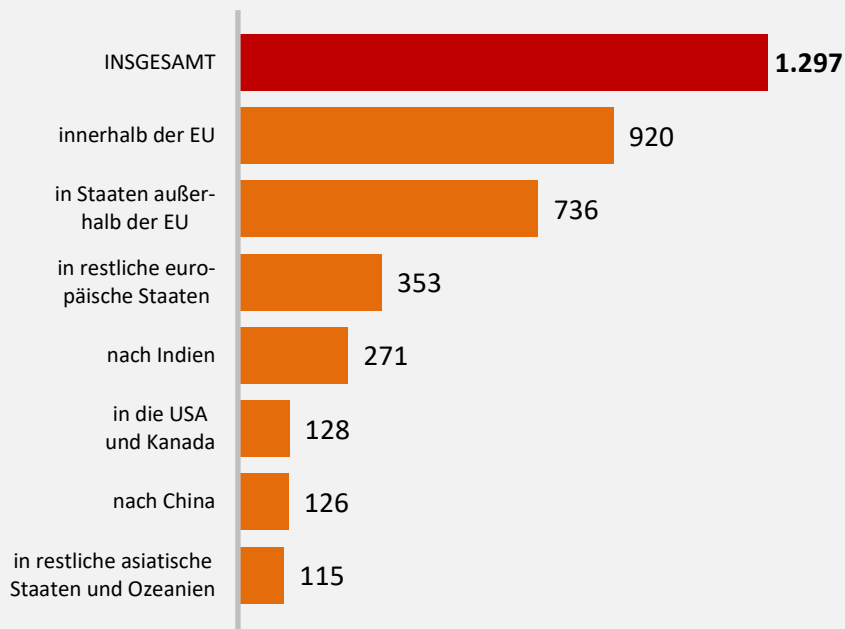
2

„Die Strompreise machen fast 60 % der Differenz bei den nivellierten Kosten eines in China errichteten Colocation-Rechenzentrums im Vergleich zum Vereinigten Königreich aus. Bei der Stahlherstellung nach dem DRI-EAF-Verfahren macht Energie – hauptsächlich in Form von Erdgas und in geringerem Maße Strom – mehr als 90 % der Kostendifferenz zwischen der Stahlproduktion in Oman und Schweden aus. Um diesen Nachteil auszugleichen, subventionieren Deutschland und andere europäische Länder derzeit die Energiekosten für die Schwerindustrie, teilweise um mehr als die Hälfte der Gesamtkosten, obwohl sich auch die Debatte darüber verschärft, die energieintensivsten Produktionsstufen an Standorte mit kostengünstigerer Energie zu verlagern.“

Firmen wandern ab – Kostendruck dominiert Investitionsentscheidungen

NEU

Unternehmen mit Verlagerung ins Ausland 2021 bis 2023 nach Anzahl



1 „Der DIHK-Bericht Auslandsinvestitionen der Industrie 2025 zeigt: Deutsche Industrieunternehmen ziehen sich zunehmend aus dem Heimatmarkt zurück und verlagern Investitionen ins Ausland – getrieben von hohen Kosten, geopolitischen Risiken und schwindender Wettbewerbsfähigkeit. Besonders Nordamerika gewinnt an Attraktivität, während Asien verliert.“

2 1.300 Firmen ab einer Größe von 50 Beschäftigten verließen in den Jahren 2021 bis 2023 Deutschland. Das waren 2,2 % aller 2023 in Deutschland ansässigen Firmen. „Binnen zwei Jahren haben deutsche Unternehmen Zehntausende Jobs ins Ausland verlagert. Laut Statistischem Bundesamt wurden 71.100 Stellen hierzulande ab- und nur 20.300 aufgebaut.“

3 „Wir als AfD-Fraktion bekennen uns klar zum Industriestandort Deutschland. Unsere Unternehmen brauchen endlich spürbare Entlastungen bei Steuern, Abgaben und Energiekosten sowie einen konsequenten Bürokratieabbau. Nur so lassen sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wieder verbessern und weitere Abwanderung, Betriebsschließungen und Substanzverluste verhindern“, sagte Raimond Scheirich (AfD-MdB).

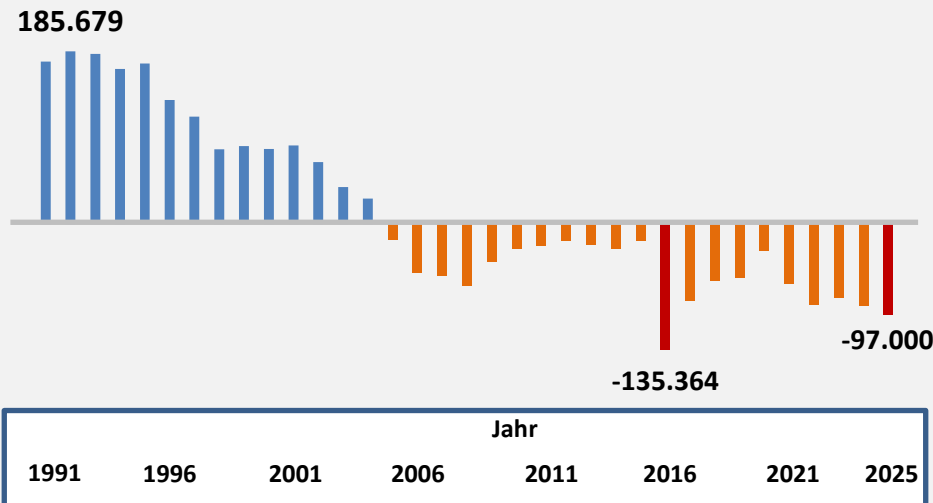
Quellen:

1) Destatis: „2,2 % der Unternehmen haben ins Ausland verlagert“, 19.11.2025 2) DIHK: „Auslandsinvestitionen 2025: Trends und Herausforderungen für Unternehmen“, 2026 3) Tagesschau: „Konzerne verlagern Zehntausende Stellen ins Ausland“, 19.11.2025 4) Raimond Scheirich (AfD-MdB): „Deutsche Unternehmen zwischen Abwanderung und Insolvenz“, 24.04.2026

Deutschland hat seit 2005 fast 1,2 Mio. deutsche Fachkräfte netto verloren

NEU

Fort- und Zuzüge Deutscher aus Deutschland nach Jahren und Anzahl insgesamt



Quellen:

1)) Mediendienst Integration: „Wie viele Deutsche wandern aus?“, 12.05.2026 2) Tagesschau: „Weniger Zuwanderung nach Deutschland“, 01.06.2026 3) Die Welt: „Deutschland, das Auswanderungsland“, 07.06.2026 4) Die Welt: „Wer verlässt die Bundesrepublik? Die Wahrheit über Deutschlands Auswanderer“, 29.09.2025

- 1
 - Seit 2005 haben 1,14 Mio. Deutsche für immer Deutschland verlassen, darunter überwiegend Fachkräfte. Im Jahr 2025 ‚verlor‘ Deutschland 97.000 Deutsche. „Hauptzielländer waren laut Statistikamt die Schweiz (23.000 Fortzüge), Österreich (14.000) und Spanien (10.000).“
- 2
 - „Darunter sind erfolgreiche Gründer, die nur im Ausland Wachstumschancen wännen. Auch Handwerksmeister, Ärzte, Wissenschaftler, Pfleger u.a. hier dringend benötigte Fachkräfte gehen. Mit diesen Auswanderern verliert das rasant überalternde Land seine wichtigste Ressource.“
- 3
 - „Heute steht Deutschland für chronische Wirtschaftskrise, Wohnungsnot, Bildungskatastrophe und eine weltspitzenmäßige Steuer- und Abgabenlast für Arbeitnehmer. Und Länder wie Polen und Griechenland boomen. Kein Wunder, dass sich die deutsche Zuwanderungsbilanz gegenüber der EU gedreht hat.“

Deutsche Wettbewerbsfähigkeit ist in wichtigen Bereichen unzureichend

aktualisiert

Wettbewerbsfähigkeit von Staaten, Rangfolge nach Punktwert im Jahr 2025

Rang	Herkunftsland	Auf-/Abstieg (2024)
1.		↑ (2.)
2.		↓ (1.)
3.		↑ (5.)
4.		↓ (3.)
5.		↑ (7.)
6.		↑ (8.)
7.		↓ (4.)
8.		↓ (6.)
9.		↑ (11.)
10.		↓ (9.)
19.		↑ (24.)

1

■ Im IMD World Competitiveness Ranking 2025 hat sich Deutschland um fünf Ränge verbessert und belegt nun Platz 19 von insgesamt 69 bewerteten Volkswirtschaften. Damit konnte der vorherige Abwärtstrend gestoppt und ein Indexwert von 78,20 Punkten erreicht werden. „Allerdings lag Deutschland 2021 und 2022 noch weiter vorn, auf dem 15. Platz.“ „Platz eins der Länder belegt die Schweiz, die Singapur an der Spitze ablöste und auf den zweiten Rang verwies. Nummer drei ist Hongkong, gefolgt von Dänemark und den Vereinigten Arabischen Emiraten, Taiwan, Irland, Schweden, Katar und den Niederlanden.“

2

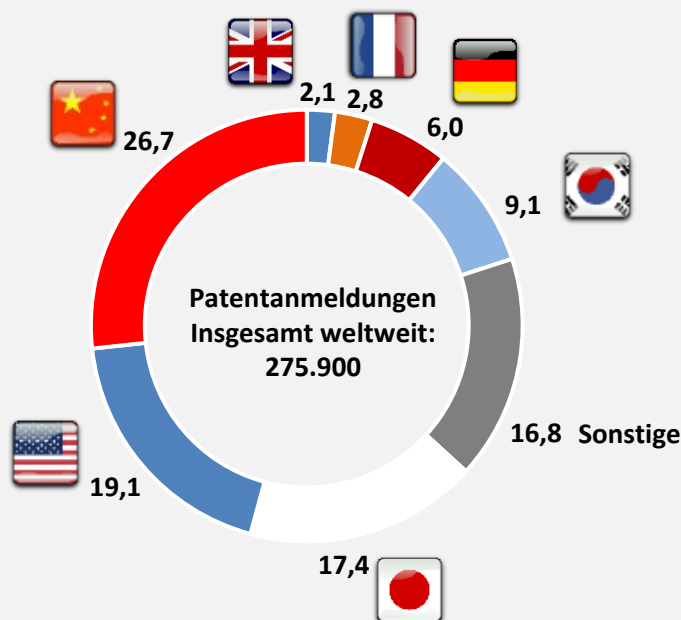
■ „Besonders gut steht Deutschland den Angaben nach in den Bereichen wissenschaftliche Infrastruktur sowie Gesundheit & Umwelt da: Hier reicht es jeweils zu einem Platz unter den Top 10. Besonders schlecht schneidet dagegen die Steuerpolitik ab. Hier belegt die Bundesrepublik nur den 61. Rang. Deutschland stehe vor einigen Herausforderungen, erklärten die Studienautoren. Dazu gehörten die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung, bessere Anreize für ausländische Direktinvestitionen sowie eine verbesserte Schulbildung.“

Quellen: 1) World Competitiveness Ranking 2025 Results, 2025 2) ManagerMagazin: „Deutschland hinkt im Standortranking hinterher“, 17.06.2025

Fast ein Drittel der deutschen Patente bereits in ausländischer Hand

aktualisiert

Die größten Patentanmeldeländer weltweit im Jahr 2025 in %



Quellen:

1) Deutsches Patentamt: Aktuelle Statistiken: Patente, 24.02.2026 2) WIPO: „International patent system (Patent Cooperation Treaty – PCT)“, 2026 3) EPO: „Patent Index 2025“, 2025 4) Die Zeit: „Tausende deutsche Patente sind in chinesischem Besitz“, 02.06.2026 4) IW-Institut: „Patente: Jede dritte deutsche Erfindung in ausländischer Hand“, 04.06.2026 5) Handelsblatt: „Deutschland fällt im Patentrennen weiter zurück“, 06.07.2026

1

- Deutschland liegt bei den weltweiten Patentanmeldungen mit 16.441 Patente auf dem 5. Rang. „Deutschlands Weltmarktanteil an transnationalen Patentanmeldungen sank von 22 % im Jahr 2000 auf 15 % im Jahr 2022. Ein wesentlicher Grund: Deutschland investiert zu wenig in Forschung und Entwicklung (FuE). Im Jahr 2000 lag das Land weltweit auf Platz drei – mit doppelt so hohen Ausgaben wie China. Bis 2021 rutschte es auf Platz sechs ab. China hat seine FuE-Aufwendungen seither verzwanzigfacht.“

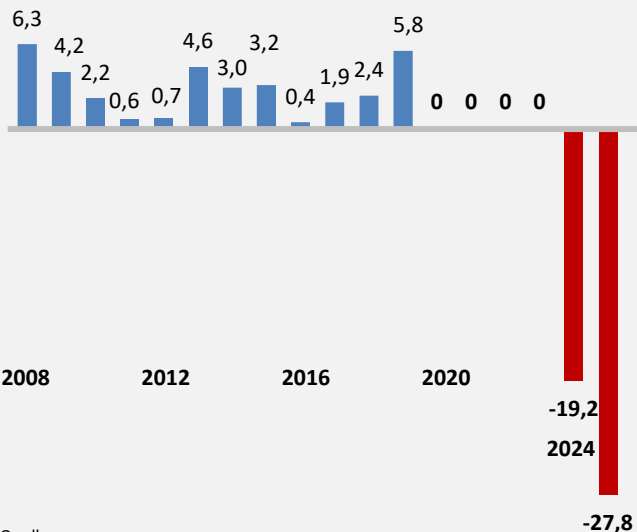
2

- 11.300 „deutsche Patente sind in den vergangenen zwei Jahrzehnten in chinesischen Besitz gegangen. China hingegen schirmt den eigenen Markt ab.“ „Peking sichert sich die Patente v. a., indem Staatsunternehmen deutsche Firmen aufkaufen.“ „Insgesamt gehört fast jede dritte in Deutschland entwickelte Erfindung einem ausländischen Eigentümer. Knapp 1/3 davon entfällt auf die USA, rund 11 % auf die Schweiz.“

Rekordverlust bei Bundesbank – nun betreibt sie ohne Mandat grüne Politik

aktualisiert

Gewinn der Deutschen Bundesbank
Bilanzgewinn/-verlust in Mrd. Euro nach Jahren



Quellen:

1) Deutsche Bundesbank: Übersicht der Gewinnverteilung von 1957 – 2025, 05.03.2026 2) Die Welt: „Bundesbank macht Verlust von 8,6 Milliarden Euro“, 05.03.2026 3) FAZ: „Bundesbankpräsident: Rechtsextremisten bedrohen den Wohlstand im Land“, 23.02.2024 4) Mitteilung von Dr. Michael Ependiller (AfD-MdB), 22.06.2026 5) Peter Boehringer (AfD-MdB): „Personelle und inhaltliche Grün-Politisierung der Bundesbank“, 25.06.2026 6) Handelsblatt: „Sabine Mauderer“ - „Deutlich mehr Tempo bei der Energiewende nötig“, 23.06.2026

1

„Die Bundesbank schleppt die Milliardenverluste – eine Folge der Geldpolitik im Euroraum – in ihrer Bilanz mit. Der Bilanzverlust, der sich aus dem Verlustvortrag und dem aktuellen Jahresfehlbetrag ergibt, beläuft sich auf 27,8 Mrd. Euro.“ „Jahrelang plante das Bundesfinanzministerium einen Bundesbank-Gewinn von 2,5 Mrd. Euro ein. 2019 durfte sich Olaf Scholz (SPD) über die höchste Summe seit der Finanzkrise freuen: 5,85 Mrd. Euro. Es war der bislang letzte Geldsegen aus Frankfurt.“

2

Die Vizepräsidentin der Bundesbank Sabine Mauderer forderte „deutlich mehr Tempo“ bei der [grünen] Energiewende.“ Dazu Peter Boehringer (AfD-MdB): „Die ‚Ratgebung‘ an die Politik ist also weder inhaltsneutral noch akademisch, denn die Bundesbank betreibt so OHNE politisches Mandat wirkmächtige (aber falsche) Wirtschaftspolitik: Über gezielte Aufkäufe oder Beleihungen von ‚grünen‘ Anleihen werden künstlich und marktfremd ganze Industriezweige finanziert.“

3

„Die expansive Geldpolitik der europäischen Zentralbank hat auch Auswirkung auf die Deutsche Bundesbank. Nach der Zinswende schrieb die Bundesbank hohe Verluste, die sie nur durch das Anzapfen von Reserven kompensieren können. Die sonst üblichen Gewinnabführungen der Bundesbank an den Bundeshaushalt entfällt daher schon seit einigen Jahren. Damit zahlt der deutsche Steuerzahler mittelbar die Europapolitik“, sagte Dr. Michael Ependiller (AfD-MdB).

Die Deutschen sind beim Vermögen im Länder-Vergleich abgehängt

aktualisiert

Medianvermögen pro Erwachsenem* im Jahr 2026

Rang	Land	US-Dollar
1.		394.005
2.		277.166
3.		210.783
4.		206.617
5.		203.771
6.		187.968
7.		147.811
8.		145.555
9.		140.003
10.		135.745
11.		131.001
12.		127.407
30.		53.485

Quellen: * „Das Netto-Geldvermögen umfasst Ansprüche aus Versicherungen, Aktien, Anleihen, Fonds sowie Bankguthaben. Von diesem Brutto-Geldvermögen werden wiederum die Verbindlichkeiten abgezogen.“ 1) Die Welt: „Nur 47.000 Euro pro Kopf – dieser Report offenbart das Wohlstandsproblem der Deutschen“, 01.07.2026 2) Allianz Global Wealth Report 2025: Volle Kraft voraus: Global Wealth Report 2025 3) BCG: BCG Global Wealth Report 2025, 27.05.2026

1

▪ „Die schweizerische Großbank UBS hat eine Bestandsaufnahme des globalen Vermögens vorgenommen. Die Analyse zeigt für Deutschland ein unangenehmes Ergebnis auf – nämlich ein gravierendes Wohlstandsproblem. Laut UBS ist es Menschen in allen anderen vergleichbaren Staaten gelungen, mehr Vermögen aufzubauen. Das Medianvermögen hierzulande beziffern die Experten auf lediglich 53.500 Dollar; umgerechnet sind das gerade einmal 47.000 Euro. Auch in großen westeuropäischen Volkswirtschaften ist der Wohlstand in der Mitte der Gesellschaft fester verwurzelt: In Italien liegt der Median bei 131.000 Dollar, in Frankreich bei 121.900 Dollar, in Spanien bei 111.600 Dollar, meilenweit über dem hiesigen Wert.“

2

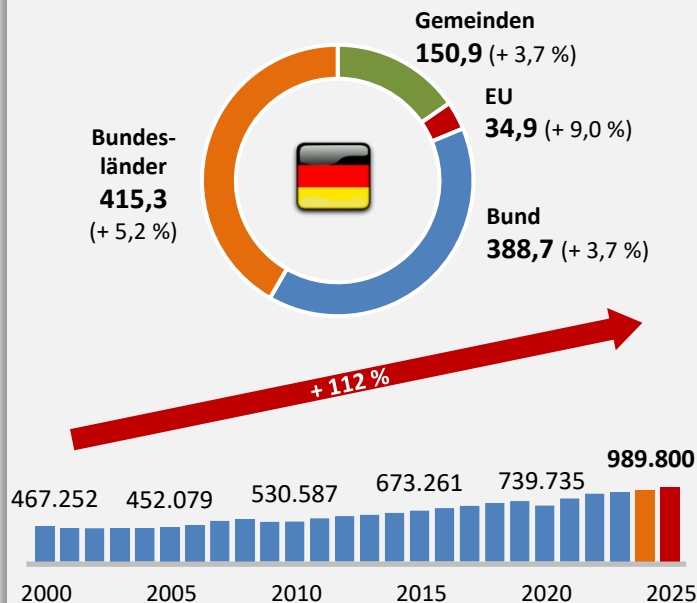
▪ Dr. Michael Ependiller (AfD-MdB) weist darauf hin, dass viele Bürger kaum noch Vermögen aufbauen können. Ursachen seien staatliche Belastungen: Bürokratie erschwere Selbstständigkeit, Kapitalerträge würden nur begrenzt entlastet und Erbschaften oft hoch besteuert. Zugleich werde übersehen, dass Gutverdiener den größten Anteil am Steueraufkommen tragen – sowohl absolut als auch relativ. Wer Vermögensaufbau und Wohlstand fördern will, sollte daher Leistung, Unternehmertum und private Vorsorge stärken, statt sie weiter zu belasten.

4) Mitteilung von Dr. Michael Ependiller (AfD-MdB), 21.06.2026

Rekordsteuern, Rekordabgaben und trotzdem Milliardenloch

aktualisiert

Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden in Mrd. Euro im Jahr 2025 (in Klammer: zum Vorjahr in %) und nach Jahren



Quellen: 1) Destatis: „Steuereinnahmen 2025 summieren sich auf rund 990 Milliarden Euro“, 17.04.2026 2) Kay Gottschalk (AfD-MdB): „Rekordsteuern, Rekordabgaben und trotzdem Milliardenloch“, 22.01.2026 3) AfD-Bundestagsfraktion: Antrag: „Programm für Deutschland – Grundlegende Steuerreform zur Entlastung von Familien, Mittelstand und Unternehmen“, Drs. 21/589, 24.06.2025

1

„Im Jahr 2025 wurden in Deutschland insgesamt 989,8 Mrd. Euro Steuern vor der Steuerverteilung von Bund, Ländern und Gemeinden (Gebietskörperschaften) eingenommen. Gegenüber dem Vorjahr war dies ein Anstieg um 42,1 Mrd. Euro (+4,4 %).“ Hier zeigt sich, dass Deutschland kein Einnahme-, sondern ein Ausgabenproblem hat. Deutschland zahlte alleine 34,9 Mrd. Euro an die EU.

2

Fast „eine Billion Euro Steuereinnahmen und trotzdem ein dreistelliges Milliardenminus: Das ist das Ergebnis jahrelanger verantwortungsloser Haushalts- und Ausgabenpolitik von CDU und SPD. Die Bundesregierung belastet Bürger und Arbeitnehmer immer stärker, während sie selbst nicht in der Lage ist, ihre Ausgaben zu begrenzen“, sagte Kay Gottschalk (AfD-MdB). Und weiter: „Die arbeitende Mitte wird systematisch zur Kasse gebeten.“

3

„Die AfD-Fraktion hat mit dem ‚Programm für Deutschland – Steuerreform‘ konkrete Vorschläge vorgelegt, wie Bürger und Unternehmen spürbar entlastet und der Staat wieder auf einen soliden finanzpolitischen Kurs gebracht werden können (Drucksache 21/589). Statt weiterer Belastungen braucht es endlich eine echte Steuer- und Abgabenwende und eine Finanzpolitik mit klaren Prioritäten ohne weitere Schuldenpolitik unter CDU und SPD.“

Die Steuerbelastung der Deutschen nimmt weiter zu – Platz 2 weltweit

aktualisiert

Vergleich der gesamten Steuerbelastung in % der Arbeitskosten (Single)

Land	Direkte Abzüge 2024	Direkte Abzüge 2025	Zu-/Abnahme
	52,6 %	52,5 %	↓
	47,9 %	49,3 %	↑
	47,2 %	47,2 %	↔
	47,0 %	47,1 %	↑
	47,1 %	45,8 %	↓
	40,6 %	41,4 %	↑
	35,1 %	35,9 %	↑
	36,1 %	35,1 %	↓
	34,9 %	35,1 %	↑
	35,2 %	32,6 %	↓
	22,9 %	23,0 %	↑

Quellen:

1) OECD: [Taxing Wages 2026](#), 22.04.2026 2) OECD: [Taxing Wages 2025](#), 30.04.2025

3) AfD-Bundestagsfraktion: Antrag: „Programm für Deutschland – Grundlegende Steuerreform zur Entlastung von Familien, Mittelstand und Unternehmen“, Drs. 21/589, 24.06.2025 4) AfD: „So wollen wir die Bürger entlasten!“, 2026

1

- Deutschland liegt bei der Belastung von Durchschnittsverdienern (Singles) durch Einkommensteuer und Sozialabgaben OECD-weit auf dem zweiten Platz. So musste ein Single 49,3 % (2024: 47,9 %) seines Gehalts in Form von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen an den Staat abführen“. Hinzukommen noch indirekte Steuern, die die Belastung weit über 50 % erhöhen.

2

- Die niedrigste Steuer- und Abgabenbelastung findet sich in diesem Vergleich interessanterweise in der Schweiz. Dort sind die Belastungen für Singles nicht einmal halb so hoch wie in Deutschland. Niemand würde ernsthaft behaupten, dass die Schweiz deshalb aber auch nur halb so gut funktioniert wie der deutsche Staat.

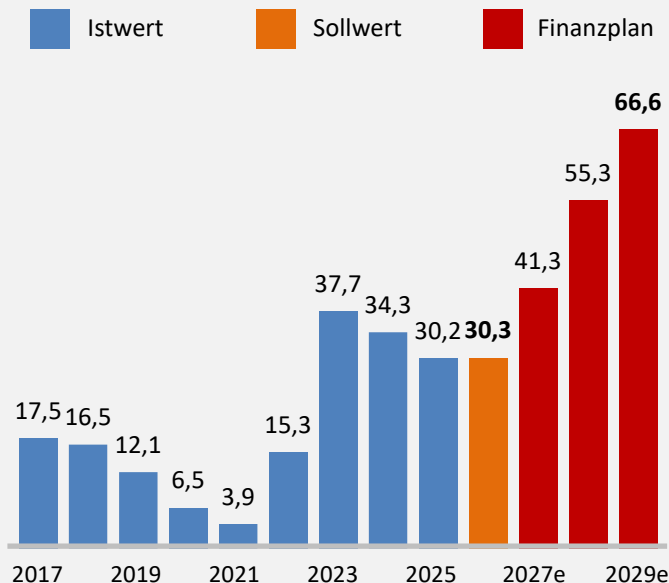
3

- Die AfD strebt eine radikale Senkung der Steuerbelastung in Deutschland an. Im Zentrum stehen die Einführung eines pauschalen Einheitssteuersatzes (Flat-Tax bis maximal 25 %), die Abschaffung von Erbschaft-, Grund- und Grunderwerbsteuer sowie der Wegfall der CO₂-Abgabe. Die Erhöhung und automatische Anpassung des Freibetrags (z. B. 15.000 Euro für Erwachsene und die Einführung eines eigenen Splitting-Modells zur steuerlichen Entlastung von Familien).

Ab 2029 werden 11 % der Ausgaben für Zinszahlungen aufgewendet

NEU

Entwicklung der Zinsausgaben des Bundes in Mrd. Euro und nach Jahren



Quellen: 1) Bundesrechnungshof: „Verschuldungsdynamik eindämmen – Bundeshaushalt konsolidieren“, 20.04.2026 2) Junge Freiheit: „Der Bund lebt über seine Verhältnisse“, 02.05.2026 3) Nius: „Klingbeil gibt (unfreiwillig) zu: Regierung spart trotz Rekordschulden keinen Cent!“, 23.09.2025 4) Michael Esendiller (AfD-MdB): „Noch mehr neue Schulden sind pures Gift für unser Land“, 25.04.2026

1

„Der Schuldenstand des Bundes ist in den letzten Jahren rapide angestiegen. Im Bundeshaushalt und in den Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität sowie Bundeswehr soll 2026 insgesamt fast jeder dritte Euro kreditfinanziert werden. Die aktuelle Finanzplanung sieht vor, im Zeitraum 2025 bis 2029 mehr als 800 Mrd. Euro zusätzliche Schulden aufzunehmen. Der Schuldenstand des Bundes belief sich in diesem Fall im Jahr 2029 auf 2,7 Billionen Euro.“
„Mit der Neuverschuldung steigt der Anteil der Zinsausgaben im Bundeshaushalt. Was kurzfristig als Ausweg erscheint, erweist sich später als zusätzliche Last. Nach der bisherigen Finanzplanung müssen im Jahr 2029 über 11 % der Ausgaben im Bundeshaushalt für Zinszahlungen aufgewendet werden.“

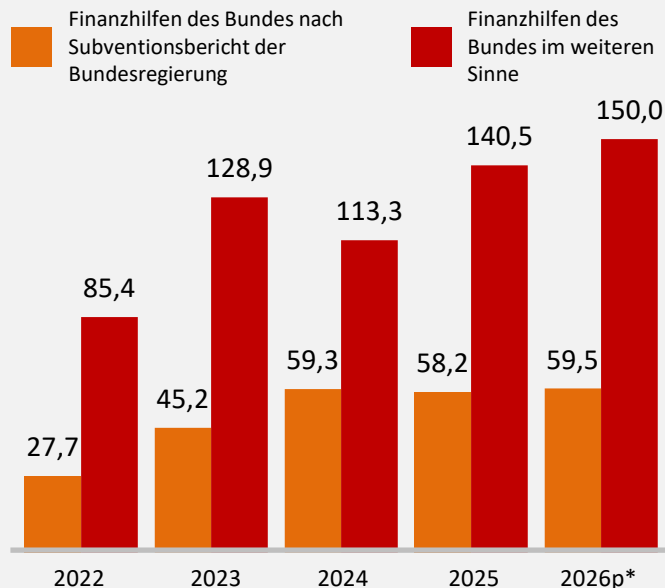
2

Dazu Dr. Michael Esendiller (AfD-MdB): „Schon jetzt steigen die Zinskosten im Bundeshaushalt nach eigener Finanzplanung von 30,3 Mrd. Euro (2026) auf 66,6 Mrd. Euro (2029) an – ein Plus von 120 % in nur einer Legislaturperiode. Jede weitere Sonderverschuldung treibt die Renditen deutscher Staatsanleihen weiter in die Höhe, und damit auch Bau- und Kreditzinsen. Das bremst den Wohnungsbau aus und befeuert die Inflation, die die Bürger ohnehin massiv belastet. Was Deutschland jetzt braucht, sind keine neuen Schulden, sondern ein konsequenter Kassensturz, Entlastungen für Wirtschaft und Bürger sowie endlich die überfälligen Reformen bei Bürokratie, Sozialmigration und Energiepolitik.“

Die Klimareligion verschlingt Milliarden Euro an Subventionen

NEU

Entwicklung der Bundesfinanzhilfen seit 2022 in Mrd. Euro und nach Jahren



* p = Prognose

Quellen: 1) Bundesfinanzministerium: 30. Subventionsbericht des Bundes 2023 – 2026, 15.09.2025 2) Junge Freiheit: „Die Klimareligion kostet uns Milliarden“, 21.09.2025 3) Bund der Steuerzahler: „Wir brauchen eine verbindliche Subventionsbremse!“, 10.09.2025 4) ZDF heute: „Immer mehr staatliche Zuschüsse - Kritik an Rekordhilfen“, 14.04.2026 5) Familienunternehmen: Freiburger Subventionsbericht 2026, 2026

1

■ Laut dem Subventionsbericht des Walter Eucken Instituts der Universität Freiburg in Kooperation mit der Stiftung Familienunternehmen „beläuft sich das gesamtstaatliche Subventionsvolumen im Jahr 2026 auf 321,3 Mrd. Euro (2025: 306,6 Mrd. Euro), wobei Finanzhilfen mit einem Anteil von knapp drei Vierteln die Förderpolitik dominieren. Dies entspricht einer rechnerischen Pro-Kopf-Belastung von 7.012 Euro je Erwerbstätigen im Jahr 2026. Die größten Empfänger von Finanzhilfen sind der Umweltsektor (2026: 48,3 Mrd. Euro) und der Verkehrssektor (2026: 42,5 Mrd. Euro). Der Mittelstand erhält im Jahr 2026 mit 1,4 Mrd. Euro lediglich etwa 1 % der Finanzhilfen, obwohl er etwa die Hälfte der Wertschöpfung erbringt und einen vergleichbaren Anteil der Unternehmenssteuern trägt.“

2

■ „Das einstige Wirtschaftswunderland wird zur Zentralverwaltungswirtschaft umgebaut.“ „Haupttreiber der enorm gestiegenen Subventionen sind allerdings die Energiepreistützen, die Unternehmen und Verbraucher entlasten sollen. Zu beachten dabei ist, dass die energieintensiven Branchen nicht von der jüngsten Stromsteuersenkung profitieren, weil sie schon zuvor von den Stromkostenerhöhungen ausgenommen worden waren. Warum die Subventionen um die gigantische Summe von rund 45 Mrd. Euro steigen, begründet das Bundesfinanzministerium letztlich mit den Kosten für die Umlage zur Förderung der erneuerbaren Energien, die der Bund seit 2024 übernimmt. Im vergangenen Jahr betrug der entsprechende Etatposten 18,5 Mrd. Euro.“

Bürger zahlen immer höhere Grundsteuer – AfD will diese abschaffen

NEU

Grundsteuerranking 2025: Grundsteuer B nach den teuersten Kommunen in Euro (Einfamilienhaus, Grundstücksgröße: 508 qm, Wohnfläche 126 qm)

Rang	Stadt	Grundsteuer (p.a.)	Differenz zum Jahr 2024	Hebesatz
1.	Tübingen	1.377 €	818 €	851
2.	Mannheim	1.314 €	902 €	779
3.	Stuttgart	1.197 €	756 €	1.618
4.	Heidelberg	1.076 €	678 €	1.258
5.	Karlsruhe	957 €	542 €	767
6.	Mainz	860 €	454 €	1.233
7.	Berlin	850 €	164 €	1.308
8.	Köln	799 €	363 €	1.164
9.	Offenbach	792 €	34 €	867
10.	Witten	778 €	7 €	166

Quellen: 1) Haus & Grund: Grundsteuerranking 2025, 28.10.2025 2) Diana Zimmer (AfD-MdB): „Grundsteuer abschaffen und Bürger entlasten“, 28.02.2026 3) Bund der Steuerzahler Hessen: „Immer mehr Haushaltsdefizite“, 25.07.2025

1

„Die Kommunen stehen finanziell mit dem Rücken zur Wand. Immer neue Aufgaben und steigende Kosten fressen die gestiegenen Steuereinnahmen mehr als auf.“ Sollten die Länder die finanzielle Ausstattung der Kommunen nicht verbessern, „drohen weitere massive Mehrbelastungen der Bürger durch Steuern und Gebühren sowie Kürzungen bei wichtigen Investitionen oder eine deutlich höhere Verschuldung der Kommunen“, so ein Vorstand beim hessischen Steuerzahlerbund. „Aber auch die Kommunen seien gefordert, ihren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung zu leisten. Dazu müssten sie Prioritäten setzen sowie ihre freiwilligen Standards und Leistungen hinterfragen. Nicht jede Kommune müsse alle Leistungen und Aufgaben selbst und allein erfüllen.“

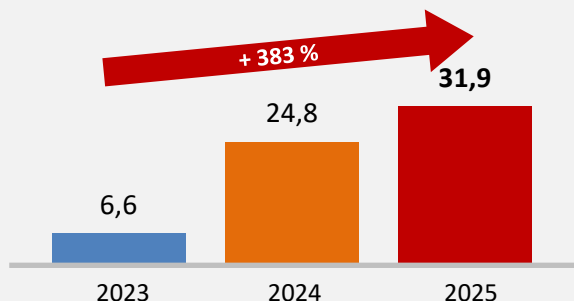
2

„Je nach Bundesland werden gleichartige Grundstücke völlig unterschiedlich besteuert. Zudem ist die Steuer nicht wie versprochen aufkommensneutral: In rund 80 % der Fälle sind die Steuerbeträge gestiegen und 69 % der Eigentümer berichten von Hebesatzerhöhungen. Insbesondere Einfamilienhäuser sind mit einem durchschnittlichen Anstieg um 119 % besonders betroffen. Das ist die Realität nach einem Jahr durchgeführter Praxis. Doch nicht nur die Bürger werden belastet, sondern auch die Verwaltungen. Um diesen bürokratischen Irrsinn und die ungerechte Substanzbesteuerung zu beenden, fordert die AfD-Fraktion die Abschaffung der Grundsteuer, welche durch eine stärkere Beteiligung der Kommunen an Einkommens- und Umsatzsteueranteilen kompensiert wird.“

Die „Bürgergeld-Explosion bei Ausländern“ trifft die Kommunen hart

NEU

Haushaltsdefizite der Kommunen in Mrd. Euro und Jahren



Sonstige Leistungen der Kommunen (Beispiele)

Erstausstattung Wohnung: Möbel, Haushaltsgeräte, Grundausstattung bei Erstbezug	Erstausstattung Bekleidung bei Schwangerschaft oder nach besonderen Lebensereignissen	Erstausstattung bei Schwangerschaft und Geburt: Babybetten, Kinderwagen, Säuglingskleidung
Mehrbedarf für Schwangere (ab der 13. Schwangerschaftswoche)	Mehrbedarf für Alleinerziehende u. für Menschen mit Behinderung	Mehrbedarf für kostenaufwändige Ernährung (medizinisch bedingt)
Darlehen für Stromnachzahlungen oder dringende Reparaturen	Übernahme von Mietschulden zur Vermeidung von Obdachlosigkeit	Schulbedarf, Mittagessen, Klassenfahrten, Sport- und Kulturangebote für Kinder

Quellen: 1) Destatis: „Kommunen verzeichnen im Jahr 2024 Rekorddefizit von 24,8 Milliarden Euro“, 01.04.2025 2) Bund der Steuerzahler: „Kommunen mit Rekord-Defizit“, 01.04.2026 3) Bild: „Bürgermeister schlägt Alarm – Fast jede Stadt vor der Pleite“, 20.11.2025 4) Kommunal: „Diese Leistungen kosten Städte und Gemeinden Milliarden“, 26.05.2026

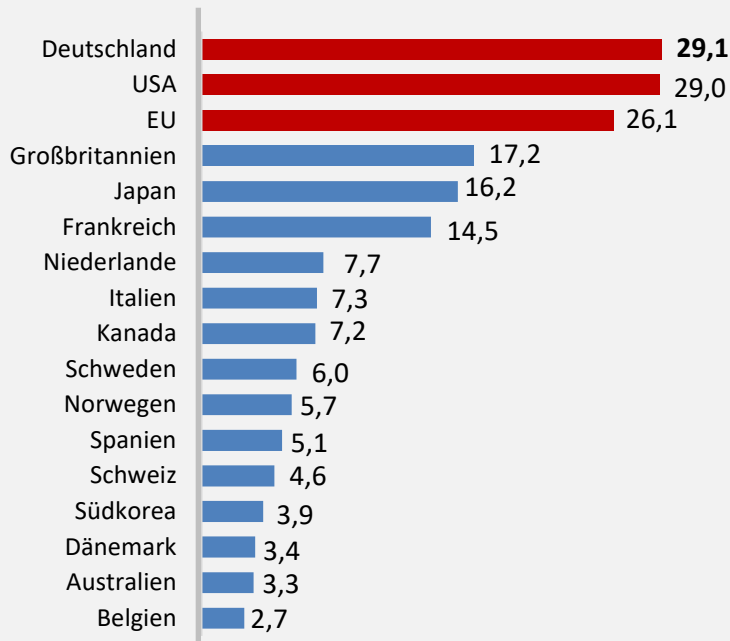
1 „Nach dem bislang größten Minus von 24,8 Mrd. Euro im Jahr 2024 ist das Defizit nach frischen Daten des Statistischen Bundesamts auf 31,9 Mrd. Euro im Jahr 2025 gestiegen. Diese Entwicklung sieht der Bund der Steuerzahler mit großer Sorge.“ „Das Problem: Die Aufgaben, die Bund und Länder den Kommunen übertragen haben, sprengen die Haushalte vor Ort. Hier denkt der Verband an den explosionsartigen Anstieg der Sozialausgaben, die steigende Steuereinnahmen gleich wieder auffressen.“

2 „Bei der Erstausstattung für Wohnungen erhalten Ausländer 65 % aller Leistungen, bei der Erstausstattung für Schwangerschaft und Geburt sind es über 70 %. Letzteres ist darauf zurückzuführen, dass die Zahl der Geburten in dieser Gruppe deutlich höher liegt als bei Bürgergeldempfängern mit deutschem Pass. Entsprechend gehen auch 68 % aller Kosten aus der Rubrik ‚Mehrbedarf für Schwangerschaft‘ auf das Konto von Bürgergeldempfängern ohne deutschen Pass. Bei der ‚Übernahme von Mietschulden und Darlehen‘ liegt der Anteil knapp über 60 %. Zum Vergleich: Ausländer stellen nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit etwa 48 % aller Bürgergeld-Empfänger“, so Kommunal.

Deutschland Spitzenreiter bei Entwicklungshilfe – kein UN-Sicherheitsratssitz

aktualisiert

Entwicklungshilfe in Mrd. US-Dollar nach Ländern im Jahr 2025 (ODA)



Quellen: 1) OECD: ODA Levels in 2025- Preliminary data, 09.04.2026 2) Focus: „Kein Sitz im UN-Sicherheitsrat: Es ist auch ein Geschäft“, 16.06.2026 3) Neue Zürcher Zeitung: „Die deutsche Entwicklungshilfe hat sich überlebt“, 28.05.2026 4) Alexander Wolf (AfD-MdB): „GIZ-Korruption verdeutlicht Reformbedarf der deutschen Entwicklungshilfe“, 03.06.2026 5) Rocco Kever (AfD-MdB): „Schluss mit der naiven Entwicklungshilfe“, 16.04.2026 6) Bundestag: „Geringere Ausgaben im Bereich des Auswärtigen Amtes“, 17.09.25 7) EZB: Euro Foreign Exchange Reference Rates, 31.12.2025 8) Deutschland.de: „Entwicklungszusammenarbeit: Deutschland größter Geber weltweit“, 14.04.2026

1

- Deutschland hat im Jahr 2025 über 29 Mrd. US-Dollar für Entwicklungsprojekte ausgegeben. Anders als die USA verfolgt Deutschland mit den Entwicklungshilfefzahlungen keine geostrategischen Ziele. Das zahlte sich negativ aus, so dass Deutschland keinen Sitz im UN-Sicherheitsrat erhielt. „Aus der Entwicklungspolitik ist über Jahrzehnte eine schwer durchschaubare Helferindustrie entstanden. Milliarden fließen in NGOs, Ministerien, Hilfswerke, Beratungsfirmen und immer neue Förderprogramme. Zugleich lässt sich oft kaum noch nachvollziehen, welche Projekte den Menschen vor Ort tatsächlich helfen.“

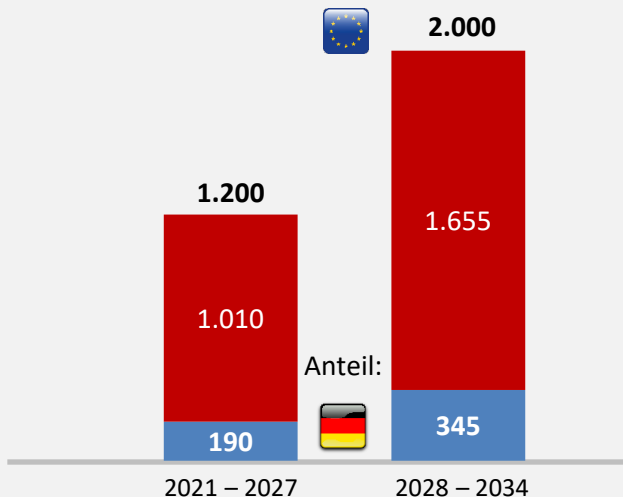
2

- „Deutschland kann sich diese ausufernde und ineffiziente Entwicklungspolitik schlicht nicht mehr leisten. Der Zinsdienst belastet den Haushalt immer stärker, die Bundeswehr benötigt Milliardeninvestitionen, die Sozialkassen geraten immer stärker unter Druck.“ „Die AfD-Fraktion fordert: Sofortiges Ende aller wirkungslosen Projekte, drastische Kürzung des Entwicklungshilfe-Etats und radikale Ausrichtung auf deutsche Interessen statt ideologischer Sozialengineeringfantasien. Deutsche Steuerzahler haben es satt, dass ihr Geld in afrikanische Sandkästen geworfen wird. Schluss mit der naiven Entwicklungshilfe!“

Deutschland soll bis zu 80 % mehr an die EU zahlen: 49 Mrd. Euro p. a.

NEU

Vorschlag für den EU-Haushalt in Mrd. Euro und Jahren



Quellen:

1) Europäische Kommission: „Ein ambitionierter Haushalt für ein stärkeres Europa: MFR 2028-2034“, 16.07.2025 2) Bild: „Deutschland droht Giga-Rechnung aus Brüssel“, 28.05.2026 3) Mitteilung von Pierre Lamely (AfD-MdB), 21.06.2026.

1

- „Deutschland droht der nächste Milliarden-Schock, dieses Mal aus Brüssel. Deutschlands Zahlungen an Brüssel könnten ab 2028 demnach um 75 bis 80 % steigen. Eine Erhöhung um 80 % entspräche einem Plus von fast 22 Mrd. auf insgesamt 49,3 Mrd. Euro pro Jahr. Deutschlands Anteil am Brüsseler Haushalt liegt als immer noch wirtschaftlich stärkstes EU-Land bei rund 25 %. Heißt: Jeder vierte Euro kommt von uns.“ Gerade die 16 Staaten aus Süd- und Osteuropa wünschen sich einen noch größeren EU-Haushalt, u. a. Polen, Italien, Spanien und Portugal. Und das, obwohl Deutschland seit Jahren sich in einer Wirtschaftskrise befindet.

2

- „Nicht der Bürger, sondern diese EU muss endlich den Gürtel enger schnallen: Schluss mit dem Heer hochbezahlter Beamter und zweifelhaften Förderprojekten. Wer Fahrradkurse für EU-Beamte und Mitarbeiter, Millionen für Visagisten der Kommission, Häfen ohne Anschluss und Skipisten ohne Schnee finanziert, hat kein Einnahme-, sondern ein Verschwendungsproblem. Deutschland zahlt und Brüssel verprasst. Das muss aufhören“, sagte Pierre Lamely, Stellvertretender Obmann der AfD-Bundestagsfraktion im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates.

„Achte Gehaltserhöhung für EU-Beamte seit 2022“ – insgesamt + 22,8 %

NEU

Verdienstmöglichkeiten in der EU, Monatsgehalt (brutto) nach Besoldungsgruppen, ohne Zulagen

Besoldungsgruppe	Beruf	Niedrigste Dienstaltersstufe 1	Höchste Dienstaltersstufe 3
16	Generaldirektor	23.933 €	25.968 €
14	Direktor	18.695 €	21.152 €
12	Abteilungsleiter	14.604 €	16.523 €
10	Übersetzer	11.408 €	12.907 €
9	Projektleiter	10.083 €	11.408 €
6	Presse-sprecher	6.104 €	7.876 €
5	Generalist (mit Studium)	5.395 €	6.961 €

Quellen: 1) Business Insider: „7000 Euro pro Monat für Beamte: Tabelle zeigt, welches Gehalt ihr als EU-Mitarbeiter verdienen könnt“, 24.03.2026 2) Bild: „Achte Gehaltserhöhung für EU-Beamte seit 2022“, 07.12.2025 3) Junge Freiheit: „Von der Leyen erhöht sich ihr Gehalt erneut massiv“, 08.12.2025 4) AfD-Fraktion Sachsen: „EU-Gehälter sind unverschämte! Wasserkopf beseitigen!“, 08.12.2025

1

▪ „Die Gehälter der 67.400 EU-Bediensteten steigen und steigen und steigen. Es ist die achte (!) Gehaltserhöhung seit Anfang 2022.“ „Insgesamt sind es seitdem 22,8 %.“ Davon „profitieren auch die 30.500 pensionierten EU-Beamten. Sie sollten eigentlich 70 % ihres letzten Gehalts bekommen – nun wird es immer mehr. Die Kosten dafür liegen aktuell bei 2,4 Mrd. Euro im Jahr. Sie werden nach Berechnungen der Kommission aber bald die Dreimilliarden-Euro-Marke knacken.“

2

▪ „Das Höchstgehalt steigt um rund 760 Euro auf dann 25.986 Euro. An die Bezüge der Beamten sind auch die der EU-Kommissare gekoppelt. Entsprechend steigt das Grundgehalt von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (67) um rund 1.000 Euro auf rund 35.800 Euro und das eines Kommissionsmitglieds um etwa 850 Euro auf 29.250 Euro. Dazu kommen aber noch üppige steuerfreie Zulagen.“

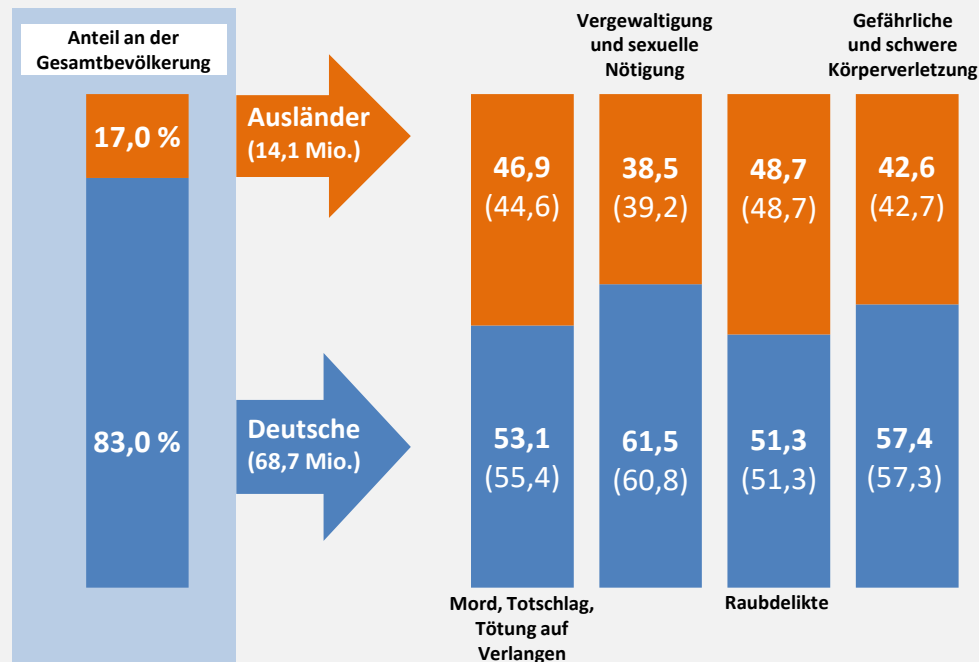
3

▪ „Die Kluft zwischen den Gehältern für EU-Bürokraten und dem Durchschnittsverdiener wächst und wächst. Was die 60.000 EU-Beamten jedoch leisten, um die Lebensverhältnisse vor Ort zu verbessern, wird überhaupt nicht ersichtlich“, erklärt der demokratiepolitische Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, Alexander Wiesner. „Die Bürokratie der Europäischen Union kostet Unmengen an Steuergeld, weist aber zugleich ein erhebliches Demokratiedefizit auf. Die AfD setzt sich dafür ein, die EU-Bürokratie zu beschneiden und Macht nach unten zu verlagern.“

Ausländer begehen seit Jahren überproportional viele schwere Verbrechen

aktualisiert

Anteil der deutschen und nichtdeutschen Tatverdächtigen bei ausgewählten Straftaten/-gruppen insgesamt ohne ausländerrechtliche Verstöße in % im Jahr 2025 (Klammer: Vorjahr)



Quellen: 1) Bundeskriminalamt: Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2025 2) Destatis: Migration und Integration 3) Destatis: Bevölkerung in Privathaushalten nach Migrationshintergrund, 13.04.2026 4) Destatis: Ausländische Bevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten von 2016 bis 2025, 11.02.2026 5) Die Welt: „Etwa jeder zweite Verdächtige ausländisch – die umkämpfte Wahrheit über Gewalt in Deutschland“, 12.04.2026

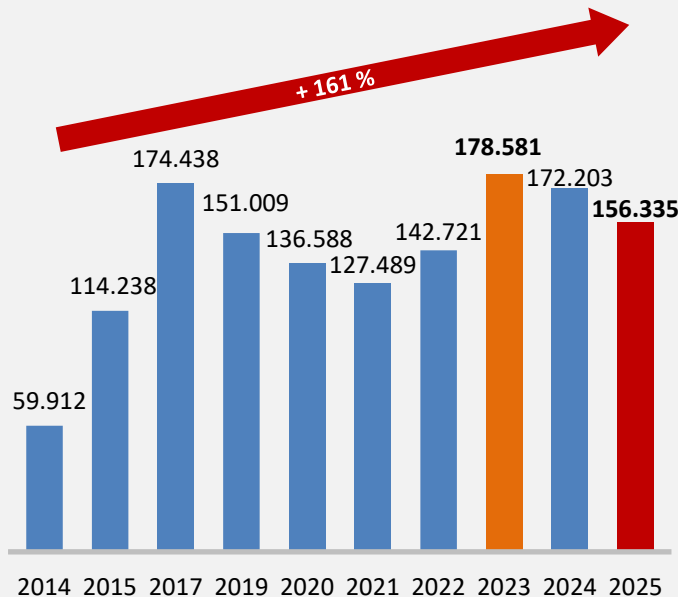
1 Im Jahr 2025 wurden insgesamt 2,05 Mio. Tatverdächtige in der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik erfasst. Damit ist die Anzahl gegenüber dem Vorjahr um 5,9 % gesunken. 1,23 Mio. Tatverdächtige waren deutsche Staatsangehörige (- 3,2 %).

2 823.609 der Tatverdächtigen besaßen nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Unter den nichtdeutschen Tatverdächtigen waren 297.401 Zuwanderer. Der Anteil der nicht-deutschen Tatverdächtigen ist bei Mord, Totschlag, Vergewaltigung und schwerer Körperverletzung unverhältnismäßig hoch und zum Vorjahr prozentual gestiegen.

Straftaten bei Zuwanderern durch Cannabis-Legalisierung zurückgegangen

aktualisiert

Tatverdächtige Zuwanderer („Flüchtlinge“) insgesamt ohne ausländerrechtliche Verstöße nach Jahren



Unter ausländerrechtlichen Verstößen sind u. a. die unerlaubte Einreise, das Erschleichen eines Aufenthaltstitels oder die Täuschung im Rechtsverkehr zu verstehen. Diese Verstöße sind in der obigen Statistik nicht eingerechnet.

Quellen: 1) Bundeskriminalamt: Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2025

2) Euronews: „BKA-Zahlen: Rund neun Prozent aller Tatverdächtigen sind Zuwanderer“, 10.12.2025

1

▪ Vergleicht man die Gesamtzahl aller Tatverdächtigen ohne ausländerrechtliche Verstöße (1,91 Mio.), waren davon 156.335 Zuwanderer tatverdächtig. Zuwanderer sind Personen mit Aufenthaltsanlass „Asylbewerber“, „Schutz- und Asylberechtigte, Kontingentflüchtlinge“, „Duldung“, oder „unerlaubter Aufenthalt“. Die Gewalt von Zuwanderern schnell nach oben und die Bundesregierung bezeichnet die Entwicklung als „erwartbar“. Warum wurde nicht frühzeitig gegengesteuert?

2

▪ Unter den nichtdeutschen Tatverdächtigen (ohne ausländerrechtliche Verstöße) waren es besonders Zuwanderer, die maßgeblich zur Steigerung in den Jahren 2014 bis 2025 beigetragen haben (+ 161 %). Im Jahr 2023 waren mehr Zuwanderer tatverdächtig als im Krisenjahr 2017. Das Bundeskriminalamt gibt für den Rückgang der Fall- und Tatverdächtigenzahlen die Teillegalisierung des Besitzes und Anbaus von Cannabis an.

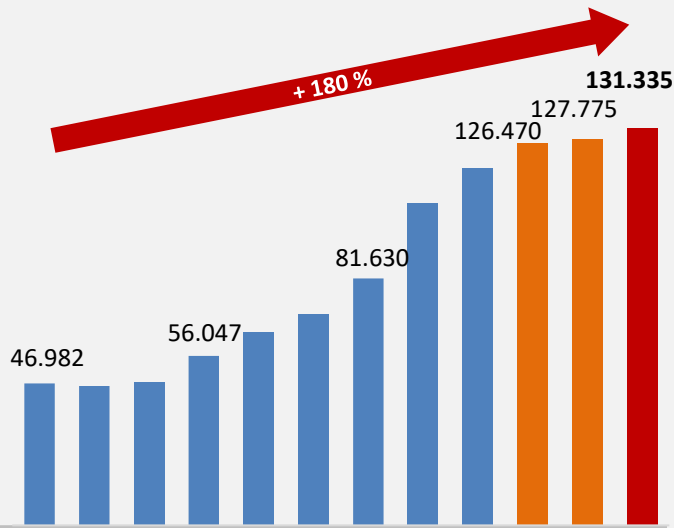
3

▪ Ex-Bundeskanzlerin Merkel hat mit ihrer widerrechtlichen Grenzöffnung die Tür für ausländische Kriminelle geöffnet. Der große Anstieg an Straftaten ist das traurige Vermächtnis aus 16 Jahren Merkel und einer Politik, die auch von der Ampel-Regierung fortgeführt wurde. Zumal die Zahl der tatverdächtigen Deutschen von 2014 (1,53 Mio.) zu 2025 (1,23 Mio.) deutlich um 19,6 % zurückgegangen ist.

Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung steigen und steigen

aktualisiert

Anzahl der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung in Deutschland nach Jahren



2014 2015 2016 2017 2018 2019 2020 2021 2022 2023 2024 2025

Quellen: 1) Bundeskriminalamt: Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2025
 2) Statista: Anzahl der polizeilich erfassten Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung in Deutschland von 2013 bis 2024, 09.05.2025 3) BKA: „Kriminalität in Deutschland – auf einen Blick“, 2026 4) BKA: Bundeslagebild Kriminalität im Kontext von Zuwanderung 2024, 08.12.2025 5) Nius: „Seit „Wir schaffen das“ haben sich Sexualstraftaten von Afghanen gegen Kinder versiebenfacht“, 03.09.2026 6) Statista: Anzahl der polizeilich erfassten Opfer von Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung in Deutschland von 2013 bis 2024, 12.05.2025

1

- Im Jahr 2025 wurden in Deutschland 131.335 Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung polizeilich erfasst. Damit stieg ihre Zahl das neunte Jahr in Folge und auf einen erneuten Höchststand. Um den Bürgern Sand in die Augen zu streuen, versucht das BKA den Anstieg mit einer „höheren Sensibilität und Anzeigebereitschaft“ zu begründen.

2

- „Im Bereich der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung sanken die Fallzahlen mit tatverdächtigen Zuwanderern im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr um 3,9 % von 8.800 auf 8.460 Straftaten. Die meisten tatverdächtigen Zuwanderer im Bereich der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung kamen im Jahr 2024 aus Syrien (+ 26,5 %). Der stärkste relative Anstieg zeigte sich bei tatverdächtigen Zuwanderern aus der Türkei (+ 53,0 %).“

3

- Die Fallzahl beim sexuellen Missbrauch von Kindern ist im Vergleich zum Vorjahr um 4,7 % auf 17.126 gestiegen. Bei den nichtdeutschen Tatverdächtigen gab es 2024 eine Steigerung zum Vorjahr um 1 % auf 2.463. Davon waren 673 Zuwanderer (+ 3 %).

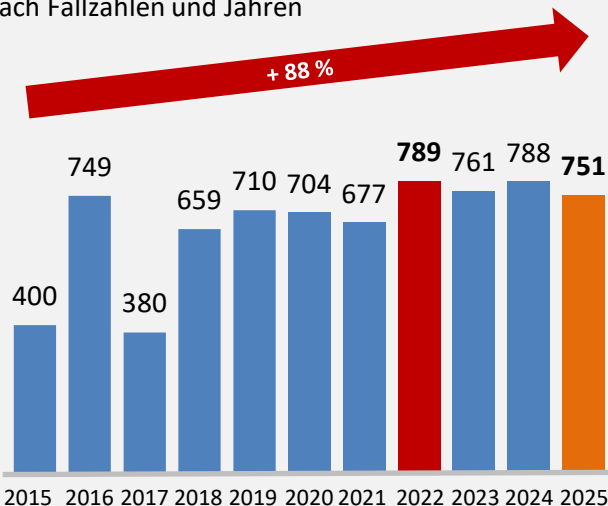
751 Gruppenvergewaltigungen – immer mehr Täter – 53,2 % Ausländer

aktualisiert

Vergewaltigung durch Gruppen gemäß § 177

Abs. 6 Nr. 2 StGB insgesamt

nach Fallzahlen und Jahren



Quellen: 1) Bild: „Weniger Gruppenvergewaltigungen, mehr Täter“, 24.04.2026
 2) Bundeskriminalamt: Polizeiliche Kriminalstatistik, 2005-2020 3) Frage des MdB Martin Hess (AfD) zu: „Wie viele Gruppenvergewaltigungen wurden 2024 erfasst“, Drs. 21/42, 17.04.2025
 4) Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: Entwicklung der Gruppenvergewaltigungen, Drs. 20/6936, 19.05.2023 5) Junge Freiheit: „Gruppenvergewaltigungen auf Rekordhoch – Wollen wir so leben?“, 23.05.2023 6) Statista: Anzahl der polizeilich erfassten Gruppenvergewaltigungen in Deutschland von 2018 bis 2023, 14.02.2025 7) Die Welt: „Das ganze Ausmaß der Gruppenvergewaltigungen in Deutschland“, 01.06.2024 8) Junge Freiheit: „Gruppenvergewaltigungen: Es geht inzwischen um tausende Opfer“, 07.06.2024 9) Junge Freiheit: „Das sind die Vornamen der deutschen Gruppenvergewaltiger“, 03.09.2024 10) Nius: „Ayham, Abdul, Axel, Baris und Bülent: Das sind die Vornamen“, 26.05.2025 11) Die Welt: „751 Fälle von Gruppenvergewaltigungen allein im Jahr 2025“, 08.07.2026

1

„Im Jahr 2025 kam es zu 751 Gruppenvergewaltigungen. Im Vergleich zu 2024 sank der Wert um 4,7 %. 2022 hatte die Zahl der Fälle mit 789 ein Rekordhoch erreicht. Die Zahl der Opfer sank 2025 von 812 auf 772, doch die Anzahl der Tatverdächtigen stieg von 1.011 auf 1.087.“

2

„Bei allen „gemeinschaftlich begangenen sexuellen Übergriffen“ hatten 53,2 % aller mutmaßlichen Täter keinen deutschen Pass. Täter mit Migrationshintergrund sind nicht mitgerechnet.“ Laut BKA „kamen 2025 bei Gruppenvergewaltigungen 110 der Tatverdächtigen aus Syrien, 64 aus Afghanistan, 46 aus dem Irak, 44 aus der Türkei.“

3

„Mit diesem Wissen hat sich die Politik längst mitschuldig gemacht. Sie hat es versäumt, das Wohl der eigenen Bürger über das Wohl ausländischer Bürger zu stellen. Es sind vor allem deutsche Frauen, die dafür den Preis zahlen müssen“, sagte eine Kommentatorin der Jungen Freiheit.

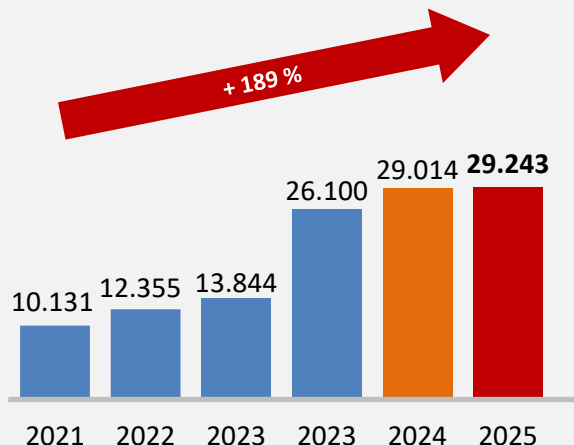
4

Das Thema Gruppenvergewaltigung ist erst durch die Vorfälle in der Kölner Silvesternacht 2015/16 ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gelangt. „Bei den polizeilich bekannt gewordenen Tätern handelt es sich bisher mehrheitlich um junge nordafrikanische Männer.“

Fast 30.000 Messerangriffe im Jahr 2025 – Staat hat Kontrolle verloren

aktualisiert

Erfasste Fälle von Messerangriffen nach Anzahl und Jahren



Quellen: 1) Bundeskriminalamt: Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2025 2) Bild: „Zahl der Messer-Attacken knallt rauf“, 06.02.2024 3) Schriftliche Frage des AfD-MdB Martin Hess: Aufschlüsselung von Messerkriminalität in den Polizeilichen Kriminalitätsstatistiken der Länder, Nr. 50, Dr. 20/6390, 14.04.2024 4) Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: Erfassung von Gewaltdelikten mit Messern in der Polizeilichen Eingangsstatisik der Bundespolizei im ersten Halbjahr 2023 und bis Ende August 2023, Drs. 20/8603, 29.09.2023 5) Aktuelle Stunde der AfD-Bundestagsfraktion: „Debatte über innere Sicherheit und Messerangriffe in Deutschland“, 21.05.2025 6) Berliner Zeitung: „Urteil des Berliner Verfassungsgerichts: Senat muss Vornamen von Messtätern mitteilen“, 04.06.2025 7) AfD: „Brisant wie nie: Unser Einzelfallticker!“, 2026 8) Die Welt: „Die bittere Wahrheit hinter den Erfolgsmeldungen der Kriminalstatistik“, 27.04.2026

1

- „Im Berichtsjahr 2025 wurde in der PKS zu insgesamt 29.243 Straftaten ein „Messerangriff“ erfasst, was im Vergleich zum Vorjahr einen leichten Anstieg bedeutet (+ 0,8 %, 2024: 29.014). Von diesen entfielen 50,6 % auf Gewaltdelinquenz (2024: 54,3 %), 47,0 % auf Bedrohung (2024: 43,3 %) und 2,4 % auf sonstige Straftaten, wie bspw. Widerstand gegen und tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte und gleichstehende Personen sowie Nötigung (2024: 2,4%).“ „Innerhalb der Delikte der Gewaltdelinquenz bewegen sich die Anteile der Messerangriffe zwischen 0,6 % bei Vergewaltigung, sexuelle Nötigung und sexueller Übergriff im besonders schweren Fall und 40,5 % bei Mord, Totschlag und Tötung auf Verlangen.“

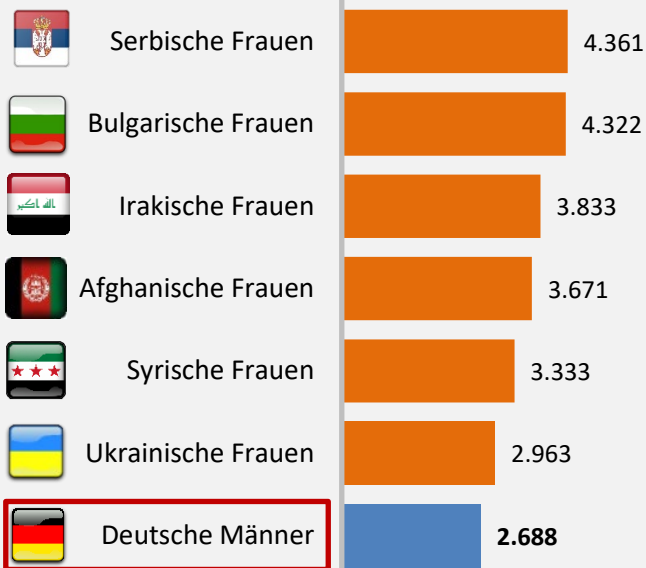
2

- „Jeden Tag werden in Deutschland Bürger Opfer einer Migrationspolitik, die jedes Maß verloren hat und jede Verantwortung für die Sicherheit vermissen lässt.“ Die AfD listet daher in ihrem „Einzelfallticker“ täglich viele solcher Fälle auf, wobei sie auch an dieser Stelle nur einen Teil der tatsächlichen Taten darstellen kann. Es handelt sich dabei in der Hauptsache um die Weiterverarbeitung offizieller Pressemitteilungen der Polizei-Behörden aus allen Bundesländern.“ (<https://www.afd.de/einzelfallticker/>)

Ausländische Frauen sind gewaltbereiter als deutsche Männer

aktualisiert

Tatverdächtige im Bereich „Gewaltkriminalität“ je 100.000 Einwohner und Land im Jahr 2025



Quellen: 1) Bundeskriminalamt: Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2025
 2) Nius: „Frauen aus diesen Ländern sind krimineller als deutsche Männer“, 19.06.2026 3) Nius: „Zum ersten Mal statistisch belegt: Das Problem sind nicht Männer, sondern Migranten“, 13.05.2025 4) Kleine Anfrage der AfD-Bundtagsfraktion: Tatverdächtigenbelastungszahl in Bezug auf ausgewählte Bevölkerungsgruppen im Erfassungsjahr 2025, Drs. 21/5881, 08.05.2026

1

„Die Zahlen des Bundeskriminalamts beweisen – laut Nius –, dass Ausländer deutlich häufiger tatverdächtig sind als Deutsche. Besonders bemerkenswert: Laut der Polizeilichen Kriminalstatistik von 2025 sind selbst Frauen aus Ländern wie Syrien, Irak, Serbien, Rumänien oder Bulgarien krimineller als deutsche Männer. Heißt das Problem also doch nicht Mann, sondern Migration?“ „Demnach sind männliche Migranten aus Syrien und dem Irak fast fünfmal so häufig tatverdächtig wie deutsche Männer. Auch Frauen aus einzelnen Ländern weisen eine höhere Tatverdächtigenbelastungszahl auf als deutsche Männer. Darunter: Frauen aus Serbien, Bulgarien, Rumänien, dem Irak, Afghanistan, Syrien und der Ukraine.“ Im Vergleich dazu waren nur 988 deutsche Frauen je 100.000 Einwohner tatverdächtig.

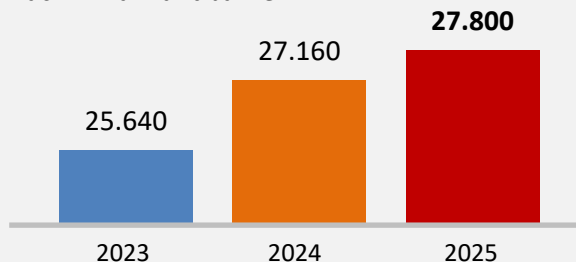
2

Martin Hess (AfD-MdB): „Die Zahlen der Bundesregierung zu den Tatverdächtigenbelastungsziffern entlarven, was die Altparteien seit Jahren negieren: Zuwanderer – insbesondere aus muslimischen Kulturkreisen – sind deutlich krimineller als deutsche Bürger. Wer das behauptet, ist nicht etwa ein Rassist, sondern Realist. Die Ziffern für junge männliche Migranten beispielsweise aus Syrien, Afghanistan und Marokko liegen teils zehn- bis zwanzigmal höher als die deutscher Tatverdächtiger. Wer angesichts dieser unumstößlichen Fakten noch von Einzelfällen spricht, täuscht bewusst die Öffentlichkeit und verweigert sich der Realität.“

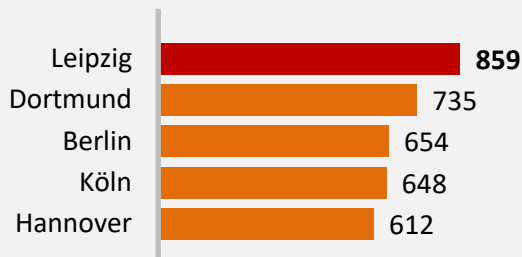
Gewalt an Bahnhöfen explodiert – die Angst fährt täglich mit

NEU

Gewaltdelikte in Zügen und an Bahnhöfen nach Anzahl und Jahren



Gewaltdelikte an Hauptbahnhöfen in Deutschland nach Anzahl und Stadt (TOP 5) im Jahr 2025



Quellen: 1) Die Welt: „Deutschlands Bahnhöfe werden zunehmend zu Brennpunkten von Gewaltkriminalität“, 30.05.2026 2) Bild: „Gewalt an Bahnhöfen explodiert“, 24.11.2025 3) WDR: „Gewalt an deutschen Bahnhöfen: Drei NRW-Städte in den Top Ten“, 15.02.2026 4) AfD-Fraktion Hamburg: „AfD-Anfrage zur Kriminalität am Hauptbahnhof: 487 % mehr Sachbeschädigungen / Hess: „Null-Toleranz-Strategie gegen Gewalttäter“, 07.08.2025

1

„Neue Schock-Zahlen zu deutschen Bahnhöfen. 2024 schossen die Delikte massiv nach oben: 19,2 % mehr Sexualdelikte, 5,9 % mehr Gewalt, 10,2 % mehr Angriffe auf Bahn-Polizisten. Besonders gestiegen sind Sexualdelikte: 2.262 – das sind jeden Tag sechs. Mehr als die Hälfte (55,1 %) sind sexuelle Belästigungen. 5,4 % sind u.a. sexuelle Übergriffe, Vergewaltigungen, Missbräuche von Kindern und Jugendlichen.“ „Allein 2025 wurden zudem über 980 Messerdelikte und mehr als 2.200 Sexualdelikte erfasst. 5.660 Gewalttaten richteten sich gegen Polizeivollzugsbeamte der Bundespolizei.“ „Am stärksten belastet war im vergangenen Jahr nach Zahlen der Bundespolizei der Hauptbahnhof in Leipzig, gefolgt vom Dortmunder und dem Berliner Hauptbahnhof mit 654 Taten.“

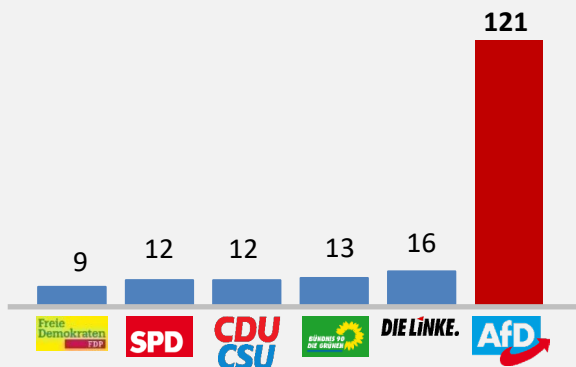
2

„Die Altparteien haben die Erosion der Inneren Sicherheit zu verantworten. Dahinter verbirgt sich nicht nur Unfähigkeit, sondern auch ein politischer Unwille. Wir fordern eine echte Kehrtwende: Mehr Polizeipräsenz an Bahnhöfen und in Zügen, eine Null-Toleranz-Strategie gegenüber Gewalttätern und die konsequente Abschiebung straffälliger Ausländer. Die Sicherheit im öffentlichen Verkehr ist ein Gradmesser für die Stabilität unseres Rechtsstaats – und dieser Rechtsstaat darf nicht länger versagen. Nur mit der AfD wird die Sicherheit zur Priorität – damit sich unsere Bürger, Pendler und Touristen wieder sorglos im öffentlichen Raum bewegen können“, sagte Martin Hess (AfD-MdB).

Angriffe auf Politiker steigen – AfD am häufigsten Opfer von Gewalt

NEU

Gewaltdelikte gegen Politiker und Parteimitglieder nach Anzahl im Jahr 2025



Quellen: 1) Junge Freiheit: „AfD-Politiker sind mit Abstand am häufigsten Opfer von Gewalt“, 18.05.2026 2) Die Welt: „Attacken auf Politiker steigen drastisch – mehr als ein Drittel der Angriffe auf AfD-Mitglieder“, 19.05.2026 3) ZDF Heute: „Angriffe auf Parteivertreter stiegen 2025 um 40 Prozent“, 19.05.2026

1

- „Angriffe auf Politiker nehmen weiter zu. Obwohl sich mehr als 60 % aller Angriffe gegen Mitglieder der AfD richten, sieht die Bundesregierung keine ‚systematisch geplante Einschüchterung‘. Die große Mehrheit der Angriffe auf Politiker hat sich im vergangenen Jahr gegen Repräsentanten der AfD gerichtet. Insgesamt 121 von 183 gewalttätigen Attacken betrafen Mitglieder der AfD.“ „Im Vergleich zu 2024 stieg die Zahl der Gewaltdelikte gegen Politiker um 28 %“. Mit 110 von 183 Angriffen ließen sich fast zwei Drittel der Gewaltdelikte der linksextremen Szene zurechnen. Der rechtsextremen Szene wurden 21 Fälle (11,5 %) und einer „ausländischen Ideologie“ vier Angriffe (2,2 %) zugeordnet. Die restlichen 48 Delikte (26,2 %) ließen sich mit keiner der drei Ideologien in Verbindung bringen.“

2

- „Der AfD-Politiker Martin Hess sagte, die Übergriffe seien ‚Ergebnis einer jahrelangen politischen und medialen Enthemmung‘. Wer die AfD und ihre Wähler ‚ständig diffamiert, delegitimiert, moralisch entrechtet und sogar entmenslicht, darf sich nicht wundern, wenn Demokratiefeinde daraus einen vermeintlichen Auftrag zur Gewalt ableiten‘, empörte sich der Abgeordnete. Demokratie bedeute, ‚politische Gegner mit Argumenten zu stellen – nicht mit Einschüchterung, Hass und Gewalt‘. Hess forderte, ‚dass die politisch Verantwortlichen zur Vernunft in der politischen Debatte zurückkehren‘. Die Bundesregierung sieht in den Gewaltdelikten gegen die AfD keine Anzeichen dafür, dass es sich bei den Angriffen um organisierte Formen der Einschüchterung oder Bedrohung handelte.“

Immer mehr Missbrauch deutscher Visa – Zahlen sind dramatisch

NEU

Aus diesen Ländern kommen die Verdächtigen nach Fällen und Jahren (TOP 5)

	2022	2023	2024	Bis Oktober 2025
Gesamt	2.676	4.427	5.872	5.569
	386	489	590	634
	233	596	587	462
	124	288	468	526
	99	274	501	275
	104	154	388	212

Von oben nach unten: Türkei, Iran, Aserbaidshans, Syrien, Afghanistan

Quellen: 1) Bild: „Zahl der erschlichenen Visa schnellst hoch“, 27.12.2025 2) Petr Bystron/Stefan Keuter: „AfD-Fraktion stellt Strafanzeige gegen Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes“, 08.05.2023 3) Deutscher Bundestag: „03.12.2025 Inneres — Antrag — hib 665/2025 - AfD will „Betrug im Einbürgerungsverfahren“ bekämpfen“, 03.12.2025

1

„Offenbar versuchen Migranten immer häufiger, mit unter falschen Angaben und Gründen erschlichenen Visa zu uns zu kommen. Die Statistiken zeigen nach BILD-Informationen neue Höchstwerte beim Visa-Betrug! Heißt: EU-Ausländer reisen mit Papieren ein, die auf den ersten Blick legal erscheinen – aber auf krummem Wege beschafft wurden.“ Die Dunkelziffer ist hoch!

2

„Und die Beamten sehen einen weiteren Trend. Aktuell liegen der Polizei „vermehrt Erkenntnisse zum Missbrauch nationaler, deutscher Visa zur Arbeitsaufnahme bzw. zur Aufnahme einer Ausbildung vor“. Die Zahlen sind dramatisch. Von Januar bis Oktober wurden in der Polizeilichen Eingangsstatistik der Bundespolizei 5.569 Verdächtige erfasst. Damit liegt das laufende Jahr schon für diesen Zeitraum nur knapp unter dem gesamten Jahr 2024 mit 5.872 Fällen.“

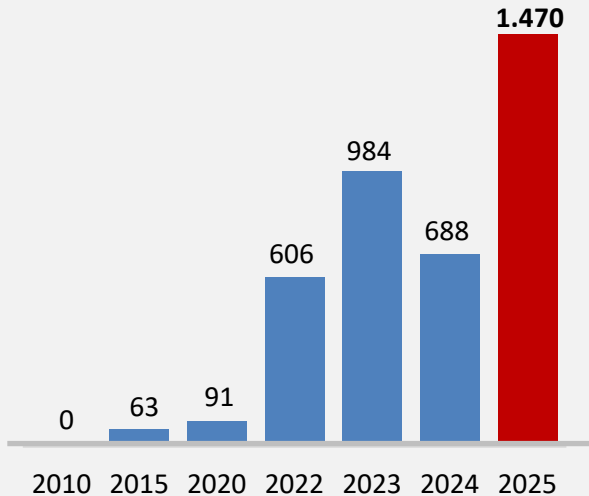
3

Die AfD hat wiederholt Aufklärung und Strafanzeigen wegen Unregelmäßigkeiten bei der Visa-Vergabe gefordert. Die Partei kritisierte hierbei, dass Visa durch das Außenministerium teils unrechtmäßig ausgestellt worden seien. Die AfD brachte im Bundestag zudem Anträge ein, die die betrügerische Erschleichung von Aufenthaltsstatus und Staatsbürgerschaft bekämpfen sollen. Die Partei forderte u. a., Einbürgerungen komplett auszusetzen, bis ein betrugssicheres und manipulationsfreies Verfahren – etwa durch digitale Register – gewährleistet ist.

Der Verfassungsschutz späht immer mehr Bankkonten aus

NEU

Kontoabfragen durch das Bundesamt für Verfassungsschutz nach Anzahl und Jahren



Quellen: 1) Nius: „Der Verfassungsschutz späht so viele Konten aus wie nie zuvor“, 28.05.2026 2) Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion: „Anzahl und Entwicklung von Kontoabfragen durch Behörden“, Drs. 20/10841, 26.03.2024 3) René Springer (AfD-MdB): Gläserner Bürger – Millionenfacher Kontoabruf durch Behörden“, 24.02.2021

1

- „Die Zahl der Kontoabfragen durch den Bundesverfassungsschutz (BfV) ist im vergangenen Jahr auf ein neues Rekordhoch geklettert. Immer mehr Menschen geraten ins Visier des Inlandsgeheimdienstes. Im vergangenen Jahr hat es 1.470 Kontenabrufersuchen durch das BfV an das Bundeszentralamt für Steuern gegeben. Damit hat sich die Zahl der Kontoabfragen im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt. Weshalb geraten immer mehr Konten ins Visier des Verfassungsschutzes?“ Dazu das BfV: „Der Anstieg der Anfragen liegt in einer zunehmenden Bedeutung des Mittels der Finanzermittlungsmaßnahmen für die Aufklärungsarbeit des BfV.“ Eine Aufschlüsselung der Zahlen nach Phänomenbereichen verweigert der Inlandsgeheimdienst.

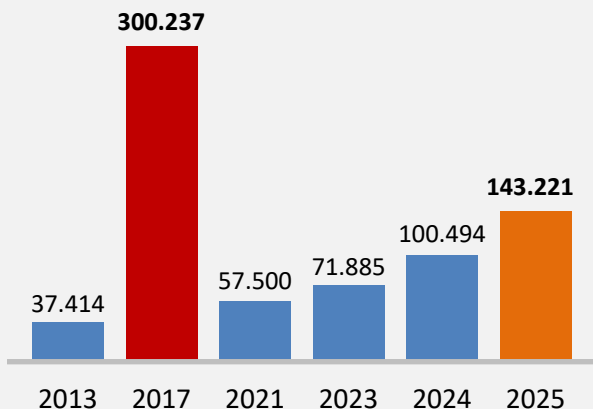
2

- Dazu sagt der Sprecher für Arbeit und Soziales der AfD-Bundestagsfraktion, René Springer: „Staatliche Behörden haben die Möglichkeit des Kontoabrufs in den letzten Jahren immer weiter ausgedehnt. Vielen Bürgern ist vermutlich nicht bewusst, welches bedenkliche Ausmaß die Kontoabfragen inzwischen erreicht haben. Die häufig geäußerte Angst, zum gläsernen Bürger zu werden, ist angesichts dieser Entwicklung völlig gerechtfertigt.“

Asylklagen steigen stark – Richterbund warnt vor Überlastung der Justiz

aktualisiert

Anzahl der neuen Hauptverfahren bei Asylkammern der Verwaltungsgerichte in Deutschland nach Anzahl und Jahren



Quellen:

1) Statista: Anzahl der neuen Hauptverfahren bei Asylkammern der Verwaltungsgerichte in Deutschland von 2007 bis 2025, 26.11.2025 2) Die Welt: „Letzter Weckruf, endlich umzusteuern“ – Zahl der Asylklagen hat sich binnen zwei Jahren verdoppelt“, 04.03.2026 3) Bild: „Asyl-Verfahren lähmen Deutschlands Gerichte“, 31.07.2025 4) Alice Weidel (AfD-MdB): „Alice Weidel: Zahl der Asylklagen explodiert - Richterbund übt deutliche Kritik an Justizministerin Hubig“, 03.02.2026

1

„Die Zahl der Klagen gegen abgelehnte Asylanträge steigt in Deutschland stark an. 2025 gingen mehr als 143.000 Verfahren bei den Verwaltungsgerichten ein – doppelt so viele wie noch zwei Jahre zuvor. Der Richterbund warnt vor einer wachsenden Überlastung der Justiz.“ „Der Bundesgeschäftsführer des Deutschen Richterbundes, Sven Rebehn, sagte: „Die Rekordzugangszahlen und immer höhere Aktenbestände müssen ein letzter Weckruf für die Politik sein, jetzt endlich umzusteuern.“ „Das von den Ministerpräsidenten 2023 ausgerufene Ziel, Asylklagen zu beschleunigen und innerhalb von sechs Monaten abzuschließen, liege „in weiter Ferne“. „Tatsächlich benötigen die Gerichte im bundesweiten Schnitt noch immer fast doppelt so lange, in Berlin und Hessen sogar mehr als 16 Monate.“

2

„Während die Gerichte überlastet sind, weil abgelehnte Asylbewerber sich über Jahre durch alle Verwaltungsinstanzen klagen können, stehen Vollzugsbeamte bei angeordneten Abschiebungen oft machtlos vor verschlossenen Türen. Immer häufiger scheitern Abschiebungen aufgrund der mangelhaften rechtlichen Rahmenbedingungen nämlich bereits daran, dass teils schwerstkriminelle Migranten untertauchen oder einfach ihre Tür nicht öffnen – mit verheerenden Folgen für die innere Sicherheit. Die AfD steht für die konsequente Umsetzung von Abschiebungen illegaler Migranten. Wir fordern die umgehende Schaffung der nötigen rechtlichen Rahmenbedingungen, um Abschiebungen in der Praxis auch umsetzen zu können“, sagte Dr. Alice Weidel.

Es scheint einen „Strafvollzugstourismus“ in Deutschland zu geben

NEU

Häftlinge im offenen Vollzug nach Anzahl in 2024

Bundesland (Deutschland)	Insgesamt (43.746)	Off Vollzug (5.970)	Anteil in % (13,6 %)
Berlin	2.733	752	27,5 %
NRW	10.795	2.810	26,0 %
Saarland	664	142	21,4 %
Hamburg	1.365	245	17,9 %
Bremen	514	89	17,3 %
Meckl.-Vorp.	777	110	14,1 %
Brandenburg	859	112	13,0 %
Niedersachs.	3.761	431	11,5 %
Bad.-Württ.	5.106	489	9,6 %
Schlesw.-Hol.	976	81	8,3 %
Sachsen	2.242	126	5,6 %
Hessen	3.130	161	5,1 %
Rheinl.-Pfalz	2.186	109	5,0 %
Bayern	6.253	256	4,1 %
Sachsen-Anh.	1.317	42	3,2 %
Thüringen	1.058	15	1,4 %

Quelle: 1) Bild: „Droht ein Knast-Tourismus in dieses Bundesland?“, 25.11.2025

1

- „Gibt es in Deutschland einen „Strafvollzugs-Tourismus“ in die Bundesländer, in denen besonders viele Plätze im offenen Vollzug angeboten werden? Ein Wohnsitz in NRW könnte demnach für Ganoven reizvoll sein, weil sie mit größerer Wahrscheinlichkeit im offenen Vollzug landen werden, als etwa in Bayern oder in Thüringen.“

2

- „Eine Erkenntnis: Die Bundesländer gehen sehr unterschiedlich mit dem offenen Vollzug um. An der Spitze stehen Berlin und NRW mit einem Anteil von 27,5 und 26 % der Häftlinge, die im offenen Vollzug sind. Am wenigsten angewendet wird der offene Vollzug in Bayern (4,1 %), Sachsen-Anhalt (3,2 %) und Thüringen (1,4 %). Fazit: Fast die Hälfte der in Deutschland im offenen Vollzug Untergebrachten entfällt auf NRW.“

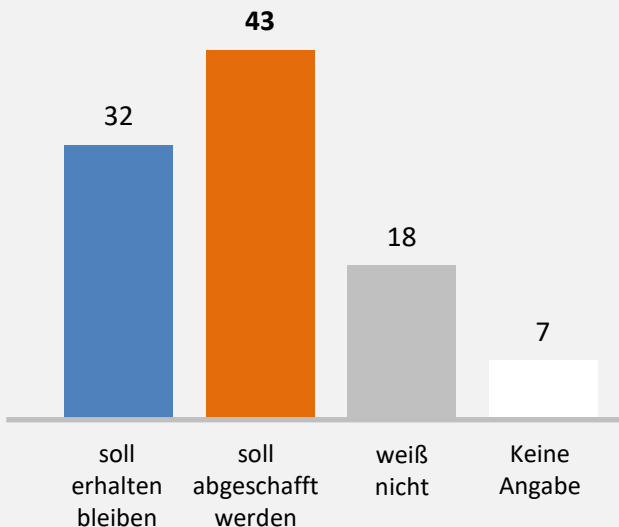
3

- Dazu das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen: „Ausgeschlossen erscheint die Existenz eines solchen Problems allerdings nicht, zumal aus Berlin, das ebenfalls eine hohe Quote bei Inhaftierungen im offenen Vollzug aufweist, ebenfalls von ‚Vollzugstourismus‘ berichtet wird.“ Das bedeutet, dass Bundesländer wie Berlin, NRW und dem Saarland aufgrund ihres täterfreundlichen Strafvollzugs Kriminelle anlocken.

Die Mehrheit ist für Abschaffung des Politiker-Beleidigungsparagrafen

NEU

Sollte Ihrer Meinung nach der § 188 StGB erhalten bleiben oder abgeschafft werden? in %



Quellen:

1) Nius: „INSA-Umfrage: Mehrheit will Politiker-Beleidigungsparagraf abschaffen“, 11.06.2026 2) Legal Tribune Online: „Sachsen will Politikerbeleidigung abschaffen“, 03.06.2026 3) Die Welt: „‘Freiheits- und bürgerfeindliches System’ – Heftiger Streit über Gesetzesentwurf zu Paragraph 188“, 29.01.2026 4) AfD-Bundestagsfraktion: „Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung des Paragraph 188 des Strafgesetzbuches (Meinungsfreiheits- und Demokratiestärkungsgesetz)“, 09.06.2026

1

- Eine Mehrheit von 43 % der Deutschen will, dass der umstrittene Politiker-Beleidigungsparagraf § 188 StGB abgeschafft wird. „Auffällig sind auch die Unterschiede nach Parteipräferenz. Am stärksten ist der Wunsch nach Abschaffung bei FDP-Wählern: 67 % wollen § 188 StGB streichen.“ Bei den AfD-Wählern sind es 64 %, beim BSW 58 % und bei den Linken 45 %. Dagegen wollen 55 % der CDU/ CSU-, 49 % der Grünen- und 45 % der SPD-Wähler diesen beibehalten. Sachsens Justizministerin Constanze Geiert (CDU) fordert zum Schutz der Meinungsfreiheit eine „grundlegende Reform der Beleidigungsdelikte“, d. h. die Abschaffung.

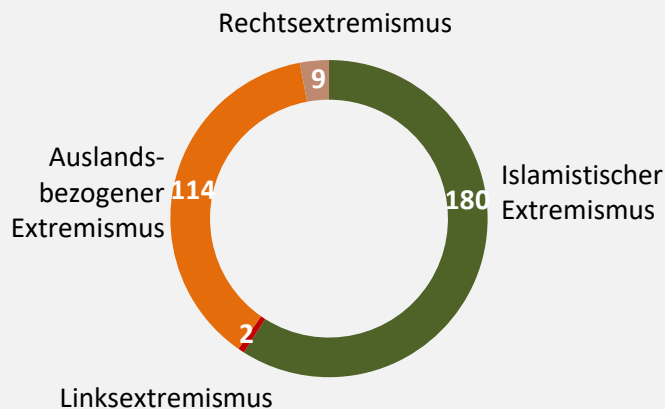
2

- „Die AfD-Bundestagsfraktion will den § 188 StGB ersatzlos streichen. Dieser Paragraf, der auch reine Beleidigungen erfasst und Ermittlungen von Amts wegen ermöglicht, hat zu einer starken Zunahme fragwürdiger Verfahren geführt, in denen scharfe aber zulässige Kritik an Politikern mit empfindlichen Strafen geahndet wurde. Die AfD sieht darin eine unzulässige Einschränkung der Meinungsfreiheit und eine Vorzugsbehandlung, die dem Grundsatz der Gleichbehandlung widerspricht. Die Streichung des § 188 StGB soll daher die freie und auch zugespitzte politische Auseinandersetzung stärken, ohne den strafrechtlichen Schutz vor ehrverletzenden Äußerungen aufzugeben“ (§§ 185 bis 187 StGB).

Größte Gefahr geht vom Islamismus und ausländischem Extremismus aus

aktualisiert

Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwalts im Jahr 2025 in %



Quellen:

1) Nius: „300 neue Verfahren 2025: 96 Prozent der Verfahren der Generalbundesanwaltschaft entfielen auf Islamismus und ausländischen Extremismus“, 03.03.2026 2) Schriftliche Frage Nr. 66 des AfD-MdB Martin Hess: „Wie viele neue Ermittlungsverfahren mit Bezug zum islamistischen Terrorismus, Rechtsextremismus, Linksextremismus und Ausländerextremismus hat der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof jeweils nach Kenntnis der Bundesregierung beim Bundesgerichtshof im Gesamtjahr 2025 im Vergleich zum Vorjahr eingeleitet?“, Drs. 21/4372, 26.02.2026

1

- Glaubt man Politikern von CDU, SPD, Grünen oder der Linkspartei, stellt die größte Gefahr in Deutschland der Rechtsextremismus dar. Doch die im Jahr 2025 eingeleiteten Ermittlungen des Generalbundesanwalts (GBA) sprechen eine andere Sprache: In der Antwort auf die Anfrage des AfD-Innenpolitikers Hess heißt es wörtlich: „Im Jahr 2025 hat der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof 180 Ermittlungsverfahren mit Bezug zum islamistischen Terrorismus (59 %), neun Verfahren mit Bezug zum Rechtsextremismus (3 %), zwei Verfahren mit Bezug zum Linksextremismus (0,5 %) und 114 Ermittlungsverfahren mit Bezug zum auslandsbezogenen Extremismus (37 %) neu eingeleitet.“ Insgesamt macht dies 305 Verfahren.

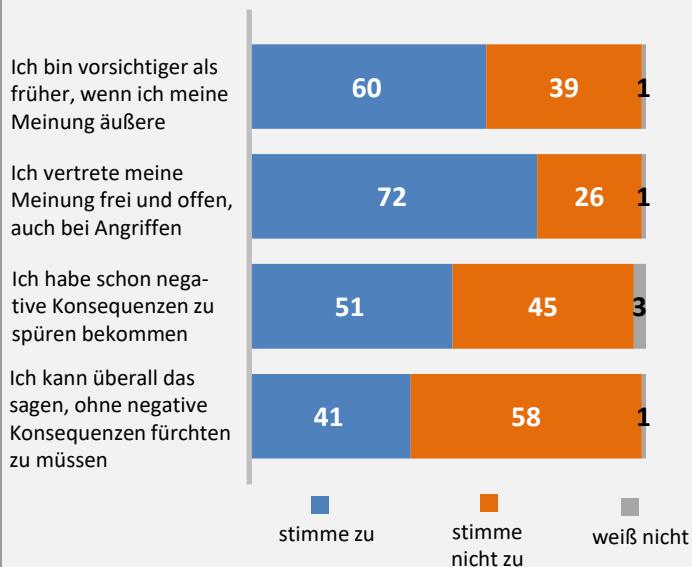
2

- Martin Hess (AfD-MdB) „wertete die Zahlen gegenüber Nius als Beleg für ein Versagen der Regierungspolitik. „Über 96 % der GBA-Verfahren betreffen Islamismus und Ausländerextremismus. Beide Phänomenbereiche stehen im direkten Zusammenhang mit der verantwortungslosen Migrationspolitik der Altparteien. Wer über Jahre die Sicherheitsinteressen der eigenen Bevölkerung seiner realitätsfernen Ideologie unterordne, trage die politische Verantwortung für diese Entwicklung.“ Hess forderte eine „echte Migrationswende“, die den Islamismus als zentrale Gefahr klar benenne: „Dazu gehört eine Null-Toleranz-Strategie: die Abschiebung straffälliger Ausländer und Gefährder, die konsequente Durchsetzung geltenden Rechts sowie das sofortige Schließen aller Sicherheitslücken.“

Meinungsfreiheit bedroht – 60 % der Bürger verhalten sich vorsichtiger

NEU

Meinungsfreiheit – Welche der folgenden Aussagen stimmen Sie eher zu bzw. nicht zu, in %



Quellen:

- 1) Friedrich Naumann-Stiftung: „Umfrage zur Meinungsfreiheit – Jüngere und Social-Media-Nutzer fühlen sich häufiger gehemmt“, 14.11.2025 2) Achim Köhler (AfD-MdB): „Regierung darf Meinungs- und Pressefreiheit nicht einschränken“, 28.05.2025

1

- „Eine neue Umfrage zur Meinungsfreiheit durch dimap im Auftrag der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit zeigt ein deutliches Spannungsfeld zwischen Anspruch und erlebter Realität: Die Mehrheit der Befragten fühlt sich beim freien Sprechen gehemmt. Zwar sagen 72 %, sie vertreten ihre Meinung grundsätzlich frei und offen, zugleich berichten 60 %, heute vorsichtiger zu sein, weil sie negative Reaktionen befürchten. Nur 41 % haben das Gefühl, man könne überall sagen, was man möchte, ohne Konsequenzen zu riskieren.“

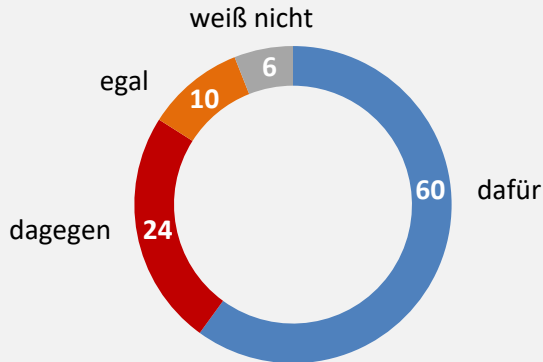
2

- „Die Bundesregierung hält weiterhin an § 188 StGB fest, der Kritik an Persönlichkeiten unter Strafe stellt. Das führt zu einer Einschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit. Die Verurteilung von David Bendels, Chefredakteur des Deutschland-Kuriers, stellt einen beispiellosen Präzedenzfall dar. Die strafrechtliche Verfolgung eines Journalisten wegen politischer Satire ist ein Vorgang, der bislang nur aus autoritären Regimen bekannt war. Diese Entwicklung wirft ernsthafte Fragen zur Meinungsfreiheit und der demokratischen Wertordnung auf. Die AfD wird sich auch weiterhin im Sinne der Verfassungsordnung für die Wahrung der Grund- und Freiheitsrechte einsetzen. Keine Regierung hat das Recht darauf, die grundgesetzlich garantierten Freiheiten abzuschaffen, denn sie gehören uns allen.“

Mehrheit für Social-Media-Verbot – Steckt mehr hinter dem Verbot?

NEU

Sind Sie für oder gegen ein Social-Media-Verbot für Jugendliche unter 16 Jahren, Umfrage im Dezember 2025 in %



Quellen:

- 1) Bild: „Mehrheit in Deutschland für Social-Media-Verbot für Kinder“, 13.12.2025
- 2) Götz Frömming/Martin Reichardt (beide AfD-MdB): „Keine Verbote Sozialer Medien unter dem Vorwand des Jugendschutzes“, 02.01.2026
- 3) Tagesschau: „Umfrage der EU-Kommission Jugendliche sehen Social Media positiver als ihre Eltern“, 17.06.2026

1

- „60 % sprechen sich für ein Social-Media-Verbot für Jugendliche unter 16 Jahren aus. Nur 24 % sind damit nicht einverstanden. 16 % ist das Thema egal oder sie äußerten sich nicht. Am stärksten befürworten die Anhänger der Grünen (71 %), der CDU (70 %) und der SPD (69 %) ein Verbot. Besonders zurückhaltend: die Wähler von AfD und FDP. Dort sind es jeweils nur 57 %.“ „Jugendliche in der EU sehen die Auswirkungen von Social Media auf ihre eigene mentale Gesundheit laut einer Umfrage deutlich positiver als ihre Eltern. Knapp 48 % der befragten 13- bis 18-Jährigen vermuteten einen positiven Effekt durch soziale Netzwerke, wie aus einer von der EU-Kommission beauftragten Umfrage hervorgeht.“

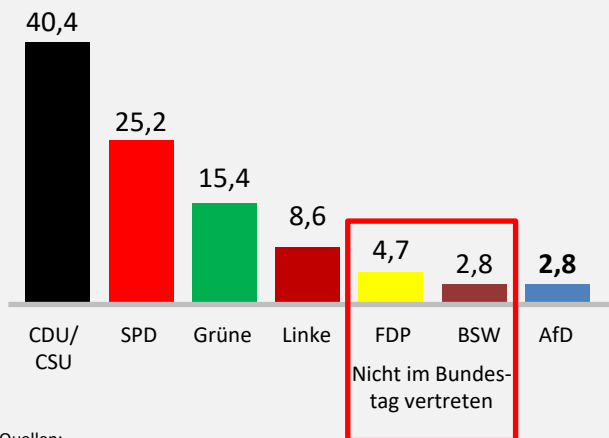
2

- Dr. Götz Frömming (AfD-MdB): „Wir lehnen das von der EU und führenden Politikern der Union geforderte Verbot Sozialer Medien für Jugendliche ab. Es geht weniger darum, Jugendliche zu schützen, sondern unter dem Vorwand des Jugendschutzes das erodierte Meinungsmonopol der Altparteien wieder herzustellen. Mit noch mehr staatlicher Zensur, Verboten und Repressionen gefährdet man aber das, was eigentlich gestärkt werden sollte: eine freiheitliche, lebendige Demokratie.“ „Die Absicht, gerade junge Menschen von den Sozialen Medien abzuschneiden und auf die nicht weniger problematischen Mainstream-Medien zu beschränken, ist der plumpe Versuch, die Hinwendung der Jugend zu politischen Alternativen durch Informationsverbote zu erschweren“, ergänzte Martin Reichardt.

Die AfD als zweitgrößte Bundestagsfraktion wird fast nie eingeladen

NEU

Parteizugehörigkeit der Politiker in den politischen Talkshows von ARD und ZDF im Jahr 2025 in %



Quellen:

- 1) Statista: „Vergleich der Parteizugehörigkeit der Politiker in den politischen Talkshows von ARD und ZDF und dem Sitzanteil im Deutschen Bundestag im Jahr 2025“, 19.12.2025
- 2) Junge Freiheit: „Welche Parteien am häufigsten in den Talkshows sitzen – und welche nicht“, 17.07.2025
- 3) Junge Freiheit: „Wie ARD und ZDF die AfD vom Talkshowessel fernhalten“, 21.05.2025
- 4) Tichys Einblick: „Die AfD existiert für öffentlich-rechtliche Medien nicht mehr“, 11.06.2025
- 5) Deutschlandfunk: „AfD-Politiker interviewen – ja oder nein?“, 15.06.2025
- 6) Übermedien: „Hört auf, die AfD in Talkshows einzuladen!“, 03.02.2025

1

- Keine Partei wird von ARD und ZDF seit Jahren so stark benachteiligt wie die AfD. Obwohl sie 24 % aller Bundestagsabgeordneten ausmacht, erhielt sie nur 2,8 % aller Einladungen. Selbst Parteien, die gar nicht im Bundestag vertreten sind wie FDP (4,7 %) und BSW (2,8 %) wurden mehr bzw. genau so häufig eingeladen. „Politiker der SPD hatten einen Anteil von 25,2 % an Auftritten von Politikern in den Talkshows von ARD und ZDF. Derweil liegt der Sitzanteil der Partei im Deutschen Bundestag bei 19,1 %. Am meisten Auftritte in Talkshows der ARD und ZDF hatten 2025 Politiker der Partei CDU/CSU (40,4 %). Im 21. Deutschen Bundestag nimmt die Partei rund ein Drittel der Sitze ein.“

2

- „Nach undemokratischem Ausgrenzen folgt jetzt das große Ausblenden der verhassten politischen AfD-Konkurrenz. Das ist die neue Taktik in den Redaktionsstuben – die AfD außer im Zusammenhang mit Rechtsextremismus einfach nicht mehr erwähnen.“ Das gibt auch die Deutschlandfunk-Redakteurin Christiane Florin zu: „Wir sind zur Objektivität und Ausgewogenheit verpflichtet, aber eben nicht zur Neutralität. Ausgewogenheit bedeute keinesfalls, die AfD nach einem Proporzsystem speziell in Interviews zu Wort kommen zu lassen.“

Bundeswehr nur bedingt abwehrbereit – weltweit nur Rang 12

aktualisiert

Rangliste der stärksten Armeen der Welt nach Durchschlagskraft im Jahr 2026

Rang	Land	Rang	
1.	 USA	11.	 Brasilien
2.	 Russland	12.	 Deutschland
3.	 China	13.	 Indonesien
4.	 Indien	14.	 Pakistan
5.	 Südkorea	15.	 Israel
6.	 Frankreich	16.	 Iran
7.	 Japan	17.	 Australien
8.	 Großbritannien	18.	 Spanien
9.	 Türkei	19.	 Ägypten
10.	 Italien	20.	 Ukraine

Quelle: 1) Markt und Mittelstand: „Zeitenwende in Stahl und Code: Europas Aufbruch zur digitalen Verteidigung“, 03.06.2025 2) Global Firepower: „2025 Military Strength Ranking“, 2026 3) Statista: Kennzahlen zur militärischen Stärke von Deutschland im Jahr 2026, 06.02.2026 4) AfD-Bundestagsfraktion – Arbeitskreis Verteidigung: „Deutschlands Sicherheit steht auf dem Spiel. Was jetzt zu tun ist, um die Bundeswehr wieder stark zu machen.“, 06.05.2026

1

- „Deutschland steht laut Global Firepower auf Platz 12 im Ranking der stärksten Armee der Welt 2026. Insgesamt gibt es in Deutschland ca. 184.300 aktive Soldaten und rund 860.000 Reservisten. Die Ausstattung der Luftstreitkräfte setzt sich unter anderem aus 127 Jagdflugzeugen/Abfangjäger, 63 Flugzeuge für Bodenangriffe und 49 Kampfhubschraubern zusammen. Zudem verfügte Deutschland u. a. über 296 Kampfpanzer und über rund 87.000 militärische Fahrzeuge.“ Im Vergleich dazu verfügt die Atommacht Frankreich über 226 Kampfflugzeuge und 200.000 Soldaten. Die Türkei kann auf 355.000 Soldaten zurückgreifen, hat 2.238 Panzer und 201 Kampfflugzeuge.

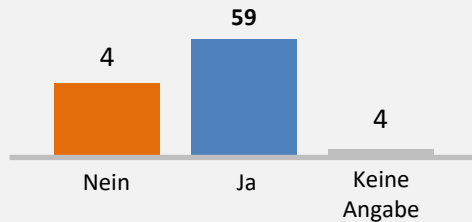
2

- Die AfD-Bundestagsfraktion „setzt sich für eine deutliche Erhöhung des Wehretats und die Vollausrüstung unserer Streitkräfte ein. Die Aussetzung der Wehrpflicht war einer der schwerwiegendsten Fehler der Regierung Merkel. Die Bundeswehr verliert nicht nur ihre solide Verankerung in der deutschen Gesellschaft, es fehlt ihr auch an Nachwuchs. Wir brauchen motivierte und charakterstarke Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten aus allen Teilen unseres Volkes. In Deutschland war die Wehrpflicht über 200 Jahre hinweg dafür der Garant.“

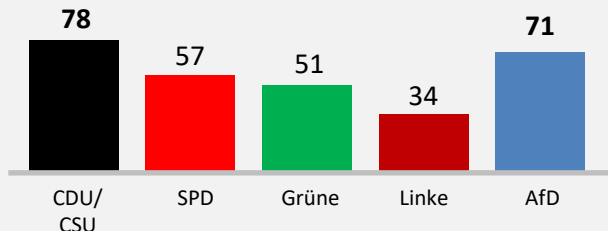
Insbesondere Wähler von CDU/CSU und AfD wollen die Wehrpflicht

NEU

Sollte die Wehrpflicht in Deutschland wieder eingeführt werden?, in % im Jahr 2025



Sollte die Wehrpflicht in Deutschland wieder eingeführt werden?, nach Parteipräferenz in % im Jahr 2025



Quelle: 1) Statista: „Sollte die Wehrpflicht in Deutschland wieder eingeführt werden?“, 05.12.2025 2) AfD-Bundestagsfraktion – Arbeitskreis Verteidigung: „Deutschlands Sicherheit steht auf dem Spiel. Was jetzt zu tun ist, um die Bundeswehr wieder stark zu machen.“, 06.05.2026 3) T-Online: „Wehrdienst gilt wieder: Warum ein Schüler schon jetzt verweigert“, 14.06.2026 4) Gerald Otten (AfD-MdB): „Geringe Verteidigungsbereitschaft der Deutschen ist ein Armutszeugnis für die Politik“, 05.08.2025

1

- „Nach einer im Juni 2025 durchgeführten Umfrage waren rund 59 % der Befragten der Meinung, dass Deutschland die im Jahr 2011 ausgesetzte Wehrpflicht wieder einführen sollte. 37 % Befragten sprachen sich hingegen gegen eine Wiedereinführung der Wehrpflicht aus.“

2

- „Seit die Diskussion über die Wehrpflicht aufflammte, warnt DIE LINKE vor ihr und dem Krieg im Allgemeinen. Parteichef Jan van Aken sagte, es sei makaber, so zu entscheiden, wer zur Armee müsse: ‚Es ist praktisch Russisch Roulette: Wer Pech hat, muss in den Krieg, muss sterben.‘ Dass der Wehrdienst erst mal eine Ausbildung ist und nicht automatisch einen Kriegseinsatz zur Folge hat, das lässt die Partei bewusst weg.“

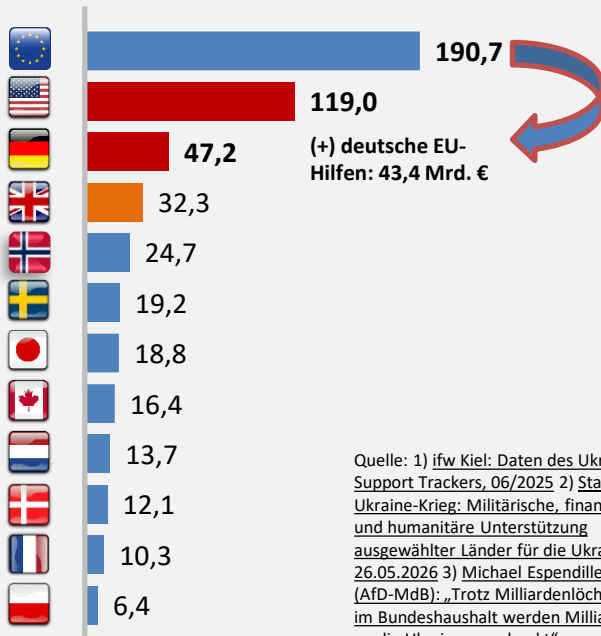
3

- „Die AfD setzt sich als einzige Partei für die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht ein.“ Die „niedrige Wehrbereitschaft von 16 % ist kein Versagen der Bürger, sondern das Ergebnis jahrzehntelanger politischer Fehlentwicklungen. Wer nationale Identität abschafft, die Bundeswehr schlechtredet und Patriotismus verächtlich macht, darf sich über solche Zahlen nicht wundern“, sagte Gerald Otten (AfD-MdB).

Weltweit flossen 508 Mrd. EUR in die Ukraine – 91 Mrd. EUR von uns

aktualisiert

Ukraine-Unterstützungen (Militär, Finanzen, humanitär plus Flüchtlingsausgaben, Auswahl) von Jan. 2022 bis Febr. 2026 in Mrd. Euro



(+) deutsche EU-Hilfen: 43,4 Mrd. €

Quelle: 1) ifw Kiel: Daten des Ukraine Support Trackers, 06/2025 2) Statista: Ukraine-Krieg: Militärische, finanzielle und humanitäre Unterstützung ausgewählter Länder für die Ukraine, 26.05.2026 3) Michael Ependiller (AfD-MdB): „Trotz Milliardenlöchern im Bundeshaushalt werden Milliarden an die Ukraine verschenkt“, 13.06.2026

1

„Die USA sind der größte Unterstützer der Ukraine im Ukraine-Krieg, gemessen an bilateralen Unterstützungsleistungen. Diese haben bisher rund 119 Mrd. Euro an bilateraler Unterstützung geleistet, davon etwa 65,6 Mrd. Euro in Form militärischer Unterstützung, 50 Mrd. Euro in Form finanzieller Unterstützung und rund 3,4 Mrd. Euro in Form humanitärer Hilfe. Nach der Gesamtsumme der rein bilateralen Unterstützung folgt Deutschland mit rund 47,2 Mrd. Euro. Bei den deutschen Unterstützungsleistungen sind die Beteiligungen an der EU-Hilfen noch nicht berücksichtigt. Bei einer Berücksichtigung der EU-Beteiligungen summierten sich die deutschen Unterstützungen an die Ukraine auf rund 90,6 Mrd. Euro.“

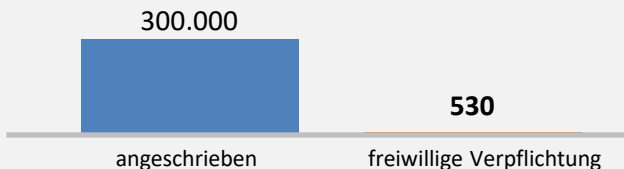
2

„In Deutschland werden überall Milliarden gesucht – und gleichzeitig verzichtet die Bundesregierung freiwillig auf Milliardenrückflüsse, die dem deutschen Steuerzahler aus der Europäischen Friedensfazilität zustehen. Während Polen sein Geld für geleistete Hilfe an die Ukraine zurückfordert, verschenken Merz und Klingbeil den deutschen Anteil einfach ohne viel Aufhebens. Als AfD fordern wir seit Jahren, dass Deutschland seine Rückerstattungsansprüche aus der Europäischen Friedensfazilität auch tatsächlich einfordert. Milliardengeschenke an die EU oder fremde Länder sind in diesen Zeiten schlicht niemandem mehr vermittelbar. Und die Bundesregierung täte gut daran, sich endlich an ihren Amtseid zu erinnern“, sagte Dr. Michael Ependiller (AfD-MdB).“

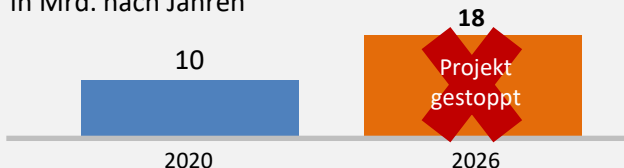
Nur 530 haben sich freiwillig für den Wehrdienst verpflichten lassen

NEU

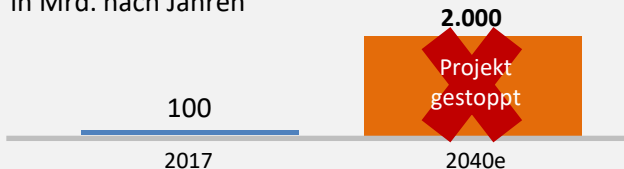
Bundeswehr fragt Wehrdienstbereitschaft ab nach Anzahl



Kostensteigerung für sechs „F126-Fregatten“ in Mrd. nach Jahren



Kostensteigerung für das Projekt „FCAS-Kampfflieger“ in Mrd. nach Jahren



Quellen: 1) Focus: „Verpufft, versenkt, verzoxt: Die bittere Pistorius-Bilanz“, 29.06.2026 2) Focus: „Fregatten-Projekt der Bundeswehr gescheitert: Verteidigungsministerium stoppt F126“, 24.06.2026 3) ZDF heute: „FCAS: Warum der deutsch-französische Kampfflieger gescheitert ist“, 08.06.2026 4) Jan Nolte (AfD-MdB): „Wir werden einer übereilten Beschaffung der MEKO nicht zustimmen“, 09.07.2026

1

„Nur 530 von 300.000 erstmals angeschriebenen 18-Jährigen haben sich bisher freiwillig für den Wehrdienst verpflichten lassen. Das ist ein Anteil von 0,18 % und würde nicht mal reichen, die Vororte von Pistorius' Heimatstadt Osnabrück zu sichern, wenn der Russe käme.“ „Der ‚Netto-Aufwuchs‘ der Bundeswehr verläuft allenfalls homöopathisch. Zurzeit sind es rund 185.000 aktive Soldatinnen und Soldaten. Bis 2035 hat Pistorius der Nato aber 260.000 versprochen.“

2

„Das Scheitern der F126 ist ein schweres Beschaffungsdebakel. Der Auftrag hätte aus Sicht der AfD-Bundestagsfraktion nie an die Damen-Werft vergeben werden dürfen. Auf die Risiken ist durch uns frühzeitig und wiederholt hingewiesen worden. Am Ende stehen rund 2,3 Mrd. Euro Steuergeld im Raum, ohne dass die Bundeswehr ein einsatzfähiges Schiff erhalten hat“, sagte Jan Nolte (AfD-MdB).

3

„Das deutsch-französische FCAS-Projekt hat eine Bruchlandung hingelegt. Konkret jedoch sollten der von der Bundeswehr genutzte Eurofighter und die französische Rafale ab 2040 ersetzt werden von dem neu zu entwickelnden Kampfflieger.“ Die Gesamtkosten wurden anfänglich auf etwa 100 Mrd. Euro geschätzt. Letztlich wären die Gesamtkosten gesamten Lebenszyklus Schätzungen zufolge auf bis zu 2 Billionen Euro hinausgelaufen. Durch das vorzeitige Aus sind „mehrere hundert Millionen Euro – verpufft.“

Impressum

V.i.S.d.P.

Dr. Frank Grobe, MdL

E-Mail: frank.grobe@afd-hessen.de

AfD Landesverband Hessen

Ursulum 7

35396 Gießen

<https://afd-hessen.de/>

ISBN 978-3-00-087979-1

1. Auflage

Juli 2026

Nachdruckgenehmigungen

Ein Nachdruck ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Verfassers und mit genauer Quellenangabe erlaubt.

